



Universität
Bremen

Masterarbeit

Chancen und Risiken von Fremdmaterial

**Eine beispielhafte Analyse und Wertung von Unterrichtsmaterial
der Arbeitnehmerkammer Bremen für den Politikunterricht an
berufsbildenden Schulen in Bremen**

Paul Aljoscha Klein

* 20.07.1995

4134166

Abgabe: 08. Juli 2025

Erstprüfer: Prof. Dr. Andreas Klee

Zweitprüferin: Dr. Eva Anslinger



Abstract

blub Bre steht das hier auch in vsc?

Inhaltsverzeichnis

Abstract	i
Abbildungsverzeichnis	iv
Tabellenverzeichnis	iv
Abkürzungsverzeichnis	iv
1. Einleitung & Theoretischer Hintergrund	1
1.1. Von der Theorie in die Praxis	1
1.2. Lerngegenstände	2
1.3. Unterrichtsmaterial	4
2. Theoretischer Hintergrund / Begriffsklärungen	4
2.1. Politische Bildung an berufsbildenden Schulen in Bremen	4
2.2. Beutelsbacher Konsens	4
2.3. Bremer Bildungsplan	6
2.3.1. Exkurs: Schlechte Quellenangaben und unzureichende Vor- bildfunktion. Beginnt Medienkompetenz im Bildungsplan? . .	7
2.4. Kompetenzen in der politischen Bildung	10
2.5. Bildungsplan für berufsbildende Schulen oder allgemeine politische Bildung mit Zielgruppenorientierung?	16
2.6. Sozioökonomische Bildung, politische Bildung und interdisziplinäres Begriffs Wirrwarr	17
2.7. Arbeitnehmerkammer Bremen (ANK)	17
2.8. Medienkompetenz und die unbedingte Verknüpfung zu „Wahrheit“ .	18
2.9. „Wahrheit“, „Wahrhaftigkeit“ und „Richtigkeit“	18
2.9.1. Die Zerteilung der Welt durch Worte	19
2.9.2. Quellen	20
2.10. Zielgruppe	21
2.10.1. Schüler*innenvorstellungen	21
2.11. Was sagt die Wissenschaft zu politischer Bildung an (Berufs)schulen?	22
2.12. Ökonomische versus politische Sozialisation?	22
2.13. Mehr Platz für Emotionalität	22
2.14. Veröffentlichungsreichweite, Auffindbarkeit, Preis, Einsetzungsreich- weite	22
2.15. Forschungsfrage	23

3. Analysemaßstab	23
3.1. Fragen an das Material	23
3.2. Bildungsplan als Analysemaßstab	25
3.2.1. MUSS WOANDERS HIN	26
3.2.2. MUSS AUCH WOANDERS HIN	26
3.3. Politische Bildung in der Fachliteratur – Ein Auszug	27
3.4. Quellenangaben	27
4. Analyse der Unterrichtsvorschläge	27
4.1. Demokratie	29
4.1.1. Demokratie A - „Föderalismus und Arbeitsschutz – Welche Chancen und Risiken bringt das Mehrebenensystem der BRD für die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz mit sich?“	30
4.1.2. Demokratie B - „Wahlen – von welchem Teil des Volkes geht eigentlich die Staatsgewalt aus?“	36
4.2. Arbeitsleben	39
4.3. Wirtschaftspolitik	40
4.4. Den Themenfeldern gemeinsame Beobachtungen	40
4.4.1. Arbeitsblatt-Charakter	40
4.5. Vorbildfunktion, (Beobachtungs)-lernen und Fake Partizipation	41
4.6. Subjektive Einschätzung	42
4.7. Reflexion	43
5. Handlungsfähigkeit = Reproduktion des Status quo versus Handlungsfähigkeit = Überwindung von Resignation und Zynismus	43
6. Schlussbetrachtung	44
6.1. Ausblick und Evaluationsschwierigkeiten	44
Literaturverzeichnis	46
A. Nachklapp	52
A.1. Lizenzierung: Copyright (©) oder Copyleft?: CC BY-SA 4.0	52
A.2. Kommentar zu Lizenzen	53
B. Anhang der Materialkarten	53
B.1. Angedachtes Layout der Materialkarten	54
B.2. Demokratie A1	55
B.3. Demokratie A2	56
B.4. Demokratie A3	57
B.5. Demokratie B1	59

B.6. Demokratie B2	60
B.7. Demokratie B3	61
B.8. Arbeitsleben A1	62
B.9. Arbeitsleben A2	63
B.10.Arbeitsleben B1	64
B.11.Arbeitsleben B2	65
B.12.Arbeitsleben B3	66
B.13.Arbeitsleben C1	67
B.14.Arbeitsleben C2	67
B.15.Wirtschaftspolitik A1	69
B.16.Wirtschaftspolitik A2	70
B.17.Wirtschaftspolitik A3	71
B.18.Wirtschaftspolitik B1	72
B.19.Wirtschaftspolitik B2	73
B.20.Wirtschaftspolitik C1	74
B.21.Wirtschaftspolitik C2	75

Dokumentation der Nutzung von KI-basierten Anwendungen und Werkzeugen	76
--	-----------

Abbildungsverzeichnis

1. „Kompetenzbereiche“ der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) (Detjen/Kuhn et al. 2004: 13). Genauso auch im Bildungsplan (Block et al. 2023: 10) zu finden.	11
2. „Basis- und Fachkonzepte der Politik“ (Weißeno et al. 2010: 12) . . .	12
3. Basis- und Fachkonzepte der politischen Bildung der Autorengruppe Fachdidaktik (2011: 170) zitiert (zit.) nach Gloe und Oeftering (2020: 109)	13
4. „Modell der Politikkompetenz“ (Detjen/Massing et al. 2012: 15) . . .	14

Tabellenverzeichnis

1. Dokumentation der Nutzung von KI-basierten Anwendungen und Werkzeugen – Documentation of the Use of AI-based Applications and Tools	77
--	----

Abkürzungsverzeichnis

© Copyright

Abb. Abbildung

Abs. Abschnitt

ANK Arbeitnehmerkammer Bremen

BBK Beutelsbacher Konsens

bpb Bundeszentrale für politische Bildung

bzw. beziehungsweise

DOI Digital Object Identifier

etc. et cetera

GP oder GuP Gesellschaft und Politik

GPJE Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung

LIS Landesinstitut für Schule

NW Naturwissenschaften

o.Ä. oder Ähnliche(s)

S. Seite

s. siehe

Sek. Sekundarstufe

SuS Schülerinnen und Schüler

SuUB Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

u.A. unter Anderem

URL Universal Ressource Locator

vgl. vergleiche

WUK Welt-Umweltkunde

zap Zentrum für Arbeit und Politik

z.B. zum Beispiel

zit. zitiert

1. Einleitung & Theoretischer Hintergrund

1.1. Von der Theorie in die Praxis

Es gibt extensive Forschung in den Erziehungswissenschaften und der Fachdidaktik. Insbesondere der Bereich der politischen Bildung ist darüber hinaus mit zahlreichen interdisziplinären Brücken in die Sozialwissenschaften und über einen schulischen Bildungsbegriff hinaus ein Forschungsfeld, welches in seiner Gänze nicht einmal von Menschen zu überblicken ist, die ihr ganzes (Arbeits-)Leben der politischen Bildung gewidmet haben.

Gleichzeitig sind sowohl die Möglichkeiten zur weiteren Erforschung als auch der konkrete Forschungsbedarf im Detail von nicht zu überblickender Größe.

In unserer hochkomplexen Welt gilt dies sicherlich für das Gros an Forschungsbereichen. Die Eingrenzung und damit Abgrenzung von Forschungsgegenständen ist daher stets zwangsläufiger Bestandteil des Forschens. In der Praxis bedeutet das, immer wieder aushandeln zu müssen, inwieweit Querverbindungen zu anderen Bereichen notwendig sind und an welcher Stelle der Fokus wieder auf das Wesentliche zu legen ist. Diese Entscheidungen sind optimalerweise nachvollziehbar zu begründen. Getroffen werden müssen sie dennoch. Das ist sicherlich mit Arbeit verbunden.

Analog zu den Entscheidungen, die Forschende treffen müssen, um handlungsfähig zu sein, das heißt fokussiert ihre Forschung vorantreiben zu können, ist die begründete Eingrenzung eines Lerngegenstandes ebenfalls mit Entscheidungen verbunden. Lehrende befinden sich diesbezüglich also in einer ähnlichen Situation wie Forschende.

Es ließe sich allerdings argumentieren, dass die Notwendigkeit im Unterrichten von Weltwissen Entscheidungen zu treffen – wie es im Schulkontext stattfindet – auf einer vagen Datengrundlage stattfindet. In der Forschung wird sich wegen der zuvor beschriebenen Notwendigkeit der Eingrenzung zunehmend spezialisiert. Im schulischen Weltverstehen-Lernen hingegen ist in weiten Teilen (noch) kein hochspezialisiertes Verständnis gefordert. Stattdessen steht ein allgemeines Zusammenhänge-verstehen-Lernen im Vordergrund. Das setzt Lernen an exemplarischen Lerngegenständen voraus. Dies gilt insbesondere für die politische Bildung – nicht nur in allgemeinbildenden Schulen, sondern auch für Politikunterricht in der dualen Berufsbildung (vgl. Abschnitt (Abs.) 2.3: Seite (S.) 6 & Block et al. 2023: 4, 9–13). In der Ausbildung zum Lehramt wird Wert darauf gelegt, solche Entscheidungen, welche Lerngegenstände ausgewählt werden, umfassend begründen zu können. In der Praxis des Lehrens wird Wert darauf gelegt, tatsächlich zu unterrichten. In der wissenschaftlichen Literatur wurde dieses ständige im Widerspruch stehen, dem Lehrkräfte an verschiedenen Stellen ausgesetzt sind, längst erkannt und als Antinomie bezeichnet (vergleiche (vgl.) zum Beispiel (z.B.) Helsper 2001).

Den kompletten Wissensstand der unterrichteten Domäne von einzelnen Lehrkräften fachwissenschaftlich oder didaktisch im kompletten Überblick zu behalten, ohne dass Teile des Alltagsgeschäfts hintenüber fallen, erschiene daher als eine utopische Forderung. Daher erscheint die Benutzung von vorgefertigtem Unterrichtsmaterial eine praktikable Erleichterung.

Entsprechend ist es eine willkommene Abwechslung, in dieser Arbeit zwar nicht zur Erleichterung des Handwerks des Unterrichts beizutragen, wohl aber eine Initiative zum Untersuchungsgegenstand zu haben, der genau diese Intention unterstellt werden kann.

1.2. Lerngegenstände

Die Kultusministerkonferenz (KMK) definiert *Lehrmittel* als Materialien der Schule und *Lernmittel* als Materialien der Schüler*innen (Kultusministerkonferenz 2024). Gerade im Hinblick auf Verbrauchsmaterial und dessen Finanzierung ist das bestimmt eine sinnvolle Unterscheidungsdimension. Papier und Stifte stammen in der Regel von Schüler*innen, die abbrechende Bohrspitze im Werkunterricht und das Gas zur Erhitzung der Chemikalie im Naturwissenschaftsunterricht, sind häufig aus der Schule oder werden auch mal aus den privaten Ressourcen der Lehrkräfte finanziert. Herausgestellt werden soll, dass Lernen in weiten Teilen in Verbindung mit der dinglichen Welt stattfindet.

Unterrichten an Bildungsinstitutionen passiert hauptsächlich unter Zuhilfenahme von Medien im engeren Sinne. Die Planung ist im besten Fall verschriftlicht oder anderweitig aufgezeichnet, z.B. durch Grafiken. Die Planung des Unterrichts und die Auswahl oder Erstellung der zum Unterrichten verwendeten Materialien nehmen dabei einen erheblichen Zeitaufwand seitens der Lehrkräfte ein.

Das Zurückgreifen auf bestehende Medien ist dabei natürlicher Bestandteil des Lernens. So ist die (Primär-)Quellenanalyse im Geschichtsunterricht, das Lesen eines Haikus in Deutsch, die Analyse einer Inszenierung, das Basteln an einem Motor oder das Erhitzen von Chemikalien die natürliche Benutzung von Unterrichtsmaterial.

Um diversen Gegebenheiten gerecht zu werden, ist das Material jedoch häufig abstrahiert. Eine Dampfmaschine steht womöglich nicht zur Verfügung. In so einem Fall kann z.B. auf eine Explosionszeichnung, einen Film, ein Modell oder eine Beschreibung zurückgegriffen werden. Eine Beschreibung in Worten erfordert dabei eine höhere Abstraktionsebene als ein Modell und birgt die Gefahr, schlechtere Lernergebnisse zu erzielen; was dann durch entsprechende Einbettung oder die Ergänzung weiterer Materialien, wie einem Schema oder einem Film, versucht werden sollte zu kompensieren. Wie anhand dieses Beispiels bereits deutlich wird, erfordert bereits die Auswahl der Lehrmaterialien Arbeit, bevor überhaupt mit den Lernen-

den in Interaktion getreten wird. Wenn nun in der politischen Bildung eine Rede analysiert wird, sind die naheliegenden Möglichkeiten überschaubar. Eine Verschriftlichung und eine Videoaufnahme bieten sich an.

Gerade in der politischen Bildung liegt der Lerngegenstand jedoch häufig auf noch ferner liegenden Abstraktionsebenen. Es geht um hochkomplexe Konzepte (wie z.B. *Demokratie*), die in der physischen Welt schwer greifbar sind. Entsprechend viele nah- und fernliegende Möglichkeiten bestehen bei der Auswahl an Unterrichtsmaterial¹.

Unterrichtsmaterial, für welches bereits Entscheidungen bezüglich des exemplarischen Lerngegenstandes und der didaktischen Reduktion getroffen wurden, hat also gewaltiges Potential, eine Arbeitserleichterung darzustellen. Beispielsweise indem es für die Zielgruppe und die Zielvorgaben aus einem Lernplan bereits vorausgewählt und für eine ansprechende Darstellung aufbereitet wurde. Arbeit zieht jedoch auch vorgefertigtes Material nach sich, da die Beurteilung der Qualität und die Eignung sowie die Anpassung für die Lerngruppe keine Selbstverständlichkeit sind.

Herkunft der Lerngegenstände Die Notwendigkeit des Lernens, eben auch Lerngegenstände zu haben, hat entsprechend auch verschiedene Akteure mit unterschiedlichen Intentionen auf den Plan gerufen, welche Unterrichtsmaterial anbieten. Einsteigend hervorzuheben sind dabei die privatwirtschaftlichen Schulbuchverlage, welche dem klassischen Bild von Unterrichtsmaterial entsprechen. Jedoch haben auch andere Institutionen das Potenzial einer Einflussnahme auf Lernende durch Material entdeckt. Wirtschaftsverbänden oder großen Unternehmen kann dabei bisweilen eine andere Intention als eine altruistische unterstellt werden, die durch auf den ersten Blick kostenfreies Material verfolgt wird. So braucht man in der Forschung von Reinhold Hedtke bisweilen nicht weiter als bis zu den römischen Seitenzahlen zu lesen, um darauf zu stoßen, dass Schulen „sich zunehmend gegen weltanschauliches, wissenschaftliches, wirtschaftliches und politisches Lobbying aus Unternehmen und ihrem Umfeld wehren“ müssen (Hedtke 2016: i).

Auch die Arbeitnehmerkammer Bremen (ANK) entwickelt in Kooperation mit dem Zentrum für Arbeit und Politik (zap) an der Universität Bremen Unterrichtsmaterial für den Politikunterricht.

In dieser Arbeit soll ein Versuch unternommen werden, dieses Unterrichtsmaterial zu analysieren und zu bewerten.

¹Das soll nicht bedeuten, dass die Vorbereitungen im Mathematikunterricht zum ergänzenden Material einer eindeutigen Rechenaufgabe, z.B. durch kleinschrittiges Vorgehen, grafische Darstellung oder Darstellungen in der physischen Welt, nicht ebenfalls hochkomplex sind und zahlreiche Entscheidungen erfordern. Aber viele Lerngegenstände der politischen Bildung sind an sich schon derart abstrahiert, dass dort die Beschäftigung mit der Darstellung unvermeidlich ist.

1.3. Unterrichtsmaterial

Der Begriff Unterrichtsmaterial soll in etwa synonym zur Definition auf der Webseite der Kultusministerkonferenz (2024) für Lehr- und Lernmittel verwendet werden: Es gibt eine Lernmittelfreiheit (ebd.). Welches Unterrichtsmaterial am Ende auch in Kontakt mit den Schüler*innen kommt, liegt hauptsächlich in den Händen der Lehrer*innen. Die Lehrkräfte selbst sind bei der Auswahl des Materials jedoch zahlreichen Zwängen ausgesetzt:

- Zeitliche Zwänge: Der Tag hat nur 24 Stunden und Menschen sind Tiere mit zahlreichen biologischen und sozialen Bedürfnissen. Diese zu erfüllen ist Voraussetzung für eine gute Arbeitsleistung, nimmt jedoch, genau wie Arbeit selbst, Zeit in Anspruch.
- Finanzielle Zwänge: Schulen stehen begrenzte Budgets zur Verfügung, z.B. sind Schulbücher häufig nicht die „besten“ und aktuellsten am Markt und Exkursionen müssen für alle bezahlbar sein.
- Bereits am Markt existierendes Material ist entweder kostspielig und/oder unterliegt nur unzureichenden Qualitätskontrollen. Die Prüfung und Umgestaltung, um im Unterricht eingesetzt werden zu können, nimmt wiederum viel Zeit in Anspruch.

Unterrichtsmaterial wird häufig aus dem Internet bezogen (Neumann 2015: 82).

2. Theoretischer Hintergrund / Begriffsklärungen

Um das Material zu analysieren, hilft es zunächst, mehrere Begriffe zu klären. Zum ersten eine Definition, was unter Unterrichtsmaterial verstanden werden soll und.... Dann sollen der Bildungsplan in Politik vorgestellt werden, sowie der Beutelsbacher Konsens (BBK), auf den jener Bezug nimmt. Um im späteren Verlauf die verschiedenen Lebensweltbezüge aufzeigen zu können, soll daraufhin noch die Zielgruppe der Lernenden umrissen werden. Blub blub, nur ausführen was die Überschriften weshalb sagen..... JA, DER BUMS IST UNABGESCHLOSSEN

2.1. Politische Bildung an berufsbildenden Schulen in Bremen

JA HIER FEHLT WAS, VIELLEICHT NEHME ICH DAS RAUS

2.2. Beutelsbacher Konsens

Da insbesondere durch die Schulpflicht (Bremische Bürgerschaft 2022) die schulische (politische) Bildung mit Zwang verbunden ist, liegt es nahe, dass versucht wird, diese

durch Regeln, trotz des Zwanges, mit freiheitlichen, demokratischen Grundwerten zu vereinbaren. Auch an Berufsschulen, für die das hier untersuchte Material primär entworfen ist, besteht noch ein starkes, strukturvorgegebenes Machtgefälle, welches derartige Überlegungen stets aktuell sein lässt.

Ein wichtiges historisches Dokument im Rahmen derartiger Fragestellungen ist der Beutelsbacher Konsens (Geßner et al. 2016: 29; Wehling 1977) – so wichtig, dass auch über den deutschen Raum hinaus auf den BBK Bezug genommen wird. So wurde im Rahmen der *Aktionstage Politische Bildung* vom 23. April bis 9. Mai 2024 in Österreich formuliert, dass der BBK „[v]on internationaler Bedeutung [...] ist [...]“. (Parlament Österreich 2023)“. Entsprechend leitet auch der Bremer Bildungsplan zentrale Kompetenzen aus dem BBK ab und gibt die wichtigste Stelle „im Wortlaut“ wieder (Block et al. 2023: 11–12):

1. Überwältigungsverbot.

Es ist nicht erlaubt, den Schüler - mit welchen Mitteln auch immer - im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der „Gewinnung eines selbständigen Urteils“ zu hindern. Hier genau verläuft nämlich die Grenze zwischen Politischer Bildung und Indoktrination. Indoktrination aber ist unvereinbar mit der Rolle des Lehrers in einer demokratischen Gesellschaft und der - rundum akzeptierten - Zielvorstellung von der Mündigkeit des Schülers.

2. Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.

Diese Forderung ist mit der vorgenannten aufs engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschritten. Zu fragen ist, ob der Lehrer nicht sogar eine Korrekturfunktion haben sollte, d.h. ob er nicht solche Standpunkte und Alternativen besonders herausarbeiten muss, die den Schülern (und anderen Teilnehmern politischer Bildungsveranstaltungen) von ihrer jeweiligen politischen und sozialen Herkunft her fremd sind. Bei der Konstatierung dieses zweiten Grundprinzips wird deutlich, warum der persönliche Standpunkt des Lehrers, seine wissenschaftstheoretische Herkunft und seine politische Meinung verhältnismäßig uninteressant werden. Um ein bereits genanntes Beispiel erneut aufzugreifen: Sein Demokratieverständnis stellt kein Problem dar, denn auch dem entgegenstehende andere Ansichten kommen ja zum Zuge.

3. Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren,

sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen. Eine solche Zielsetzung schließt in sehr starkem Maße die Betonung operationaler Fähigkeiten ein, was eine logische Konsequenz aus den beiden vorgenannten Prinzipien ist. Der in diesem Zusammenhang gelegentlich - etwa gegen Herman Giesecke und Rolf Schmiederer - erhobene Vorwurf einer „Rückkehr zur Formalität“, um die eigenen Inhalte nicht korrigieren zu müssen, trifft insofern nicht, als es hier nicht um die Suche nach einem Maximal-, sondern nach einem Minimalkonsens geht.

(Im Original mit anderen Hervorhebungen: Wehling 1977: 179–180)

2.3. Bremer Bildungsplan

Der aktuelle Bremer Bildungsplan für politische Bildung² für berufsbildende Schulen ist mit der Erscheinung 2023 (Block et al.) vergleichsweise aktuell. Die Bremer Bildungspläne für politische Bildung an der Sekundarstufe (Sek.) I und II der allgemeinbildenden Schulen sind alle etwa im vorletzten Jahrzehnt, zwischen 2006 (Löwer 2008; Vogel 2006a,b) und 2010 (Vogel 2010a), erschienen. Die Fächerbezeichnungen sind innerhalb der Bremer Bildungspläne nicht kongruent. Die unstete Bezeichnung der Fächer – welche politische Bildung, häufig neben anderen Bereichen, mit abdecken – wird in Abs. 2.6: (S. 17) weiter diskutiert.

Politik ist neben Deutsch im Jahr 2024/2025 aktuell das einzige andere Fach im Land Bremen, welches für den berufsbildenden Bereich fächerübergreifend für alle Schülerinnen und Schüler unterrichtet wird (vgl. Website des LIS 2024). Direkt im Bildungsplan (Block et al. 2023: 4) wird darauf eingegangen, dass zwar an „heterogene[...] Voraussetzungen der Schüler:innen“ angeknüpft wird, was auch „die Unterschiedlichkeit der jeweiligen Bildungsgänge“ berücksichtigen soll, aber als Teil der „allgemeinbildenden Fächer“ sollen die „Zielsetzungen politische Urteilsfähigkeit, politische Handlungsfähigkeit und methodische Fähigkeiten“ immer die Grundlage bilden.

Allgemeine politische Kompetenzen sind die hauptsächlichen Ziele (ebd.: 9–13).

Für die „Kompetenzdimensionen in der politischen Bildung“ orientiert sich der Bildungsplan stark an den Ausarbeitungen der GPJE. Da in dieser Arbeit (siehe (s.) Abs. 2.14: S. 22) auch auf die Verfügbarkeit und Nutzfreundlichkeit von Unterrichtsmaterial eingegangen wird, bietet es sich an, an dieser Stelle ein strukturelles Einzelfallbeispiel aufzuzeigen:

²Als Fach vom Landesinstitut für Schule (LIS) nur als Politik bezeichnet

2.3.1. Exkurs: Schlechte Quellenangaben und unzureichende Vorbildfunktion. Beginnt Medienkompetenz im Bildungsplan?

Der Bildungsplan selbst wird von fiskalisch finanzierten Stellen erarbeitet und für einen Bildungsbereich veröffentlicht, welcher sich auch als öffentlich versteht – sowohl in Form von öffentlichen Geldern finanziert als auch in Form von öffentlich zugänglich – da es sich um einen verbreiteten, staatlich vorgezeichneten (Weiter-)Bildungsweg handelt. Der Bildungsplan ist auf der Website des LIS (2024) auch öffentlich zugänglich im etablierten .pdf-Format vorzufinden und bietet allen Menschen die Möglichkeit, mit diesem öffentlich erarbeiteten Wissen zu arbeiten. Soweit erscheint das Vorgehen kohärent und sinnvoll.

Der Bildungsplan orientiert sich unter Anderem (u.A.) an den Bildungsstandards der GPJE. Konkret wird das u.A. an Fußnote 13 im Bildungsplan (Block et al. 2023: 9) deutlich, vergleichbar zu folgender Fußnote³. Da ein Zitierstil nicht nur kontextabhängig, traditionsabhängig und subjektiv ist, soll dahingehend selbstverständlicherweise keine Wertung stattfinden. Allerdings sind in diesem Fall bereits mehrere zitierstilübergreifende Grundsätze missachtet worden. Sich dafür zu entscheiden, einen Fußnotenzitierstil zu nutzen und an späterer Stelle ein komplettes Quellenverzeichnis, wäre eine solide Wahl. Auch wenn als dabei übliche Kurzform in der Fußnote ausschließlich einen kompletten Weblink anzugeben schon wild ist. Nur dass es schlicht kein komplettes Quellenverzeichnis gibt! Es gilt, ausreichend Informationen (lieber eine zu viel als eine zu wenig) zum Auffinden anzugeben, insbesondere und mindestens Äquivalente zu Autor*innen oder Herausgeber*innen, sowie Erscheinungsjahr und Titel und das Zugriffsdatum, falls Weblinks angegeben sind. Als findige*r Konsument*in von Text lassen sich nun Teile von Titel und Namen sowie das Akronym der Herausgebenden im Link herauslesen. Allerdings führt der Link im Mai 2025 auf eine weiße Seite und ist damit ein Paradebeispiel, weshalb u.A. wenigstens ein Zugriffsdatum zur eigenen Absicherung angegeben sein sollte.

Als bemühter Autor einer universitären Abschlussarbeit findet man jedoch unter diesem Link⁴ einen Download mit diesem Link⁵, dessen Universal Ressource Locator (URL) entsprechend der Zahlen, die ein Datum darstellen könnten, womöglich eine aktuellere Version zu der im Bildungsplan (ebd.: 9) referierten verspricht. Laut Website und Untertitel soll es sich zwar lediglich um einen Entwurf handeln. Wobei „Entwurf“ sich an dieser Stelle wohl eher als Synonym für *Vorschlag* lesen lässt. Das Dokument kann jedoch nach wie vor in seiner Veröffentlichungsform strukturell kritisiert werden:

- Das in der URL suggerierte Datum impliziert nun eine Veröffentlichung oder

³<http://gpje.de/wp-content/uploads/2017/01/Bildungsstandards-1.pdf>

⁴<https://gpje.de/publikationen/> (06.05.2025)

⁵<https://gpje.de/wp-content/uploads/2024/07/Bildungsstandards-1.pdf> (05.05.2025)

Version vom Juli 2024, im Dokument selbst ist ein Copyright (©) vom Wochenschau Verlag von 2004 angegeben. Es handelt sich höchstwahrscheinlich um eine Version der viel zitierten 2. Auflage von 2004. Nur dass im Bildungsplan nicht ersichtlich ist, ob er sich tatsächlich auf diese Version bezieht. Höchstwahrscheinlich bezog sich die alte URL, in der „2017“ zu lesen ist, auf dieselbe Version, wie die, welche hier mit „2024“ in der URL aufgefunden wurde.

- Es gibt keinen Versionsverlauf, auf der eigenen Website der GPJE ließ sich eine Version von 2017, wie die URL im Bildungsplan (Block et al. 2023: 9) suggeriert, nicht finden. Die Zahlen 2017 und 2024 scheinen in diesem Fall schlicht keine andere Version zu kennzeichnen. Denkbar ist, dass es nur intern erneut hochgeladen wurde.
- Wenn die URL nicht gerade eine Digital Object Identifier (DOI) oder Ähnliche(s) (o.Ä.) ist, ist diese Fußnote als einzige Quellenangabe daher ein Paradebeispiel, weshalb meist schon zu Beginn einer universitären Ausbildung darauf hingewiesen wird, dass man sich nicht ausschließlich auf eine URL verlassen sollte.
- Es gibt auch keine vernünftige Suchfunktion auf der Website. Eine miese Suchfunktion und intransparente, nicht anpassbare Sortierungen scheinen allerdings gerade bei Websites mit in Teilen fiskalischer Finanzierung Best Practice zu sein.

Zur Verteidigung sei angemerkt, dass es sich in diesem Fall um eine gemeinnützige Organisation handelt. Dass bei solchen bisweilen die Ressourcen knapp sind, ist keine Seltenheit.

- Das Dokument über die Bildungsstandards der GPJE ist soweit schreibgeschützt, dass sich Text nicht kopieren lässt. Besonders hinsichtlich der zahlreichen Möglichkeiten, den Kopierschutz auf verschiedenen Websites entfernen zu lassen – um im Jahre 2025 nicht die Verlegenheit kommen zu müssen abzuschreiben – erscheint das erstens unnötig und zweitens kontraproduktiv. Es kann dazu verleiten, das Dokument auf ohne große Prüfung hastig herausgesuchte Websites hochzuladen. Das wäre wahrscheinlich nicht die Intention, die mit dem Hinzufügen eines Kopierschutzes verfolgt wurde.
- In der Satzung der GPJE (2000) ist unter „§1 Zweck der Gesellschaft“ zu lesen, dass es sich bei der Organisation um eine „wissenschaftliche Fachgesellschaft, die der Förderung der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Fragen der schulischen und außerschulischen politisch-gesellschaftlichen Bildung in Forschung und Lehre dient“ handelt. Ferner verfolgt die GPJE laut ihrer Satzung

ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke [...] Sie leistet dies insbesondere durch:

- a. Förderung des wissenschaftlichen Diskurses, der Forschung und der wissenschaftlichen Kooperation,
- b. Veranstaltung von Fachtagungen und Kongressen,
- c. wissenschaftliche Publizistik,
- d. Intensivierung der europäischen und der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit,
- e. Förderung der Lehre an Hochschulen und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses,
- f. das wissenschaftlich-politische Engagement für den Ausbau der Disziplin an den Hochschulen.

Hinsichtlich der in der Satzung formulierten Ziele, weiß der Widerspruch zwischen Form und Inhalt humoristisch zu begeistern. Bildungsstandards einer wissenschaftlichen Gesellschaft, welche mit der Intention, von verschiedenen – auch und insbesondere öffentlichen – Bildungsinstitutionen genutzt zu werden, sind auf der eigenen Website schwer zugänglich (Kopierschutz), es gibt keine Suchfunktion und keinen stabilen Link (oder Versionsverlauf, wenn es sich um verschiedene Versionen handeln würde). Das erschwert wissenschaftlich korrektes Zitieren unnötig – was sich tatsächlich auch in einem offiziellen Bildungsplan (Block et al. 2023: 9) niederschlägt, der diese Situation allerdings erst durch die unsaubere Arbeit derart verschärft hat.

- Man stelle sich vor, man ist etwa Schüler*in, Lehrkraft, Elternteil oder Student*in und wirklich daran interessiert, in die Tiefe der Bildungsstandards einzusteigen, und ist soweit wie oben beschrieben gekommen – dann kommt man möglicherweise auf die Idee sich sicherheitshalber die wissenschaftliche Publizistik der GPJE anzuschauen, um nachzuprüfen, ob es doch verschiedene und womöglich aktuellere Versionen gibt. Die Publizistik wird im Wochenschau Verlag vertrieben und ist nicht frei zugänglich.

Man könnte auf die Idee kommen, in einer Veröffentlichung von 2017 z.B. (Görtler et al.) könnte ja eine passende Version von 2017 zu finden sein. Das auf Vertriebswebsites frei einsehbare Inhaltsverzeichnis reicht, um das zu verneinen. Was hilfreich ist. Denn auch wenn dem Band eine Tagung an der Universität Bremen von 2016 zur Grundlage liegt, ließen sich digitale (und physische) Versionen – auch im Universitäts-Netzwerk der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen (SuUB) eingeloggt sitzend – nur gegen Geld erwerben.

Die SuUB besagter Bremer Uni führt immerhin ein physisches Exemplar auf Ebene 3 (Stand 06.05.2025).

- An dieser Stelle ist dann womöglich ausreichend Sicherheit darin gefunden, dass die Version von 2004, die aktuelle ist, auf die sich bezogen wird.
- Immerhin gibt es überhaupt eine kostenlose online Version und es müssen nicht tausende Menschen, die was mit dem Bildungssystem in Bremen am Hut haben, auf irgendein physisches Exemplar in einer Bibliothek verwiesen werden.

Einem Bildungssystem, dessen Regelungen und Grundlagen nicht hürdenarm, frei und öffentlich zugänglich sind, lassen sich nämlich strukturelle Unzulänglichkeiten im Rahmen einer freiheitlichen Demokratie unterstellen.

An späterer Stelle in dieser Arbeit (s. Abs. 2.8: S. 18ff.) wird das an dieser Stelle dargelegte Beispiel insofern aufgegriffen, als das erläutert wird, weshalb Medienkompetenz und gute Quellenarbeit für die politischen Handlungskompetenzen sowohl Voraussetzung als auch Lerninhalt und damit Vorbildfunktion darstellen.

2.4. Kompetenzen in der politischen Bildung

Im Bildungsplan wurden diverse Entscheidungen getroffen. Insbesondere das Rahmenwerk, wie Kompetenzen für politische Bildung auszuformulieren sind, war und ist Bestandteil des (wissenschaftlichen) Diskurses. Die historische Entwicklung von politischer Bildung soll an dieser Stelle weitestgehend ausgespart werden. Markus Gloe und Tonio Oeftering steigen zwar mit einem Überblick tiefer in die Materie ein (Gloe/Oeftering 2020: 95–100), aber hangeln sich dann über den BBK (ebd.: 101–103, in dieser Arbeit s. Abs. 2.2: S. 4) zu den heute maßgeblichen Kompetenzen (ebd.: 104–114). Sie umreißen in ihrem Beitrag einen Diskurs um verschiedene Kompetenzmodelle in der politischen Bildung. Dem Zweck dieser Arbeit entgegenkommend, wird nun daran angelehnt ein Überblick gegeben:

Das Modell der GPJE mit der früheren Veröffentlichung 2004 hat den Diskurs geprägt und findet deswegen womöglich auch besondere Erwähnung im Bildungsplan – weniger des Inhalts wegen, aber der Form wegen vgl. dazu Abs. 2.3.1: S. 7. Jenes macht die drei untereinander vernetzten Kompetenzen *Politische Urteilsfähigkeit*, *Politische Handlungsfähigkeit* und *Methodische Fähigkeiten* aus, welche von *Konzeptuellem Deutungswissen* gerahmt werden:

<i>Konzeptuelles Deutungswissen</i>	
Politische Urteilsfähigkeit Politische Ereignisse, Probleme und Kontroversen sowie Fragen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unter Sachaspekten und Wertaspekten analysieren und reflektiert beurteilen können	Politische Handlungsfähigkeit Meinungen, Überzeugungen und Interessen formulieren, vor anderen angemessen vertreten, Aushandlungsprozesse führen und Kompromisse schließen können
Methodische Fähigkeiten Sich selbstständig zur aktuellen Politik sowie zu wirtschaftlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Fragen orientieren, fachliche Themen mit unterschiedlichen Methoden bearbeiten und das eigene politische Weiterlernen organisieren können	

Abbildung 1: „Kompetenzbereiche“ der GPJE (Detjen/Kuhn et al. 2004: 13). Genauso auch im Bildungsplan (Block et al. 2023: 10) zu finden.

Gloe und Oeftering (2020: 106–107) skizzieren weiter, wie zu dieser Zeit auch „die eher sozialwissenschaftlich geprägte/n Vertreter[*innen] der Fachdidaktik Günter C. Behrmann, Tilman Grammes, Sibylle Reinhardt und Peter Hampe Kernkompetenzen“ der politischen Bildung als fünf „Demokratie-Kompetenzen“ vorschlagen:

- Wahrnehmung und Übernahme der Handlungsperspektiven Anderer, auch Dritter, zum Wechsel der eigenen Perspektive, zur Vermittlung des Eigeninteresses mit den Interessen Nah- und Fernstehender und dessen Ausweitung in Richtung auf allgemeinere Interessen (Perspektivenübernahme);
- diskursiven Klärung konkurrierender und konfligierender Ideen und Interessen und zum Aushandeln von Konfliktregelungen und -lösungen (Konfliktfähigkeit);
- problemorientierten Analyse struktureller Bedingungen und institutioneller Ordnungen sozialen, insbesondere politischen und wirtschaftlichen Handelns und zum Gebrauch sozialwissenschaftlicher Begriffe und Methoden (sozialwissenschaftliches Analysieren);
- Einschätzung und Bewertung gesellschaftlicher Problemlagen, politischer Forderungen, Handlungschancen und -alternativen sowie zum reflektierten Gebrauch von Urteilskriterien (politische Urteilsfähigkeit);

- Beteiligung an bürgerschaftlicher Selbstverwaltung, sozialen und politischen Initiativen, innerbetrieblicher und -organisatorischer Mitbestimmung, informellen und formalisierten Prozessen öffentlicher Meinungs- und Willensbildung (Partizipationsfähigkeit/demokratische Handlungskompetenz)

(Behrmann et al. (2004: 337 f.) zit. nach Gloe und Oeftering (2020: 106–107))

2010 veröffentlichten Georg Weißeno, Joachim Detjen, Ingo Juchler, Peter Massing und Dagmar Richter *Konzepte der Politik: Ein Kompetenzmodell*. Das darin vorgebrachte Kompetenzmodell sorgte für einen neuen Diskussionsanstoß. Wie in Abbil-

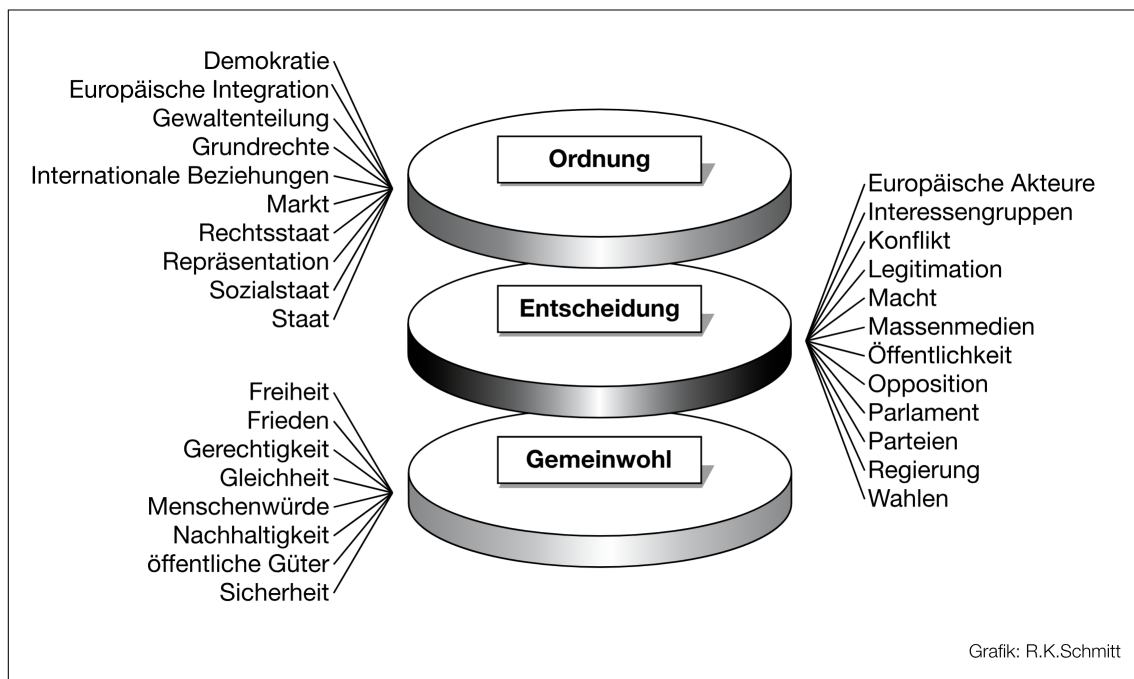


Abbildung 2: „Basis- und Fachkonzepte der Politik“ (Weißeno et al. 2010: 12)

dung (Abb.) 2 (S. 12) zu sehen, sind 30 Fachkonzepte jeweils drei Basiskonzepten zugeordnet. Es wird Wert darauf gelegt mit Schüler*innen-Vorstellungen zu arbeiten. Im Sinne des Konstruktivismus keine abwegige Vorstellung. An Aussagen wie: „Für erfolgreiches Lernen gilt, dass die Schüler/-innen mit dem in dieser Darstellung vorgestellten Fachvokabular angemessen umgehen können“ (Weißeno et al. 2010: 13) lässt sich jedoch Kritik finden. Für die Messung des Outputs ist Fachvokabular sicherlich hilfreich, aber es ist nicht zwingend notwendige Bedingung, um die Wirkungsmechanismen von Macht zu verstehen oder das Zustandekommen von kollektiv verbindlichen Entscheidungen nachvollziehen und beeinflussen zu können – was womöglich auch Dimensionen von Kompetenzen der politischen Bildung sind. Entsprechend vielfältiger Möglichkeiten Kritik zu üben, skizzieren Gloe und Oeftering (2020: 108–109) wie sich Anja Besand, Tilman Grammes, Reinhold Hedtke, Peter Henkenborg, Dirk Lange, Andreas Petrik, Sibylle Reinhardt und Wolfgang Sander

zur Autorengruppe Fachdidaktik zusammenschlossen und in ihrem Werk *Konzepte der politischen Bildung* – wie der Untertitel *Eine Streitschrift* impliziert – auch entsprechend Kritik am Modell um Weißeno et al. üben. Auch die Autorengruppe Fachdidaktik hat der Komplexität der Realität folgend eine wortreiche und zahlreich gegliederte Graphik in ihrer Streitschrift abgebildet – welche einen schnelleren Überblick auf deren vorgeschlagene Einteilung der Kompetenzen der politischen Bildung in Basis- und Fachkonzepte ermöglicht, auch wenn sie keine strengen Vorgaben zur begrifflichen Einteilung geben möchte (Abb. 3: S. 13).

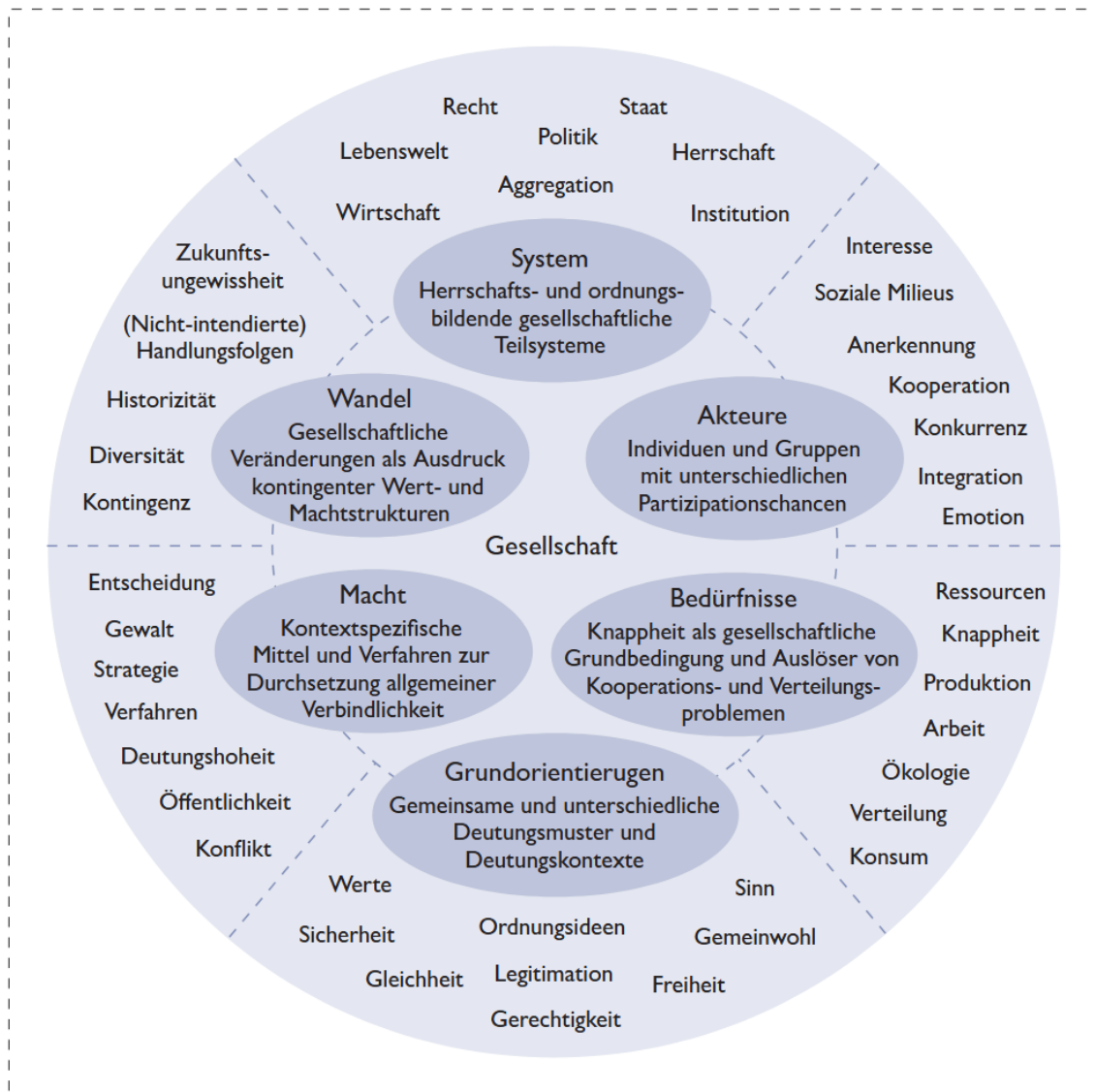


Abbildung 3: Basis- und Fachkonzepte der politischen Bildung der Autorengruppe Fachdidaktik (2011: 170) zit. nach Gloe und Oeftering (2020: 109)

Der entfachte Diskurs (oder die kontinuierliche (Lohn-)Arbeit der Forschenden?) führte zu einer Art Schlagabtausch⁶, fruchtete aber auch in einem überarbeiteten

⁶Was veranlasst an dieser Stelle die Nutzung dieses Wortes und der damit verbundenen schrift-

Modell (Abb. 4: S. 14).

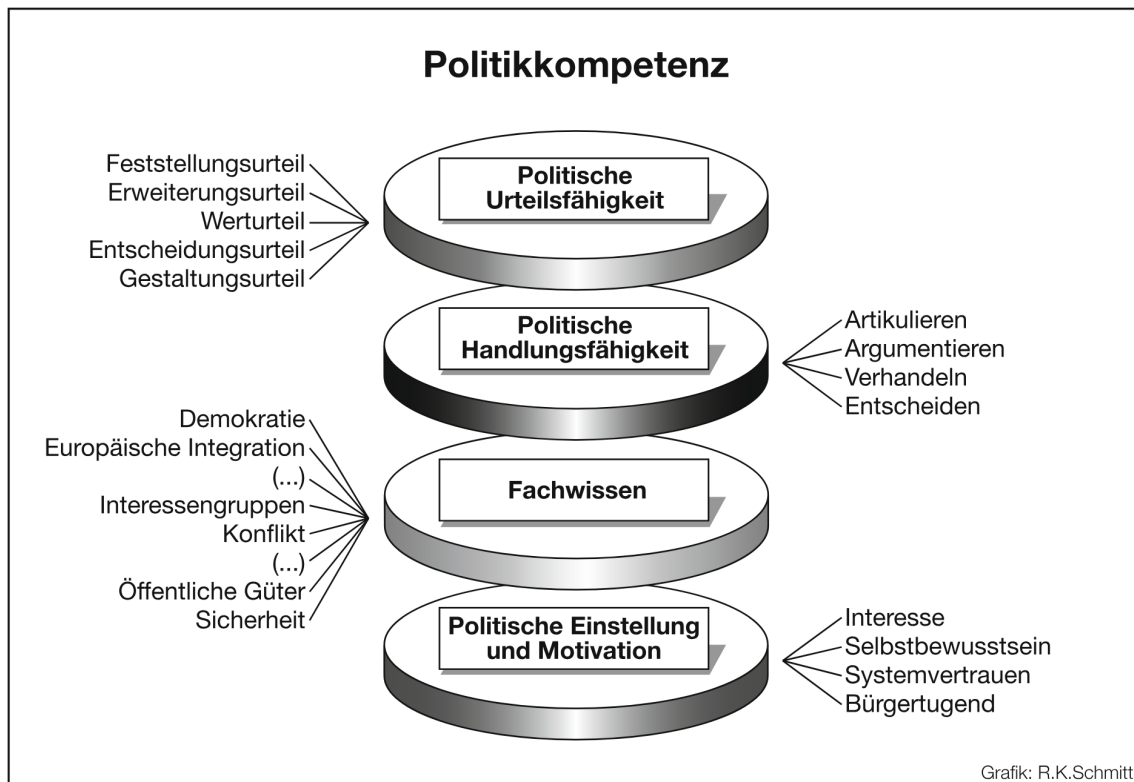


Abbildung 4: „Modell der Politikkompetenz“ (Detjen/Massing et al. 2012: 15)

Im Rahmen dieses erneuten Modells, wurde sich weiter abgearbeitet. So führt Massing (2012: 27) aus, wie *Artikulieren*, *Argumentieren*, *Verhandeln* und *Entscheiden* die „Kompetenzfacetten“ des *kommunikativen*- und *partizipativen politischen Handelns* bilden. Insbesondere für das *partizipative politische Handeln* führt Massing (ebd.: 27) aus, dass beim *Verhandeln* Machtpotenziale, Konfliktfähigkeit, ökonomische Ressourcen oder Tausch genutzt werden können um „Verhandlungsprozesse abzukürzen und zu hierarchisch autoritären oder hierarchisch majoritären Entscheidungen zu gelangen. Diese lassen sich im Unterricht zwar nicht erfahren, sollten aber gewusst werden“. Mit einem kreativeren Ansatz ließe sich zwar überlegen, inwiefern z.B. mit einer interdisziplinären Verstrickung mit Darstellendes Spiel nicht auch ein ausreichend geschützter Rahmen geschaffen werden kann, in welchem Machtpotenziale durchaus erfahren werden können. Für *Entscheiden* wird jedoch ausgeführt, dass „Entscheiden durch kooperative oder handlungsorientierte Methoden geübt werden kann“, es aber „gegenüber der realen Politik unterkomplex“ bleibt (ebd.: 27). Diese Kritik bleibt berechtigt und eine ähnlich gelagerte Problemstellung wird in Abs. 4.5 (S. 41) aufgegriffen.

lichen Tonalität? Z.B. Die schriftliche Tonalität des Beitrages „Konzepte der Politik“: Eine Antwort auf die Kritikergruppe: „Auch zu den Vorschlägen der Autorengruppe Fachdidaktik wird hier nichts gesagt, die ein Teil ihrer Kritik nur wiederholt und deren Alternative bestenfalls den Status einer Ideensammlung hat.“ (Massing et al. 2011: 135).

Massing stellt diesen Zusammenhang wie ein beleidigter Frosch nicht her (Massing 2022: 23)

Bei allen Diskursen um die Ausformulierung von Kompetenzen in Worte und zweidimensionale, druckbare Modelle (welche mit Worten wieder das vernetzte, interdependente und quasi dreidimensionale eingebaut bekommen), bleibt mit gewissem Abstand zu erkennen, dass sie sich in weiten Teilen ähneln. Die einen (Weißeno et al. 2010) hatten den Fokus auf klare und hilfreiche Strukturen gelegt und sind daher das Wagnis eingegangen, sehr konkrete Begrifflichkeiten zu finden. Um als Lehrkraft oder Schüler*in Orientierung zu bekommen ist das sicherlich hilfreich. Den Anderen (Autorengruppe Fachdidaktik 2011) war womöglich wichtiger, dass klar wird, dass nicht zwangsweise Fachwissen im Fokus stehen muss, da Zusammenhänge auch ohne die letzten Endes austauschbaren Begriffe verstanden werden können und dieses Versetehen im Vordergrund stehen sollte.

An welchem Punkt der BBK recht deutlich wird und damit auch einen Kern von echter Demokratie trifft, ist die politische Handlungsfähigkeit. In einer pluralistischen Gesellschaft macht es viel Arbeit, wenn alle möglichst gleichen Zugang zu Entscheidungsbeeinflussungen haben sollen. Hilft aber auch dem demokratischen Gedanken. Frank Nonnenmacher (2010: 466) beginnt einen Abschnitt damit, dass bisweilen handlungsorientiert mit schüler*innen-aktivierend gleichgesetzt wird. Von der Wortbedeutung her ist das sicherlich nicht falsch. Aber schon im BBK steht man soll „die vorgefundene politische Lage nach seinen[/ihren] Interessen [...] beeinflussen“ lernen (vgl. Abs. 2.2: S. 4). Nonnenmacher (ebd.: 466–467) führt jedoch aus, dass die Debatte aus den 1970er Jahren eher dazu geführt hätte, dass „das politische Handeln im engeren Sinne – assoziiert mit Demonstration, Streik und zivilem Ungehorsam – von vornherein in den Verdacht gestellt wurde und wird, dem bloßen Aktionismus, also einer entrationalisierten und emotionalisierten Geschäftigkeit Vorschub zu leisten“, was dem *Überwältigungsverbot* widersprechen würde. Bissig bemerkt er wie unentschuldigtes Fehlen bei Demonstrationen zum Bildungsnotstand sanktioniert werden soll, aber wenn „karitative Bemühungen hinter einer ‚Aktion‘ stehen, ist öffentliches Lob zu erwarten, weil ehrenamtliches soziales Engagement in einer Gesellschaft, die gerade auf diesem Gebiet immer mehr Verantwortung in den privaten Bereich verlagern will, hoch willkommen ist“ (ebd.: 467).

Er stellt drei Bedingungen, die eingehalten werden sollten, wenn tatsächliche politische Aktionen in Zusammenhang mit Schule stattfinden sollten:

1. Engagement auf „breiter Wissensbasis“ nach vorhergehender „Sachanalyse“.
2. Absolute Freiwilligkeit für alle Beteiligten. Demnach auch außerhalb der Unterrichtszeit stattfindend.
3. Öffentlichkeit herstellen

(Nonnenmacher 2010: 467)

Das mit der sinnvollen Einschränkung der Freiwilligkeit schließt „echte“ politische Aktionen für das hier untersuchte Material natürlich weitestgehend aus. Aber es ist davon auszugehen, dass es etwas zwischen „so banale[n] Tätigkeiten wie Lückentexte ausfüllen“ (ebd.: 466) und einer Demonstration mit zivilem Ungehorsam gibt, was Schüler*innen aktivierend ist und auch die Chance bietet politisches Handeln wenigstens zu simulieren. *Simulieren* unter anderem, weil Nonnenmacher (ebd.: 467) dazu korrekterweise anmerkt, dass Schule eine „Zwangsveranstaltung“ sei. Er geht darauf ein, wie verschiedene Initiativen sich immer wieder darum bemühen Schule zu einem demokratischeren Raum zu machen (ebd.: 467–469), kommt jedoch zu einem ernüchternden Schluss, wie insbesondere folgendes Zitat verdeutlicht:

Nichts ist aber an dem Faktum zu ändern, dass diese partizipatorischen Elemente immer nur „gewährt“ werden können; solche Spielräume sind eben wie in allen autoritären Systemen auch jederzeit von den Trägern der Macht wieder zurücknehmbar.

(ebd.: 468)

2.5. Bildungsplan für berufsbildende Schulen oder allgemeine politische Bildung mit Zielgruppenorientierung?

Daher findet sich strukturell wenig Unterscheidung zu dem Fach Politik an allgemeinbildenden Schulen. Der Bremer Bildungsplan für Politik in der Berufsbildung ist mit der Veröffentlichung 2023 auch wesentlich aktueller als die Bildungspläne welche Politik beinhalten von 2006, 2008 und 2010 für die allgemeinbildenden Schulen in Bremen. Mit der Arbeitnehmerkammer Bremen wird sich außerdem auf einen lokalen Akteur bezogen, welcher voraussichtlich auch für einen Großteil der Bremer Schüler:innen an allgemeinbildenden Schulen relevant werden könnte. Zumal die politische Bildung an Berufsschulen sich explizit nicht auf den beruflichen Bereich beschränken soll, sondern gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge zum Thema hat. Genau wie an allgemeinbildenden Schulen und bei politischer Bildung im Allgemeinen.

Wie werden Demokratiekompetenzen gefördert? Wird Wissen über Demokratiekompetenzen gefördert oder gar direkt demokratisches oder eben undemokratisches Handeln erprobt und reflektiert?

2.6. Sozioökonomische Bildung, politische Bildung und interdisziplinäres Begriffs Wirrwarr

Politische Bildung ist im Schulkontext häufig nicht nur im Fach Politik, Sozial- oder Gemeinschaftskunde verortet, sondern auch häufig in Fächern mit Bezeichnungen, in denen „Politik“ gleichbedeutend neben „Wirtschaft“ genannt wird. So finden sich im Sachstandsbericht der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags (2016: 5) Fächerbezeichnungen wie „Politik / Gesellschaft / Wirtschaft“ für Hamburg, „Politik und Wirtschaft“, „Politik-Wirtschaft“ & „Wirtschaft/Politik“ in Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein oder „Gemeinschaftskunde / Rechts-erziehung / Wirtschaft“ für Sachsen. Damit ist in 5 von 16 Bundesländern politische Bildung schon in der Fächerbezeichnung an Wirtschaft gekoppelt (vgl. zu der tatsächlichen Zeit, die für politische Bildung im Unterricht an allgemeinbildenden Schulen zur Verfügung steht auch Gökbudak/Hedtke 2020: 14 & 16).

Materielle Bedingungen in der Sphäre des Politischen sind nicht von der Hand zu weisen. Die Beschäftigung mit materiellen Verhältnissen in der politischen Bildung respektive mit Wirtschaft ist also naturgegeben. Als Forschungsfeld wird daher gerne auch von Sozioökonomischer Bildung gesprochen. Insbesondere zu diesem Begriff lässt sich Forschung zu Unterrichtsmaterial und Einflussnahme externer Akteur*innen finden.

Die Bezeichnungen sowohl von Forschungsdisziplinen als auch von Schulfächern, versuchen dieser interdisziplinären Verknüpfung mal mehr, mal weniger gerecht zu werden. Da die Trennschärfe solcher Begriffe Gefahr läuft, eine philosophische und linguistische Debatte über die Unzulänglichkeiten von Sprache zu eröffnen, wird in dieser Arbeit stets versucht, ein nach Ansicht des Autors möglichst passenden Begriff für den gerade gemeinten Gegenstand zu nutzen, welcher aber explizit nicht beansprucht, dass andere Begriffe aus leicht verändertem Blickwinkel nicht ebenso passend wären und lediglich eine notwendige Entscheidung darstellt.

Als Tatsache kann angesehen werden, dass sich Gesellschaft und Kultur mit Wirtschaft wechselseitig beeinflussen.

2.7. Arbeitnehmerkammer Bremen (ANK)

Im Gesetz über die Arbeitnehmerkammer im Lande Bremen (Senat der Bürgerschaft Bremen 2000) ist festgesetzt, dass nach der Beitragsordnung (Arbeitnehmerkammer Bremen 2021) Beiträge nahezu aller Arbeitnehmenden⁷ in Bremen zu erheben sind. Systemisch ähnlich zu Steuerzahlungen ist die Mitgliedschaft in der Kammer daher

⁷Auf der Lohnabrechnung für einen Minijob taucht z.B. kein Abzug für die ANK auf. Dies orientiert sich an der Geringfügigkeitsgrenze, welche für 2025 556€ beträgt (Bundestag 2025; Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2023).

mit Zwangsbeiträgen verbunden.

Im Gesetz zur ANK ist in §2(1) (Senat der Bürgerschaft Bremen 2000: 1) zu den Aufgaben der Kammer unter anderem formuliert: „Maßnahmen zur Förderung und Durchführung der beruflichen sowie der allgemeinen und politischen Weiterbildung der Kammerzugehörigen zu treffen“.

Da die ANK, wie der Name schon vermittelt, durchaus partikulare Interessen der Arbeitnehmer*innen vertritt,

2.8. Medienkompetenz und die unbedingte Verknüpfung zu „Wahrheit“

2.9. „Wahrheit“, „Wahrhaftigkeit“ und „Richtigkeit“

Für die Argumentation im Abschnitt der Medienkompetenz (Abs. 2.8: S. 18) ist eine Begriffsdefinition der drei Begriffe aus der Überschrift hilfreich. Da diverse Kompetenzmodelle der politischen Bildung auch die politische Handlungsfähigkeit als Ziel attestieren und zu dieser auch Meinungsbildung und -durchsetzung gehört, ist es praktisch, dass diese Begriffe im Rahmen eines Kommentars zu dem Begriff Meinung dargestellt werden⁸:

In dem Essay „Bloße Meinung“ beobachtet Frank Nullmeier (2019) kritisch, wie als Reaktion auf Desinformation eine absolute Wissenschaftlichkeit gefordert wird, welche die Meinung mit einem Anspruch auf Wahrheit „auf die Seite des zu Verwerfenden“ (ebd.) stellt. Weiterhin bezieht Nullmeier sich auf drei Begriffe für Wahrheit:

1. Wahrheit: Als Wahrheit empirischer Aussagen.
2. Wahrhaftigkeit: Als Begriff um mit Unwahrhaftigkeit die Lüge kennzeichnen zu können - In der Abgrenzung zu Unwissen oder sich als falsch erweisenden empirischen Wahrheit. In der Lüge ist die Wahrheit enthalten, sie wird nur nicht gesagt.
3. Richtigkeit: Als Begriff, um eine Wahrheit für normative Aussagen zu haben, die sich aus „eine[r] partiell wahrheitsanaloge[n] Logik der Argumentation mit der Annahme einer aus richtig und falsch bestehenden Binarität und einer potenziell allein richtigen Aussage [er]geben“ (ebd.).

Er führt aus, dass Meinung in demokratischen, politischen Entscheidungsprozessen von einer immanenten Wichtigkeit ist. Entsprechend wichtig sollte die Meinung daher auch im Politikunterricht sein.

⁸Der folgende Abschnitt ist übernommen aus einer Hausarbeit von Klein (2022: 4)

Medienkompetenz sollte in allen Fächern der Schule grundsätzlich, aber aufgrund der großen Schnittmenge insbesondere im Politikunterricht mitgedacht und mitgemacht werden. Noch konkreter argumentiert: Medienkompetenz ist lediglich ein bestimmte Bereiche betonender Begriff für integrale Lerngegenstände von politischer Bildung. Diese Lerngegenstände ergeben sich aus der Zielsetzung der geforderten Kompetenzen. Eine konkrete und praktische Umsetzung von Medienkompetenz kann dabei in Quellenarbeit und Zitation gesehen werden.

2.9.1. Die Zerteilung der Welt durch Worte

Daher nun ein kleiner philosophischer Ausbruch in die Verknüpftheit von Wissen und Sprache: Auch in dem Entstehungszeitraum der vorliegenden Arbeit sind „Wahrheit“, „Wahrhaftigkeit“ und „Richtigkeit“ nicht nur in der Kommunikation grundsätzlich, sondern insbesondere auch im Politischen eine zentrale Debatte. Im Zeitalter von Desinformation, „framing“, Populismus und Propaganda ist für die Erziehung zu mündige(re)n Menschen die Auseinandersetzung mit der Produktion von Wissen und „Wahrheit“ unerlässlich. Die im vorigen Satz aufgezählten Begriffe enthalten immer eine Form „Unwahrhaftigkeit“ oder das (teils bewusste) Auslassen von „Wahrheit“. Um die verschiedenen Formen und Unterschiede des Irrsins und der Lüge durchdringen zu können, ist entsprechend ein Anschneiden dieses Themenkomplexes unerlässlich.

Über das bloße, eher oberflächliche, Verstehen von Inhalt selbst hinausgehend, ist ein wesentlicher Bestandteil von Medienkompetenz, den Inhalt bewerten zu können. In diesem Zusammenhang soll bewerten bedeuten, den Inhalt mit anderen Dingen zu verknüpfen. Denn da Wissen (oder „Wahrheit“) grundsätzlich in Beziehung von Subjekten zur Welt und Beziehung untereinander erschaffen wird, ist es geradezu unabdingbarer Bestandteil eines verstehenden Wissenserwerbs, das Wissen auch mit dem Kontext, in welchem es entstanden ist, zu verknüpfen. Das Verknüpfen von Wissen ist dementsprechend auch Voraussetzung für ein tiefergehendes Verstehen.

Die Diskussion, inwiefern Wissen auf Logik basierend auch mit wenig Beziehung zu anderen Subjekten und der dinglichen Welt „erschaffen“ oder „erkannt“ werden kann, soll an dieser Stelle ausgeklammert werden. Denn pragmatisch gesehen ist jede Form von Information in der physischen Welt mindestens als Energiezustand verankert. Menschen lernen das Denken insbesondere an ihren über die Sinnesorgane vermittelten Erfahrungen mit der dinglichen Welt, was dann erst mit der Zeit höhere Abstraktionsebenen (Symbole, Sprache, Wittgenstein et cetera (etc.) gib’ ihm) ermöglicht. Und auch noch so stark abstrahierte Informationen sind eben immer noch mindestens irgendwie messbar in der physischen Welt verankert. Sei es eine Schallwelle des gesprochenen Wortes, eine neuronale Verbindung im Gehirn, Spannung oder Magneten in einem Computer, Symbole auf Papier oder spezifisch angeordne-

te Basentriplets einer messengerRNA auf dem Weg, ein Protein synthetisieren zu lassen.

Ein eingängiges Beispiel für die unbedingte Verknüpftheit von Wissen lässt sich am Wort „Baum“ darstellen. Erstens muss – um dem Wort eine über den Zufall hinausgehende Bedeutung zu verleihen – mindestens irgendein Subjekt das Wort tatsächlich mit einem Konzept von Baum verknüpfen. Wenn Sprache ihre Funktion der Kommunikation – unter der wir sie kennen – erfüllen soll, am besten mehrere Subjekte. Ferner könnte ein Baum nicht existieren ohne Wasser, die Energie der Sonne, Jahrmillionen an Evolution, Erde etc. Sprache zerlegt eine zwangsläufig verknüpfte Welt immer in Bestandteile. Wer das Konzept (also das Wort und das Wissen, welches es bezeichnet) „Baum“ verstehen möchte, weiß in irgendeiner Form auch Teile dieses zwangsläufigen verknüpften Wissens. Denn um das Wort „Baum“ gebrauchen zu können, wird der Baum von der Sonne und aus der Erde herausgetrennt. Wenn das nicht so wäre, gäbe es keine Worte. Weil konsequent zu Ende gedacht immer nur ALLES ausgedrückt werden könnte, da über genügend Umwege alles miteinander verknüpft ist.

back to it

2.9.2. Quellen

An diese Quellendarstellungen muss sich im Sinne der didaktischen Reduktion jetzt nicht sklavisch gehalten werden. Als polemisches Beispiel: Im Mathematikunterricht in der Elementarstufe bedarf es womöglich zu viel mental load, um auf die Verschriftlichungen von Adam Ries Bezug zu nehmen. Aber vom Grundsatz her ist es durchaus angebracht, so viel Quellenmaterial wie möglich, so präzise wie möglich auch im Unterrichtsmaterial selbst mitanzugeben. Alleine um mit gutem Beispiel voranzugehen.

Eine gute Vorbildfunktion ist essentielle Voraussetzung für verschiedene Formen des Lernens, wie es theoretisiert wird. Egal, ob es sich um das Beobachtungslernen (Kiesel/Koch 2012: 73ff.) welches maßgeblich von Albert Bandura definiert wurde, handelt, oder ob im Rahmen des (zwar umstrittenen) impliziten Lernens (ebd.: 83ff.) stattfindet. Ohne ein auch positiv-Beispiel zu haben, wird das Erlernen von der Relevanz und der methodischen Durchführungsmöglichkeiten einer guten Quellenarbeit erschwert. Aus dem Grunde ist der Bildungsbereich von Beginn an gut beraten, stets gute Beispiele für die Quellenarbeit darzustellen.

Darüber hinaus Einstellung (ebd.: 130)

2.10. Zielgruppe

Gutes Unterrichtsmaterial ist nicht per se gut, sondern es ist lediglich abhängig von den Rezipient*innen gut. Eine womöglich gut vorbereitete Lerneinheit zu Polynomdivision für Studierende in Höherer Mathematik ist in einer Elementarstufe, die gerade überhaupt dividieren lernt, sicherlich nicht mehr gut. Gutes Unterrichtsmaterial ist also in erster Linie für die intendierte Zielgruppe zu untersuchen. Jede Lerngruppe ist individuell, dennoch lässt sich allein durch das Alter, den Lernort und – zum Teil mit dem Ort einhergehend – die Sprache und viele weitere Faktoren, die Lerngruppe bereits stark abgrenzen. Genau das passiert auch bei einem Englischbuch, welches für Unterricht auf Deutsch in der 5./6. Klasse in Baden-Württemberg veröffentlicht ist.

Es ist also angezeigt, die Zielgruppe des Unterrichts möglichst klar abzugrenzen, wenn untersucht werden soll, ob Material „gut“ ist.

Wenn es dann genauer an die Planung von konkretem Unterricht geht, sind insbesondere die Lehrpersonen gefordert, um auf den Wissensstand und bestehende Schüler*innen-Vorstellungen eingehen zu können. Nach dem Modell der didaktischen Rekonstruktion sollen Lerninhalte besser und nachhaltiger vermittelt werden, wenn dies geschieht (Reinfried et al. 2009: 404–406).

Dadurch, dass das Material mit Fokus auf duale Studiengänge berufsbildende Schulen erstellt ist, unterscheidet sich die Zielgruppe von der an allgemeinbildenden Schulen in dem wesentlichen Punkt, dass gerade der Lebensweltbezug für Arbeitsthemen durch die eigenen Arbeitserfahrungen im Betrieb deutlich weniger theoretisch ist, als wenn an einer Oberschule zum Beispiel über Arbeitsschutz gesprochen wird.

„Fremdzuschreibungen und defizitorientierte Ansprachen von Personengruppen sind deshalb problematisch, weil sie die in unserer Gesellschaft ungleich verteilten Zugänge zu u.a. Bildung und Chancen mitunter eher reproduzieren als sie – wie von einer inklusiven politischen Bildung“ (Beckmann et al. 2022) Dennoch ist es wichtig, die Zielgruppe zu kennen und darauf einzugehen.

2024-12-11 Wie wird die Zielgruppe angesprochen? Wird eine heterogene Zielgruppe angesprochen? Bla über Defizitorientierung

2.10.1. Schüler*innenvorstellungen

Nach dem Modell der didaktischen Rekonstruktion (Reinfried et al. 2009) ist die Inbezugnahme von Schüler*innenvorstellungen ein zentrales Element für besseren Unterricht. Es soll also untersucht werden, an welchen Stellen das Material Schüler*innenvorstellungen aufgreift oder immerhin Raum dafür lässt.

2.11. Was sagt die Wissenschaft zu politischer Bildung an (Berufs)schulen?

Anja Besand

Reinhold Hedtke (den habe ich schon)

Bettina Zurstrassen (Herausgeberin Sammelband von der bpb)

Christine Engartner

Die ANK als Gegenspieler zu wirtschaftsnahem Material? Engartner 2023:7

2.12. Ökonomische versus politische Sozialisation?

In der Forschung zu politischer Bildung in staatlichen Institutionen wird seit geraumer Zeit verhandelt, wie die Einflussnahme externer Akteure zu bewerten sei. Reinhold Hedtke

Autor*innen, welche einen bildungstheoretischen und/oder einen politikwissenschaftlichen Hintergrund aufweisen, lesen sich insofern ähnlich, als dass ihnen gemein ist eine gute politische Bildung interdisziplinär zu gestalten. Insbesondere für den berufsbildenden Bereich lässt sich feststellen, dass Forderungen erwachsen, die „betriebswirtschaftlichen Verwertungslogiken“

dritte Säule (Kerschensteiner 1966)

2.13. Mehr Platz für Emotionalität

Gutes Unterrichtsmaterial gibt die Beziehungsebene zwischen Lehrer*innen und Schüler*innen nicht vor, aber sorgt im Idealfall durch gute Strukturierung und guten Umgang mit den bestehenden Ressourcen dafür, dass die Beziehungsebene mehr Platz bekommen kann.

Gleichzeitig sind Emotionen integraler Bestandteil des Politischen (Heidenreich 2012) und sind daher nicht in einem veralteten Dualismus (der Rationalität unbunden und moralisch unterlegen) aus dem Unterricht zu verbannen.

Dass Emotionen gerade in Zusammenhang mit Politik bisweilen einen faden Beigeschmack haben, trägt Hendrik Schröder (2020: 4–5)

2.14. Veröffentlichungsreichweite, Auffindbarkeit, Preis, Einsetzungsreichweite

Es darf davon geträumt werden, Unterrichtsmaterial, welches durch öffentliche oder fast öffentliche Gelder finanziert wurde, auch der Öffentlichkeit zugänglich ist.

2.15. Forschungsfrage

Wie lässt sich das Unterrichtsmaterial der Arbeitnehmerkammer Bremen bewerten?

Wie und nach welchen Maßstäben lässt sich das Unterrichtsmaterial der Arbeitnehmerkammer Bremen bewerten?

3. Analysemaßstab

Analyse

Im Sachunterricht in der Elementarstufe wird kritisiert, wenn der Unterricht wenig mit der eigentlichen Sache zu tun hat (Scholz 2004: 2–4). Im Politikunterricht ist das Anschauen jedoch weniger auf Dinge bezogen. Analog dazu lässt sich jedoch die bereits im BBK geforderte Handlungskompetenz sehen. Spannend ist es also zu untersuchen, inwiefern durch das Material politisches Handeln beobachtbar oder gar an der eigenen Gruppe erlebbar wird.

Einen Teil wird immer eine Fehlerprüfung einnehmen.

3.1. Fragen an das Material

Ein eher offen formulierter Bildungsplan ist kein Zufall. Daher wäre es kontraindiziert, Unterrichtsmaterial nach starren Vorgaben zu bewerten. Dennoch soll eingegrenzt werden, nach welchen Maßstäben Unterrichtsmaterial bewertet werden könnte. Offen bedeutet nicht beliebig.

Die erste Anlaufstelle dafür ist der Bildungsplan selbst. In Anlehnung an die Gliederung des Bildungsplans kann das Unterrichtsmaterial anhand folgender Punkte untersucht werden:

- Kompetenzen jeweils der beruflichen & politischen Bildung
- Lebensweltorientierungen
 - Arbeits-, Berufs- und Lebensweltorientierungen
 - Problem-, und Wissenschaftsorientierungen
 - Zukunfts-, Gegenwarts- und Vergangenheitsorientierungen
- Methodische Grundsätze
- Und anhand folgender sieben politischen Handlungsfelder:
 - Demokratie
 - Gesellschaft
 - Arbeitsleben

- Öffentlichkeit im digitalen Zeitalter
- Wirtschaftspolitik
- Globale Zusammenhänge
- Nachhaltigkeit

Im Bildungsplan sind die drei wichtigsten Kompetenzen in Anlehnung an den BBK formuliert.

- Politische Urteilsfähigkeit
- Politische Handlungsfähigkeit
- Methodische Fähigkeiten

Daher soll im nächsten Schritt analysiert werden, inwieweit das Unterrichtsmaterial diese Kompetenzen fördert.

Fragen, die darüber hinaus und ergänzend an das Material gestellt werden sollen, sind:

- Welche Kompetenzen werden an welcher Stelle gefördert?
- Wie und durch welche Operationalisierung werden die Kompetenzen gefördert?
- Wie werden Schüler*innenvorstellungen berücksichtigt? Siehe auch die reflexiven Fragen für das Modell der didaktischen Rekonstruktion bei Reinfried et al. (2009: 411–412).
- An welchen Stellen soll induktiv, an welchen deduktiv vorgegangen werden?
- Ist das im Modell der Didaktischen Rekonstruktion sinnvoll? (ebd.) Sollte im Sinne des Konstruktivismus besonders induktives Vorgehen seitens der SuS antizipiert werden?
- Wie wird Schüler*innenaktivität erzeugt?
- Wird bestehendes Material benutzt und analysiert oder wird auch eigene Produktion angeregt?
- Wie ist die Ergebnissicherung eingebunden?
- Welche Handlungsfelder werden angesprochen?
- Inwieweit bietet ist das Material auf die Lebensrealität und realistische Partizipationsmöglichkeiten ausgerichtet?

- Inwieweit impliziert das Material politisches Handeln, welches bestehende Systeme in Frage stellt? Ist das noch vertretbar (im Konkreten: mit dem BBK vereinbar)? Ist im Gegenzug ein Weglassen solcher Perspektiven vertretbar (im Konkreten: mit dem BBK vereinbar)?
- Welche Medien werden eingesetzt? Wie ist die Wahl der Medien begründet?
- Medienkompetenz
- Inklusion
- Digitalisierung (Methodenkompetenz. Sinnvoll eingesetzt?)
- Was wird vom Material an Möglichkeiten der Binnendifferenzierung geboten?
- Wo findet eine Binnendifferenzierung statt; sowohl im Inhalt als auch den Methoden? Ist die Wahl der Methoden aus der Didaktik zu begründen? Welche alternative Methoden wären möglich gewesen? Werden unterschiedliche Methoden für unterschiedliche Lerngruppen Angeboten?
- Handhabbarkeit, Anwendbarkeit, praktisches, pragmatisch. Handwerkliche Betrachtung
- Umfang, Zeitvorgaben, zur Verfügung Stellung realistisch?
- Unwahrscheinlich: Aber, ist das Material Altersgruppen geeignet oder gar übergreifend?
- Welche Beeinflussungen sind zu erkennen? Lassen die sich diese legitimieren?

Darüber hinaus soll untersucht werden, inwieweit sich Intentionen der Arbeitskammer Bremen im Material finden lassen und ob die Beeinflussungen des Akteurs sich in einem Rahmen bewegen, welcher der Intention des BBK nicht entgegensteht.
#Kontroversitätsgebot

3.2. Bildungsplan als Analysemaßstab

Der Bildungsplan (Block et al. 2023) in Politik für duale Studiengänge im Land Bremen...

Wie zu Kapitelanfang angedeutet ist der Bildungsplan vergleichsweise offen formuliert, ohne detaillierte Vorgaben zu machen. Angesichts der überbordenden Thementauswahl und interdisziplinären Verstrickung eines Faches wie Politik eine konsequente Entscheidung, die im Bildungsplan selbst argumentativ legitimiert wird (ebd.: diggah, welche Seite habe ich das gelesen). Reinhold Hedtke (2016: 17–18)

kritisiert für den Wirtschaftsunterricht den fehlenden Bezug auf die Fachwissenschaften sowie auch eine fehlende Berücksichtigung der zahlreichen Interdependenzen zu benachbarten Fachwissenschaften.

3.2.1. MUSS WOANDERS HIN

AAAAnderes Kapitel Es wird keine Begründung zur didaktischen Auswahl der Themen mitgeliefert. Damit einhergehend wird auch eine didaktische Reduktion nicht begründet. In der Schulpraxis ist das in explizit schriftlicher Form sicherlich auch nicht üblich. In der Ausbildung von Lehrkräften ist genau das jedoch gefordert und es wird implizit erwartet, dass auch später stets eine solide Begründung geliefert werden könnte. Das Material hat die Intention hat verbreitet und genutzt zu werden. Daher wäre es durchaus eine Überlegung wert, inwieweit es die Legitimation erhöhen könnte, noch tiefer in die Entscheidungsbegründung einzustiegen.

3.2.2. MUSS AUCH WOANDERS HIN

Strukturelle Ähnlichkeiten fallen zu dem im Bildungsplan geforderten Verständnis der Möglichkeiten und Grenzen des Föderalismus und folgenden Überlegungen zu Unterrichtsmaterial grundsätzlich auf. In einem vorstellbaren Ideal, wird eine offene Plattform für die Bereitstellung von Unterrichtsmaterial bereitgestellt. Diese sollte mehrere Voraussetzungen erfüllen:

- offen in Form von kostenfrei, öffentlich vgl. Abs. A.1: S. 52f
- Das würde bedeuten, es sollte gepusht werden, dass das Ding bestenfalls weltweit – aber um der Egozentrik der politics Sphäre gerecht zu werden vielleicht erstmal als europaweit beworben – genutzt wird und nicht jedes Bundesland rumknausert und die gleiche Software ≥ 16 mal in Auftrag gibt.
- Das aus öffentlichen Geldern finanzierte Ding würde damit auch der Öffentlichkeit gehören und es würden nicht hauptsächlich privatwirtschaftliche Akteure davon profitieren, die die Rechte an ihrem schlechten Produkt halten, bei welchem auch niemand eine realistische Chance hätte es zu verbessern.
- Daraus folgt \rightarrow Die Plattform sollte als veränderbar angelegt sein.
- Das Material sollte von allen veränderbar sein. Was explizit nicht heißen muss, dass jede schlechte oder gar destruktive Änderung gesichtet oder gar übernommen werden muss. (Womöglich ist hier such etwas in Richtung Klarnamen-Registrierungszwang angebracht. Hier sollte sich viel aus der Softwareentwicklung abgeschaut werden. Da steckt die Expertise)

- Es sollte einen Versionverlauf haben.
- Abstimmungsmöglichkeiten sollten gegeben sein. Dann hat man als womöglich staatlich verantwortliche Person einen Überblick, was ein Ausschnitt der Öffentlichkeit zu dem Ding denkt.
- Im besten Falle verschieden filterbare Bewertungsskalen. Z.B. nach Lehrkräfte, Schüler*innen, andere Externe, Herkunftsorte, Alter etc.
-
- Überraschung, ich habe extra *Ding* geschrieben. Weil das ziemlich ersetzbar für viele (informationslastige) Produkte ist, welche mit öffentlichen Ressourcen realisiert werden.
- diggah, als ob, ich habe kein bock mehr. es wird eh schlimmer anstatt besser

Programmierende Freunde von mir scherzen über *pull requests* über „git“ für eine Möglichkeit moderne, digitale Möglichkeiten für direktere Formen der Demokratie nutzen zu können.

3.3. Politische Bildung in der Fachliteratur – Ein Auszug

Im Bremer Schulsystem werden in der Mittelstufe klassische Schulfächer wie Chemie, Physik und Biologie gemeinsam im Fach Naturwissenschaften (NW) (Vogel 2010b) oder im sozialwissenschaftlichen Bereich wurden Geschichte, Politik und Geographie zu meiner Zeit an der Gesamtschule als Welt-Umweltkunde (WUK) (Vogel 2006b) oder heutzutage an Oberschulen als Gesellschaft und Politik (GP oder GuP) (Vogel 2010a) unterrichtet. -> Autor:innen haben auch keinen Bock mehr auf monodisziplinär.

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) hat den Sammelband veröffentlicht.

3.4. Quellenangaben

- Wie lässt sich die Qualität der Quellen bewerten?
- Wie wird auf Medienkompetenz eingegangen?

4. Analyse der Unterrichtsvorschläge

Hinweis Das Material befindet sich in der Entwicklung ist und noch nicht veröffentlicht. Es unterliegt daher noch zahlreichen Veränderungsoptionen. Ein besipelhafte

Layout der Materialkarten ist im Appendix auf Seite 54 zu sehen. Dahinter folgen die Entwürfe zu den Unterrichtsvorschlägen. Es wird das Material zu den drei Themenfeldern *Demokratie* (ab S. 55), *Arbeitsleben* (ab S. 62) und *Wirtschaftspolitik* (ab S. 69) untersucht.

Das Material der ANK ist direkt den sieben im Bildungsplan vorgegebenen „politischen Handlungsfeldern“ (Block et al. 2023: 3, 15) zugeordnet. Obgleich im Bildungsplan explizit formuliert ist, dass durch inhaltliche Offenheit „der Einsicht entsprochen [wird], dass eine konsensfähige Festlegung relevanter, zeitloser Inhalte weder fachwissenschaftlich noch fachdidaktisch begründbar ist“ (ebd.: 15), wird verlangt, vier der sieben „politischen Handlungsfelder“, darunter „Demokratie“ als „verpflichtend“, zu bearbeiten.

Die Unterrichtsvorschläge folgen einem einheitlichen Aufbau. Zur Orientierung in dieser Arbeit wird in der Regel das „Themenfeld“ genannt, das den „politischen Handlungsfeldern“ aus dem Bildungsplan direkt entspricht. Die einzelnen Materialkarten sind in der Form *Themenfeld A#* angegeben. Der Buchstabe kennzeichnet dabei ein Thema innerhalb des Handlungsfeldes/Themenfeldes. Die Nummerierung ergibt sich in der Regel aus den Phasen *Einstieg*, *Erarbeitung* und *Auswertung/Übertrag*, welche die Materialien eines Themas in zumeist drei mögliche Unterrichtszeiteinheiten aufteilen. So gibt es zu „Arbeitsleben“ die drei Themen A, B und C mit je zwei bis drei Unterrichtszeiteinheiten. Zu jeder Unterrichtszeiteinheit gibt es eine Leitfrage.

Die Kompetenzen, die im Material mitaufgeführt sind, finden sich ebenfalls genauso im Bildungsplan und teilen sozusagen das Themenfeld nur genauer ein. Sie bleiben genau wie der als „Gegenstand der Auseinandersetzung“ bezeichnete Überblickstext über die oben angegebenen Phasen gleich (also für einen Buchstaben über alle Nummern hinweg).

Wer mit dem Blick eines Lehrer*innen Klischees auf die direkte Übernahme der Struktur des Bildungsplans auf das Material schaut, könnte sich (wenn womöglich auch unterbewusst) fragen, was das Abschreiben soll und ob da nicht eine präzisere Einteilung sein müsste. Das Zuordnen in die „politischen Handlungsfelder“ und die feinere Verknüpfung mit den Kompetenzen des Bildungsplans erleichtert durch die Vermeidung unnötiger Kompliziertheit jedoch eine Einbettung in eine den Bildungsvorgaben entsprechende Grobplanung des Unterrichts, die ohnehin erwartet werden kann.

Da für eine einzelne Unterrichtseinheit jedoch kaum in Anspruch genommen werden kann, einen Kompetenzbereich hinreichend abzudecken – auch exemplarisch, denn wie stets ist es ausgeschlossen, nicht exemplarisch zu lernen – wäre es womöglich ergänzend sinnvoll, noch konkreter anzugeben, welche exakten Kompetenzen

erworben werden. In dem Fall der Materialkarten geschieht dies nun nicht über eine konkretere Ausdifferenzierung der Kompetenzen, sondern über die „Leitfrage“, das „Thema“ und „Keywords“.

Erwartungshorizont Ein Erwartungshorizont ist bei dem Material nicht mitgeliefert. Es wird versucht einen pragmatischen, einfachen Erwartungshorizont zum Abgleichen zu Ergänzen. Da die Aufgaben des Materials meist verhältnismäßig kurz sind und zum Lernen und nicht direkt zum Werten und Messen dienen, wird auf eine weitere Binnendifferenzierung verzichtet.

Insbesondere relevant wird ein Erwartungshorizont bei Prüfungsaufgaben. Hilfreich kann es sein, ihn der Zielgruppe anzupassen, im besten Falle dann noch binnendifferenziert, da davon auszugehen ist, dass jede Zielgruppe heterogen ist. Zielgruppenorientierung ist idealerweise an jeder Stelle von Unterrichtsvorbereitung und entsprechend im Unterrichtsmaterial mitzudenken. Gerade Materialvorschläge – die zur Verbreitung gedacht sind und nicht mit einer einzelnen Kohorte im Blick entwickelt wurden – können zwar Vorschläge zur Staffelung beinhalten, die Zielgruppe kann dann aber nur nach „hardfacts“ wie Altersspanne, wahrscheinliche Lernorte und Fortschritt im Bildungssystem (Jahrgang etc.) adressiert werden.

Operationalisierte Arbeitsaufträge In den Aufgabenstellungen der Materialkarten wird in der Regel mit Operatoren gearbeitet. Der Bildungsplan für Politik an Berufsschulen selbst hat zwar keine Liste der Operatoren (Block et al. 2023). Aber es ist üblich in der schulischen, politischen Bildung mit Operatoren zu arbeiten. Die Kultusministerkonferenz (2005: 14–18) gibt für Abiturprüfungen in Politik an, welche Operationalisierungen durch ihren Imperativ die jeweilige Schüler*innenaktivität hervorbringen sollen und kategorisiert diese in drei Anforderungsbereiche. Im Bildungsplan für Politik an Gymnasien in Bremen sind die Vorgaben der KMK entsprechend mit einer Operatorenliste umgesetzt (Löwer 2008: 13–14).

4.1. Demokratie

Für den Bereich Demokratie sind zwei Themen angeboten:

1. Demokratie A: „Föderalismus und Arbeitsschutz – Welche Chancen und Risiken bringt das Mehrebenensystem der BRD für die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz mit sich?“
2. Demokratie B: „Wahlen – von welchem Teil des Volkes geht eigentlich die Staatsgewalt aus?“

4.1.1. Demokratie A - „Föderalismus und Arbeitsschutz – Welche Chancen und Risiken bringt das Mehrebenensystem der BRD für die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz mit sich?“

Für den Themenbereich „Demokratie A“ (A1 bis A3) wird als Kompetenzbereich angegeben:

Die Schüler:innen sind in der Lage das Wesen der Demokratie, die Strukturen und Organisationen des politischen Systems sowie die Mechanismen politischer Willensbildung einzuordnen und zu beurteilen.

(im Bildungsplan: Block et al. 2023: 16)

Die Leitfragen

1. Demokratie A1: „Welche Erfahrungen mit Arbeitsschutz habt ihr bisher gemacht?“ (S. 55)
2. Demokratie A2: „Wer kümmert sich um den Arbeitsschutz?“ (S. 56)
3. Demokratie A3: „Pro und Contra Föderalismus oder warum ist das Teilen von Macht ein Strukturprinzip demokratischer Herrschaft?“ (S. 57)

teilen das Thema dabei in die drei Karten auf.

VIELLEICHT ALLGEMEIN ÜBER BESCHISSENEN VERSIONSVERLAUF VON GESETZEN REDEN?

Gesetze unterliegen zahlreichen Änderungen. In aller Regel werden beschlossene Änderungen von Bundesgesetzen in einem Bundesgesetzblatt (BGBl) veröffentlicht

Beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) findet sich tatsächlich eine nette Übersicht vom „Referenzentwurf“ über den „Kabinettsbeschluss“ bis zum „Abschluss des Gesetzes“. Alle Schriftstücke sind, wie es sein sollte, verlinkt. Der Referenzentwurf vom BMAS ist dabei einfach brav als PDF anzutreffen (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2020). Die Drucksache des Bundestages hingegen ist kopiergeschützt, wtf (Deutscher Bundestag 2020)? Das Bundesgesetzblatt ist zwar ein eher nur maschinenlesbarer Link, aber hat immerhin einen netten Viewer mit ziemlich guter Suchfunktion integriert und ist damit nicht kopiergeschützt (Bundesgesetzblatt 2020 Teil I Nr. 67 2020).

Gesetze sind komplex und kompliziert. Umso wichtiger mag es erscheinen, in Material, welches für die Verbreitung gedacht ist, nicht auf Korrektheit zu verzichten – auch nicht im Tausch gegen Verständlichkeit.

Der Einführungstext (S. 55) stellt mehrere Daten dar, ohne diese weiter zu belegen. Die angesprochenen Gesetze sind immerhin noch eindeutig zu identifizieren. Das Grundgesetz ist als „(GG Art. 83/84) (→ Grundgesetz; → Föderalismus)“ aufgenommen und schon ohne die „Keywords“ gut aufzufinden. Wobei auch hier ein

Bezug auf die Version angebracht wäre. Auch das Grundgesetz wird immer mal wieder geändert.

Weiter wird ein Gesetz in folgender Form genannt:

Das 2021 erlassene Bundesgesetz „Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit“ (→ Bundesgesetze)

In der Angabe ist dankbarerweise ein Datum angegeben, welches jedoch leider irreführend ist. Das angesprochene Gesetz, kurz auch Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG), ist 1996 erlassen worden⁹. Die betreffende Änderung ist ebenfalls nicht 2021, sondern noch rechtzeitig 2020 erlassen worden. Das Inkrafttreten der maßgeblichen Änderung für die im Text angesprochenen „Mindestbesichtigungsquote“ ist durch eine Ergänzung in Absatz 1 und das Anfügen von Absatz 1a in §21 durch Artikel 1 ist nach Artikel 11 nun allerdings tatsächlich am 01.01.2021 (Bundesgesetzblatt 2020 Teil I Nr. 67 2020: 3334–3343).

Mein Verbesserungsvorschlag zur Korrektur und Vereinheitlichung mit der Kurzangabe des Grundgesetzes ist z.B. folgende Formulierung:

Zu 2021 wurde das Arbeitsschutzgesetz¹⁰ geändert, sodass es jetzt eine Mindestbesichtigungsquote enthält. Bis 2026 sollen mindestens 5% aller Betriebe abgedeckt sein (ArbSchG §21 (1a))(→ Bundesgesetze).

Auch wenn es wonöglich mit minimalistischen Layout Vorstellungen kollidieren mag, ist zu überlegen, ob es im Bildungsbereich nicht angebracht ist, Fußnoten o.Ä. für hinreichende Quellenangaben einzubinden (wie z.B. in Fußnote 10).

Später im Text wird angegeben, dass „die Quote bei nur etwas über zwei Prozent [liegt], wodurch Betriebe im Schnitt erst alle 40 bis 50 Jahre überprüft werden.“ Leider ebenfalls ohne Quelle.

Demokratie A1 Einstieg: „Welche Erfahrungen mit Arbeitsschutz habt ihr bisher gemacht?“ Die Aufgaben 1 und 2 (S. 55) beziehen sich auf zwei Texte aus *M1* und *M2* und operationalisieren schriftliche Einzalarbeitsaufträge in den Aufgabenbereichen II - III durch *erläutern*, *skizzieren* und *erklären*. Aufgabe 3 operationalisiert mit *erläutern* und *diskutieren* meines Erachtens (m.E.) doppelt und im

⁹Stand 18.06.2025 ist folgendes die aktuelle Version: „Arbeitsschutzgesetz vom 7. August 1996 (BGBl. I S. 1246), das zuletzt durch Artikel 32 des Gesetzes vom 15. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 236) geändert worden ist“.

¹⁰*Arbeitsschutzgesetz* vom 7. August 1996 Änderung durch *Gesetz zur Verbesserung des Vollzugs im Arbeitsschutz (Arbeitsschutzkontrollgesetz)* Vom 22. Dezember 2020 veröffentlicht im *Bundesgesetzblatt Jahrgang 2020 Teil I Nr. 67, ausgegeben zu Bonn am 30. Dezember 2020* S. 3334–3343.

falschen Aufgabenbereich. Die Operatoren sind zwar selbst in unterschiedlichen Anforderungsbereichen (II bis III), aber ich würde argumentieren, dass die geforderten Tätigkeiten von erläutern ohnehin unter Voraussetzung für diskutieren subsumiert werden können und daher eher verwirren:

- Diskutieren: „Zu einem Sachverhalt, zu einem Konzept, zu einer Problemstellung oder zu einer These etc. eine Argumentation entwickeln, die zu einer begründeten Bewertung führt“
- Erläutern: „Wie erklären, aber durch zusätzliche Informationen und Beispiele verdeutlichen“
- Erklären: „Sachverhalte durch Wissen und Einsichten in einen Zusammenhang (Theorie, Modell, Regel, Gesetz, Funktionszusammenhang) einordnen und deuten“

(Löwer 2008: 13–14)

Andererseits mag es helfen durch die kleinschrittigere Strukturvorgabe die Arbeitsanweisungen zu gliedern. Dann wäre es jedoch womöglich hilfreich allgemein mehr Strukturvorgaben in die Aufgabenstellung einzubauen. Der Auftrag seine eigenen Erfahrungen mit Arbeitsschutz ist in erster Linie ein Aufzählung und Sortierung von Erinnerungen. Im zweiten Schritt können die Erinnerungen dann mit den Implikationen aus *M1* und *M2* in Zusammenhang gebracht werden. Das könnte kleinschrittig wie folgt aussehen:

Zähle deine Erfahrungen mit Arbeitsschutz an deinem Arbeitsplatz *auf*.

Erläutere deine Erfahrungen mit Arbeitsschutz in Bezug die Implikationen aus *M1* und *M2*.

Da diese Phase als „A1 Einstieg“ mit 15' Dauer veranschlagt ist, wäre von der Lehrkraft ohnehin die Transferleistung gefordert, den Schüler*innen einen Hinweis zu geben, dass Aufgabe 1 bis 3 jeweils nur mit ein bis drei Sätzen beantwortet werden sollte.

Den Abschluss bildet die Vier-Ecken-Methode. Sie wird erklärt mit: „Ihr geht zu der Ecke, die Eurer Ansicht am ehesten entspricht“. Die vier vorgeschlagenen Ecken beschreiben jedoch eher nach Level gegliederte Erfahrungen in Bezug auf Sicherheitsvorkehrungen. Das bleibt m.E. ein wenig unklar → Umformulierungsvorschlag:

Ihr geht zu der Ecke, die Euren gemachten Erfahrungen am ehesten entspricht.

Besonders die Vier-Ecken-Methode bringt für einen Einstieg auch die hilfreiche körperliche Aktivierung mit sich und erzwingt damit ein unvermeidbares Mindestmaß an Aufmerksamkeit.

Eine präzise auf die Lernziele des Einstiegs bezogene Kompetenz könnte folgendermaßen formuliert werden:

Die Schüler*innen können ihre Erfahrungen mit Arbeitsschutz nennen und grob mit dem Regelwerk der Bundesrepublik Deutschland in Beziehung setzen.

Erwartungshorizont: Demokratie A1 (S. 55)

AUFGABE 1 a) Mindestens das Wort „Arbeitsschutz“ und die Möglichkeit UV-Strahlung bedingten Krankheiten vorzubeugen sollten erwähnt sein.

AUFGABE 1 b) Z.B. Sonnenschutzmittel stellen (Sonnencreme etc.), persönlichen Sonnenschutz stellen (Kopfbedeckungen, passende Kleidung), Sonnenschutz durch bauliche Maßnahmen o.Ä. (Fensterglas mit UV-Schutz, Sonnensegel, beschattete Pausenmöglichkeit), verantwortliche Personen bestimmen, welche auf Sonnenpause und persönlichen Sonnenschutzmaßnahme achten. Besonders spannend wäre, das Auftragen von Sonnenschutz explizit in der Arbeitszeit stattfinden zu lassen.

AUFGABE 2 a) Angebotsvorsorge bei mindestens einer Stunde draußen außerhalb des Winters und das Stellen einer Betriebsärztin sollte erwähnt sein.

AUFGABE 2 b) Die Beschäftigungsfähigkeit als Voraussetzung Gesellschaft zu gestalten und nicht in prekäre Lebenssituationen abzurutschen könnten erwähnt werden. Aufklärung könnte als notwendige Voraussetzung genannt werden, um diese Ziele zu erreichen.

AUFGABE 3 Mindestens ein Aspekt sollte erwähnt sein. Z.B. Mir wurde Arbeitsschutz bisher noch nie im Betrieb bewusst gemacht. Wenn das der Fall sein sollte, sollte die Verbindung gezogen werden, dass wahrscheinlich auch im eigenen Betrieb Prävention passieren könnte. Ansonsten könnten die gemachten Erfahrungen als Aufklärung (Erinnerung an die Bedeutung von regelmäßigem Aufstehen bei Büroarbeit etc.) oder konkrete Prävention identifiziert werden (z.B. Schutzausrüstung, Stehschreibtisch etc.).

Demokratie A2 Erarbeitung: „Wer kümmert sich um den Arbeitsschutz?“ Aufgabe 1 (S. 56) bezieht sich auf ein Video, in welchem die Entwicklung des Arbeitsschutzes in Deutschland beschrieben wird. Dadurch wird Anwechslung in der

Medienauswahl erreicht, indem nicht nur Symbolsprache geschriebener Text, sondern Symbolsprache gesprochenes Wort in Verbindung mit Bildern als audiovisuelle Komposition angeboten wird. In AUFGABE 1 a) wird Abwechslung durch Partner*innenarbeit geschaffen. Es wird wieder vielseitig mit Operatoren gearbeitet, die Aufgabe richtet sich aber hauptsächlich auf das Wiedergeben und Ordnen der Inhalte des Videos.

Aufgabe 2 ist ein kurzer Rechercheauftrag zu verschiedenen Paragraphen des Arbeitsschutzgesetzes, der mit Hilfe des Internets erledigt werden soll. Damit wird wieder das Medium gewechselt und Internetrecherche zu Gesetzen angestoßen. Hier wäre eine Möglichkeit über das Üben von Internetrecherchen hinaus auch das Angenomen von (Internet-)Quellen zu üben und, womöglich im Plenum, die Überprüfung der Vertrauenswürdigkeit von Quellen näher zu beleuchten. Gesetze sind nicht trivial und auf diversen Websites erwähnt. Es gibt neben verschiedenen staatlichen Quellen auch private Anbieter. Grundsätzlich ist das Internet mit verschiedenen Suchmaschinen, deren ausgeklügelten Algorithmen und seit einer Weile auch der Aufdrängung von Ergebnissen mit generativer Künstlicher Intelligenz (KI) durch Large Language Model (LLM)

AUFGABE 3 a) *M3* ist noch nicht eingefügt. Die Aufgabe zielt aber wieder auf Aufgabenbereich 1 ab. Ein Text wird gelesen und bestimmte Informationen sollen eigenständig wiedergegeben werden. AUFGABE 3 b)

Erwartungshorizont: Demokratie A2 (S. 56)

AUFGABE 1 a) Mögliche Phasen, mindestens fünf:

1. Einführung (?)
2. Industrialisierung, Arbeitsschutz beginnt Thema zu werden
3. Erster Weltkrieg, Arbeitsschutz wird „zurückgedreht“
4. Weimarer Republik, Arbeitsschutz wird mehr
5. Machtübernahme der Nationalsozialisten, Deutsche Arbeitsfront (DAF) ersetzt Gewerkschaften
6. Zweiter Weltkrieg, wieder kein Arbeitsschutz
7. Nachkriegszeit, technischer und sozialer Arbeitsschutz wird fortentwickelt, viele Normen
8. Arbeitssicherheitsgesetz 1973, Betriebsärzte und Berater für Arbeitssicherheit
9. Arbeitsschutzgesetz 1996, Gefährdungsbeurteilung, Prävention, Unterweisung
10. 2013 psychische Belastungen sind ins Arbeitsschutzgesetz aufgenommen

AUFGABE 1 b)

- *Arbeitsbedingungen* waren schlecht.

- *Arbeiter*innen* haben Forderungen gestellt. Anmerkung: Das kommt lediglich an einer Stelle im Video deutlich rüber – als der Rat der Volksbeauftragten den 8h Tag auf Druck der Arbeiterbewegung einführt. Das Video fokussiert sich eher auf die Geschichte der Umsetzung von Arbeitsschutz durch Recht und beleuchtet die gesellschaftlichen Umstände als Mißstände, ohne weiterzugehen und möglichen Arbeitskampf zu thematisieren. SCHREIB DAZU DOCH WAS IN DIE AUFGABENWERTRUNG
- *Gesetze* regeln und nehmen immer wieder Arbeitgeber in die Pflicht.
- *Verbesserungen* werden über Zeit schrittweise erzielt und in den Weltkriegen wieder ausgesetzt.

AUFGABE 2

- § 3 Grundpflichten des Arbeitgebers
- Die Bundesregierung
- Die zuständigen Landesbehörden
- Die Gewerbeaufsicht des Landes Bremen (Staatliche Aufsichtsbehörde) der Senatorin für Gesundheit, Frauen, Verbraucherschutz (oberste Landesbehörde im Arbeitsschutz mit Dienst- und Fachaufsicht)¹¹

AUFGABE 3 a) Aufgabe 3 ist noch in Bearbeitung. M3 steht noch aus.

AUFGABE 3 b) In Bezug auf den Einführungstext kann die schwankende aber tendenziell angestiegene Beschäftigungsquote erwähnt werden. 2022 sie bei etwa 4,8% ($1100 \div 23000 \approx 0,0478$). Das *Gewerbeaufsichtsamt* hat damit fast das nach ArbSchG §21 (1a) angestrebte Mindestniveau von 5% erreicht.

AUFGABE 3 c) Das ein *Bundesgesetz* von *Landesbehörden*, im Falle Bremens von der Gewerbeaufsicht, umgesetzt werden muss, indem die einzelnen Betriebe im *Land* kontrolliert werden, ist ein Beispiel für Politikverflechtung im Föderalismus.

Demokratie A3 Auswertung/Übertrag: „Pro und Contra Föderalismus oder warum ist das Teilen von Macht ein Strukturprinzip demokratischer Herrschaft?“ Aufgabe 1 (S. 57) hat nur Teil a) und ist damit uneinheitlich zu z.B. Aufgabe 3, wo keine Teilaufgabe angegeben ist. Das könnte verwirrend sein, ist jedoch wohl dem Entwurf-Zustand des Materials geschuldet.

Wie schon in Demokratie A1 ist in Aufgabe 2 wieder eine Internetrecherche-Aufgabe enthalten. Wenn das Material konsequent benutzt wird, bieten solche fortlaufenden Arbeitsaufträge mit ähnlicher Struktur die Möglichkeit zu üben und Routinen zu etablieren. Das hat dann auch die Chance Effizienz zu steigern und

¹¹<https://www.gesundheit.bremen.de/gesundheit/arbeitsschutz-46085> 29.06.2025

Aufgabe 3 bringt wieder körperliche Aktivierung und bietet zum Vergleich von vorher zu nachher eine anschauliche Möglichkeit, Unterschiede die durch eine Diskussion entstehen, oder auch aubleiben können, darzustellen.

Erwartungshorizont: Demokratie A3 (S. 57)

AUFGABE 1 a) Es sollten etwa vier von diesen Vor- und Nachteilen erwähnt sein – Kausalketten für die Ähnlichen müssen nicht genauso auftauchen:

- Aufteilung von Macht → Gegenseitige Kontrolle → Geringeres Risiko von Machtausnutzung
- lokale Expertise → viele, unter Umständen (u.U.) verschiedene Ideen
- Ähnliche Aufgaben werden womöglich mehrmals gemacht → das ist teuer
- uneinheitliche Regelungen → anderes Bundesland, man muss womöglich neue Regeln lernen

AUFGABE 2 a) Eine Erläuterungs-Möglichkeit wäre, dass durch die ortsspezifischen Umsetzungen, verschiedene Ideen parallel evaluiert werden können. Wettbewerb als Chance sollte erwähnt sein.

AUFGABE 2 b) Es wird empfohlen das Konservieren und Angeben von Quellen im Rahmen dieser Aufgabe zu thematisieren. Es bietet sich an, Hinweise zum Auffinden von Gesetzen zu geben. Z.B. könnte Grundgesetz Artikel 73 erwähnt werden.

AUFGABE 3 —

4.1.2. Demokratie B - „Wahlen – von welchem Teil des Volkes geht eigentlich die Staatsgewalt aus?“

Der am Bildungsplan orientierte Kompetenzbereich für den zweiten Lehrvorschlag unter dem Thema: „Wahlen – von welchem Teil des Volkes geht eigentlich die Staatsgewalt aus?“, lautet: „Die Schüler:innen sind in der Lage unterschiedliche demokratische Entscheidungsverfahren zu reflektieren und zu beurteilen.“ (Block et al. 2023: 16).

Leitfragen

1. „Was denken eure Mitschüler:innen über das Thema Wahlen?“ (S. 59)
2. „Wer geht eigentlich wählen und warum ist das ein Problem?“ (S. 60)
3. „Warum wird in einer Demokratie gewählt?“ (S. 61)

Demokratie B1 Einstieg: „Was denken eure Mitschüler:innen über das Thema Wahlen?“ (S. 59) Die Durchführung einer Umfrage ist durch die Teilaufgaben relativ kleinteilig gegliedert und mit Hinweisen versehen. Es könnte sinnvoll sein ein Antwortoption in Richtung: *Ich habe noch nie wählen könne, habe es aber vor sobald ich kann..* Auch wenn viele Schüler*innen über 16 Jahre alt oder gar volljährig sind, kann es durch die Wahlperioden durchaus vorkommen, dass diese noch nicht Wählen konnten. Der Einfachheit halber ließe sich das mit *Ich gehe wählen/möchte wählen gehen. & Ich gehe nicht wählen/möchte nicht wählen gehen.* In die bestehenden zwei Antwortmöglichkeiten integrieren.

Als eine Aufgabe, die aus dem Klassenraum und dem Kursverband herausführt, bietet die Aufgabenstellung Abwechslung.

Erwartungshorizont: Demokratie B1 Einstieg (S. 59) —

Demokratie B2 Erarbeitung: „Wer geht eigentlich wählen und warum ist das ein Problem?“ (S. 60) Die Trennung in Teilaufgaben a) und b) in der ersten Aufgabe ist etwas gedoppelt. Wer in Teilaufgabe a) „Notiere was du dort alles herausfinden kannst.“ gewissenhaft durchführt, wird dann auch b) schon beantwortet haben.

In Aufgabe 1 b) und Aufgabe 3 a) (S. 61) wird sich auf die gleiche Korrelation von Wahlbeteiligung zu Arbeitslosenquote bezogen¹² – einmal für die Bürgerschaftswahl in Bremen 2023 und einmal für die Bundestagswahl 2021. Diesen Bezug explizit herzustellen wird durch die Aufgabenstellungen nicht angestoßen. Es ist von der Fähigkeit der Schüler*innen oder der Lehrkraft abhängig, denn es könnte sinnvoll sein, das nicht nur implizit im Raum stehen zu lassen.

Die Karikatur aus *M2* hat keinen direkten Bezug zu den „Strukturindikatoren“¹³ wie der Arbeitslosigkeit.

Erwartungshorizont: Demokratie B2 Erarbeitung: (S. 60)

AUFGABE 1 a) & AUFGABE 1 b)

- Karte 1 Wahlbeteiligung pro Ortsteil in %. Mehr ist dunkler eingefärbt.
- Karte 2: Arbeitslosenquote pro Ortsteil in %. Mehr ist dunkler eingefärbt.
- Arbeitslosenquote niedriger → Wahlbeteiligung höher.

¹²In Bremen für 88 Ortsteile (5 davon ohne Daten), für das Bundesgebiet sind 979 Stadtteile die Bezugseinheit.

¹³Zu *M1* gibt es noch weitere Möglichkeiten Karten anzeigen zu lassen. Wie beispielsweise (bspw.) „Abiturienten/-innen der allgemeinbildenden Schulen in Bezug auf einen Durchschnittsjahrgang der Bevölkerung zwischen 17 und 21 Jahren“. Auch dort ist der Korrelationskoeffizient mit $r = 0,7$ hoch (Wahlbeteiligung zu Arbeitslosenquote $r = -0,8$).

AUFGABE 2 a) Ein Mensch und eine stilisierte Wahlurne sind zu sehen. Der Mensch zählt mehrere Dinge auf, die wichtig sind, Wählen ist nicht dabei.

AUFGABE 2 b) Zum Vergleichen und Einordnen von möglicherweise über den Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Nicht-Wählen hinaus gehenden Ergebnissen könnte die Studie zu Nichtwählenden der Friedrich-Ebert-Stiftung herangezogen werden (Hagemeyer et al. 2023). Darin wird zwischen den sechs Typen unterschieden: Die Zurückgekehrten, Die Vergesslichen, Die Berechnenden, Die Krisengestressten, Die Gleichgültigen & Die Wütenden (ebd.: 11–13)¹⁴.

AUFGABE 3 a) „Je höher die *Arbeitslosenquote*, desto niedriger ist die *Wahlbeteiligung* innerhalb eines *Stadtteils*.“

AUFGABE 3 b)

AUFGABE 4 Für die Einordnung möglicher Gründe s. bei Aufgabe 2 b).

Demokratie B3 Auswertung/Übertrag: „Warum wird in einer Demokratie gewählt?“ (S. 61)

Innerhalb von *M2* wird nur mit Harvard-Style In-Text-Zitation zitiert ohne am Ende eine Folie mit den kompletten Literaturverweisen anzubieten.

Erwartungshorizont: Demokratie B3 Auswertung/Übertrag (S. 61)

AUFGABE 1 a)

Handlungsfeld *Demokratie* – Ausblick Die aus dem Bildungsplan übernommene Kompetenzformulierung: „Die Schüler:innen sind in der Lage das Wesen der Demokratie, die Strukturen und Organisationen des politischen Systems sowie die Mechanismen politischer Willensbildung einzuordnen und zu beurteilen.“ ist, wie auch in Abs. 4 (S. 27) erläutert, durch das Thema: „Föderalismus und Arbeitsschutz - Welche Chancen und Risiken bringt das Mehrebenensystem der BRD für die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz mit sich?“ eingegrenzt.

Eine Eingrenzung ist zwar zwingend notwendig, dennoch wäre es im Rahmen des Handlungsfeldes Demokratie auch spannend gewesen eine kontroversere Betrachtungsweise der bestehenden Systeme zu explorieren. Auch zum Thema Föderalismus ließe sich in Frage stellen, inwiefern dieser als eine Form der Machtverteilung tatsächlich zu einem „Mehr“ an Demokratie führt oder ob andere, weniger Regelwerk aufblähende Stellschrauben, nicht wesentlicher wären.

Im Grundgesetz ist der Föderalismus zwar eindeutig festgeschrieben (insbesondere z.B. Artikel 70 oder Artikel 83 & 84) und auch Roland Sturm (2021: 397) erwähnt wie auch *M2* von *Demokratie A3* (S. 57) Winfried Kretschmann als Befürworter

¹⁴Die Website zur Studie wird auch auf der Website mit *M3* verlinkt.

des Föderalismus in seinem Zeitschriftenartikel mit dem einschlägigen Titel „Föderalismus“. Allgemein liest sich der Beitrag wie auch der Subtext von *Demokratie A* als positiv gegenüber dem Föderalismus. Aber Sturm konstatiert auch: „Deutschland ist ein föderaler Staat ohne Anhänger des Föderalismus geworden.“ (Sturm 2021: 397) und schreibt zur Berichterstattung während der Corona-Krise: „Dass in der öffentlichen Diskussion ein Beratungs- und Koordinierungsgremium als Essenz des Föderalismus wahrgenommen wurde, sagt viel über die Qualität der politischen Bildung“. Aus seiner Sicht ist die Beschäftigung mit den Chancen des Föderalismus an (Berufs-)Schulen daher wahrscheinlich eine sinnvolle.

Die Verhältnisse verstehen zu lernen, bevor sie als veränderbar und *nicht(!)* alternativlos herausgestellt werden, mag als angebracht empfunden werden. Insbesondere im Hinblick auf das Ziel einer durch Rückhalt des Volkes legitimierten Demokratie und einer gewissen Mitwirkungspflicht der Bildungsinstitutionen zum Erreichen dieses Ziels.

Mit der begrenzten Zeit, die der politischen Bildung zur Verfügung steht, stellt sich jedoch die Frage, ob nicht ein konfliktorientierter Unterricht, der den Status quo herausfordert, ebenfalls gewinnbringend sein könnte. Andere Möglichkeiten wie direktere Demokratie als mögliche, wenn auch wenig praktizierte Alternative, welche auch eine Form von „vertikaler Gewaltenteilung“ darstellen könnte, böte bei der „Dominanz von Parteien in der deutschen Parteiendemokratie.“ (ebd.: 401) jedenfalls reichlich Konfliktpotential.

Kontroverse Betrachtungen des Status quo sind dann mit dem darauffolgenden Thema Wahlen in *Demokratie B* schon im Material selbst angelegt. Die Legitimation von Demokratie durch ungleiche Wahlbeteiligung und ungleiche Repräsentation macht eine Konfliktlinie auf und fordert damit auch den aktuellen Zustand heraus. Die Transferleistung mit Rückbezug auf den Föderalismus ist aber von den Schüler*innen selbst zu vollbringen oder von der Lehrkraft außerhalb der vorgezeichneten Aufgaben des Materials anzustoßen.

4.2. Arbeitsleben

„Arbeitsleben A“ Thema „Arm trotz Arbeit – ist das gerecht?“

Leitfrage „Was ist Einkommensarmut und wie kann sie erklärt werden? Welche Leistungen kann ich in Bremen beantragen, wenn ich von Einkommensarmut betroffen bin?“

Kompetenzbereich „Die Schüler:innen sind in der Lage berufliche und gesellschaftliche Lebenssituationen vor dem Hintergrund der sich verändernden wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu erkennen, um adäquate individuelle Entscheidungen treffen zu können.“

Thema „Wieviel verdienen Arbeitnehmer:innen in Bremen und welche (politischen und wirtschaftlichen) Maßnahmen würde die Situation am Arbeitsmarkt verbessern?“

„Arbeitsleben B“ Thema „Entgrenzte Arbeit – Haben wir bald nie wieder Feierabend?“

Leitfrage „Welche gesetzlichen Grundlagen regulieren die Arbeitszeiten und wie kann ich mich vor entgrenzter Arbeit schützen?“

Leitfrage „Welche gesetzlichen Grundlagen regulieren die Arbeitszeiten und wie kann ich mich vor entgrenzter Arbeit schützen?“

Kompetenzbereich „Die Schüler:innen sind in der Lage, die derzeitigen Arbeitswelten mitsamt ihren Institutionen, Kulturen und Praktiken als historisch gewachsen beschreiben und als politisch veränderbar herauszuarbeiten.“

Thema „Mitbestimmen oder nur dabei sein?“

Leitfrage „Welche Aufgaben haben Gewerkschaften und wie ist der Interessenausgleich von Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen (gesetzlich) organisiert?“

Leitfrage „Politik meets Betrieb: Wie kann betriebliche Mitbestimmung die Demokratie stärken?“

4.3. Wirtschaftspolitik

4.4. Den Themenfeldern gemeinsame Beobachtungen

4.4.1. Arbeitsblatt-Charakter

Letzten Endes bleibt das institutionalisierte Lernen Arbeit für alle Beteiligten. Dennoch sollte hinsichtlich der hier untersuchten Unterrichtsvorschläge nicht unerwähnt bleiben, dass auch diese es selten schaffen, aus dem in der Überschrift erwähnten Arbeitsblatt-Charakter auszubrechen. Abwechslung der Methoden und zwischen Lesen, Schreiben und Sprechen, Wechsel zwischen Einzel-, Partner*innen- und Gruppenarbeit sowie Methoden im Plenum sind vorhanden und stellen damit eine solide Grundlage bereit. Der Ausbruch, um durch Ungewöhnliches Aufmerksamkeit oder Nachhaltigkeit des Lernens zu erzeugen, wird hingegen nicht gewagt. Auch das Training der „politischen Handlungsfähigkeit“ bleibt auf dem für Schule nicht untypischen Niveau des entfremdeten Lernens.

Der Anspruch der Unterrichtsvorschläge ist allerdings auch kein revolutionärer. Ohnehin ist es eine andere Diskussion, inwieweit die Schule als staatliche und stark bürokratisierte Institution bisweilen im Widerspruch zum freien Denken steht, welches immer wieder auch Bestandteil der Dinge ist, die sich in ihren Zielsetzungen lesen lassen.

„Arbeitsleben B1“ Debatte

„Stellt Euch folgende Situation vor.“ „Arbeitsleben B2“

„Welche politischen Rahmenbedingungen müssten geschaffen werden, um den Vorschlag umzusetzen?“ „Arbeitsleben B3“

4.5. Vorbildfunktion, (Beobachtungs)-lernen und Fake Partizipation

Die Schule ist eine restriktive Institution mit zumeist höchst undemokratischen Wirkmechanismen. Mitbestimmung, die in der Schule versucht wird zu realisieren, ließe sich von Kritiker*innen als *performative Mitbestimmung* bezeichnen.

Die Inhalte der Unterrichtsvorschläge der ANK zeigen durchaus Möglichkeiten zur realen Partizipation auf. Die

Berufsschule

So wird in einer Aufgabe zum Gender Pay Gap in *Arbeitsleben A2 mit M5*

Vergleicht in Lerntandems die Ergebnisse. Formuliert gemeinsam eine Antwort auf die Aussage „Dieses Problem muss die Politik lösen.“

Distanz geschaffen und es wird einerseits geübt Forderungen auszumachen und zu formulieren. Andererseits wird subtil von den Schüler*innen erfahren, wie schnell womöglich sinnvolle Forderungen formuliert werden können und wie gering die Chancen darauf sind, diese Forderungen im „Monstrum Bürokratie“ (Friedrich Merz 2025, andauernd) mittelfristig umgesetzt zu erleben.

Im Bildungsplan werden „Methoden des realen Handelns“ (Block et al. 2023: 13) neben explizit als „Methoden des *simulativen* Handelns“ bezeichneten Methoden dargeboten (ebd.: 14).

Das experimentell brauchbar untersuchbare Beobachtungslernen (Bandura 1977), auf welches referiert werden kann, wenn von Vorbildern gesprochen wird und das sich anführen lässt, um schlechte Medienkompetenz kritisieren zu können ist wahrscheinlich nicht ausreichend, um die folgende Argumentation zu unterfüttern. Aber in Kombination mit unterbewusst ablaufenden Lernprozessen wie dem *impliziten Lernen* (Kiesel/Koch 2012: 82–93) kommt man der Sache näher.

Beobachtung (ebd.: 72–81) implizit

Welche Kategorisierungen für welche beim Lernen im Gehirn ablaufenden Prozesse nun auch dem aktuellen Wissensstand entsprechen mögen, die Arbeitshypothese, dass Menschen auch außerhalb von deutlich formulierten Regelsystemen lernen, ist vertretbar. JUNGE ICH WILL NICHT MEHR

In „Arbeitsleben c“ wird in M1 auf ein Interview mit Martina Zandonella (Jan Zier 2024) Bezug genommen. Es geht u.A. um niedrigere Wahlbeteiligung von Menschen aus sozioökonomisch benachteiligten Schichten.

Herausgestellt werden soll das Zitat:

Ja. Diese Menschen haben die Erfahrung gemacht: Für mich zählt es sich nicht aus, meine Stimme abzugeben.

Die Qualität der Quelle von der ANK ist als hoch anzusehen. Für Interviews nicht unbedingt Standard, sind mehrere getroffene Aussagen von Martina Zandonella mit einem Link belegt. Der eine Link führt zum Beispiel zu einer Präsentation¹⁵ von Uwe Jirjahn, Professor an der Universität Trier. An anderer Stelle bezieht sich Frau Zandonella auf eine Studie, welche „erstmalig für Deutschland nachweisen [konnte], dass politische Entscheidungen mit höherer Wahrscheinlichkeit mit den Einstellungen höherer Einkommensgruppen übereinstimmen, wohingegen für einkommensarme Gruppen entweder keine systematische Übereinstimmung festzustellen ist oder sogar ein negativer Zusammenhang“ (Elsässer et al. 2017: 177).

„Dem Deutschen Volke‘? Die ungleiche Responsivität des Bundestags“
Wahlbeteiligung vgl. „Demokratie“

Da Rhetorik durchaus hilfreich sein kann, soll folgende Aussage die Problemstellung illustrieren:

Lernende sind nicht dumm. Wenn in der Schule demokratische Übungen immer das bleiben: Übungen. Lernen sie, dass ihr politisches Handeln keine Auswirkungen hat. Das ist gefährlich.

Von anderer Seite ließe sich bestimmt argumentieren, dass es auch gefährlich ist, wenn Menschen dazu erzogen werden, ihre Bedingungen als veränderbar wahrzunehmen. Zum Beispiel indem sie sich als kooperierend sehen und ihnen das Zusammenschließen als Option bewusst ist. Aber da genau das vom demokratischen Gedanken gedeckt ist, können die auf Rechtsgrundlage ihre faschistische Fresse halten. HIER WISSENSCHAFTLICH MECKERN MEIN FREUND, ABER RECHT HAST DU JA

4.6. Subjektive Einschätzung

Gleichwohl das wissenschaftliche Arbeiten nach Objektivität streben sollte und sich diverser Kulturtechniken bedient, um diesem Ideal nahe zu kommen, ist eine subjektive Einflussnahme der Forschenden kaum auszuschließen. Aus diesem Grunde soll im Anschluss an die kriteriengeleitete Analyse noch der subjektive Eindruck des Autors dargestellt werden.

¹⁵https://www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Veranstaltungen/Veranstaltungsdokumentation/Downloads/Demokratische_Dividende_Jirjahn.pdf
(besucht am 28.06.2025)

4.7. Reflexion

Die Frage nach der eigenen Produktionstätigkeit der Schülerinnen und Schüler (SuS) ist in Bezug auf die geforderte politische Handlungsfähigkeit interessant. Strukturell bleibt auch eine gut ausgebildete Analysefähigkeit auf einer Beobachtungsebene. Das ist für politische Handlungsfähigkeit zweifelsohne wichtig. Spannend ist jedoch, wie im Rahmen von Schulunterricht tatsächliche Erfahrungen von Gestaltung verwirklicht werden können. Die demokratische Legitimation ist am höchsten, wenn möglichst viele Menschen entweder tatsächlich an den Entscheidungen beteiligt waren oder zumindest eine hohe Identifikation mit den Entscheidungen aufweisen, auf welche sich geeinigt wurde.

Ausschließlich auf der Beobachtungsebene zu bleiben, birgt die Gefahr, ausgezeichnet, aber ohnmächtig Entwicklungen beschreiben, nachvollziehen und erklären zu können, mit denen man sich überhaupt nicht identifizieren kann.

Daher ist es immer wieder spannend zu reflektieren, an welchen Stellen Unterricht es schafft, politische Selbstwirksamkeit im Kleinen erproben zu lassen.

5. Handlungsfähigkeit = Reproduktion des Status quo versus Handlungsfähigkeit = Überwindung von Resignation und Zynismus

Im Zuge der vorliegenden Arbeit wird an verschiedenen Stellen auf das Potential zur Arbeitserleichterung durch vorgefertigtes Unterrichtsmaterial eingegangen. Ein Blick, der pragmatisch ist und in sich Handeln zum Ziel hat. Angesichts der auch im dritten Jahrtausend bewegten Weltgeschichte lässt sich als geschulter Beobachter schnell in Zynismus verfallen. Zu Ende gedacht und gemacht – beziehungsweise (bzw.) gelassen – käme das einem Aufgeben gleich. Den Lehrtätigkeiten und den Wissenschaften, welche einem gelingenden Lernen zuarbeiten sollen, würde ein solches Aufgeben die Legitimationsgrundlage entziehen¹⁶.

(Rößler 2016)

¹⁶Das würde Folgendes bedeuten:

<https://youtu.be/E9UgBzmU30E?si=3UG7mIwTNfkn2C0H&t=1414> (Zugriff am 21.05.2025)
Zeitstempel Beginn schon im Fußnoten-Link (Gännsicke et al. 2021: Als Meme von 23'34'' bis 23'50'' schauen). Zur Einordnung, da dort auch eine Auseinandersetzung an den Konfliktlinien von Pragmatismus, Bürokratie und Rechtsstaatlichkeit illustriert wird zwei Artikel des RedaktionsNetzwerk Deutschland (Schwarzer 2021b,a).

6. Schlussbetrachtung

Keine Hinweise im Material auf mögliche andere Interessen der Arbeitgeber und interessensnaher Institutionen.

Aufgabe der Lehrkraft Kontroversitätsgebot möglicherweise klarer darzustellen.

Auf jeden Fall Bestandteil der Lebenswelt der Schüler*innen.

Im Interesse der Schüler*innen informiert zu sein.

Theoretisch auch für zukünftige Führungskräfte. Sogar bei kapitalistischer Konkurrenzlogik im Gegensatz zur Kooperationslogik. Kenne deinen Feind!

Wie gut werden die Intentionen einer Gegenseite aus Arbeitnehmendensicht dargestellt?? Auch das hilft bei der Durchsetzung eigener Interessen.

Das Material hält sich nett an die vom Bildungsplan vorgegebenen Bereiche.

Der bplan selbst ist weniger an wirtschaftswissenschaftlicher Logik ausgerichtet und nimmt eher das komplexe Gesamtbild von Politik in den Blick. Verweis auf verzeckte Bremer Ausgestaltung?

ALLES SCHWIERIG

6.1. Ausblick und Evaluationsschwierigkeiten

Mit bemüht standardisierten Tests wie z.B. PISA oder Abiturprüfungen wird auch versucht zu evaluieren, wie gut der Lern- und damit auch Lehrerfolg ausgefallen ist. Für verschiedene Bereiche von verschiedenen Fächern hat das Testdesign unterschiedliche Hürden zu überwinden. In Biologie kann auswendig gelerntes Wissen vergleichsweise gut getestet werden, Geschicklichkeit und Genauigkeit bei der handwerklichen Durchführung des Experimentierens wird aber kaum auf großskalierter Ebene vergleichbar getestet werden (können). Grammatik, Orthographie und Aussprache lassen sich ebenfalls gut testen. Kreatives Schreiben hingegen ist in hohem Maße subjektiv und verlangt nach präzise ausformulierten Erwartungshorizonten, um das auszugleichen und überhaupt eine vernünftige Bewertung vornehmen zu können. Auch im Fach Politik lässt sich auswendig gelerntes Wissen von historischen Abläufen oder der Institutionenkunde gut auf großangelegter Ebene vergleichbar testen. Aber die politische Handlungsfähigkeit, die ein Stück weit auf die anderen Kompetenzen aufbaut – dort ist eine Testung in vergleichbarer Weise kaum zu realisieren.

Das führt zu dem Problem, dass viele Dinge im Unterrichten von Politik ins Blaue hinein gemacht werden muss und mehr auf persönlicher Erfahrung und Einstellung basieren, als auf empirischen Erkenntnissen. Noch spannender wird die Frage nach dem Erfolg der Bildung, wenn man sie Jahre oder gar Jahrzehnte später, also die Nachhaltigkeit, evaluieren möchte. Gebetsmühlenartig sage ich auch zu alltäglichen Erklärungsversuchen von vielem: „(fast) alles ist multikausal“. Entsprechend auf-

wendig wird eine empirische Annäherung, der im es im Optimalfall gelingt, ein paar hauptsächlich erklärende Variablen ausreichend zu isolieren, um eine Signifikanz feststellen zu können.

Ein denkbare Testdesign hätte dermaßen viele Variablen auszuklammern, dass erstens die Gruppe riesig sein müsste und zweitens gäbe es viele Variablen, für die auch schlicht keine gut geeignete Kontrollgruppe gefunden werden kann. Der Einfluss von historischen Entwicklungen, die die gesamtgesellschaftliche Ebene betreffen können vielleicht noch geeignet mit vorherigen Generationen verglichen werden. Bei der steten Entwicklung des Bildungssystems und der Gesellschaft lässt sich aber womöglich nur mit gewagter Datemassage und den wildesten statistischen Kniffen rausrechnen, was jetzt wie viel Einfluss gehabt hat. Bei den vorhergehenden Überlegungen denke ich z.B. an den Versuch den Einfluss des Smartphones an Lernerfolg auszuklammern. Schon beim ersten Brainstorming denke ich an den Einfluss die ein stets griffbereites Internet oder ein konstanter Social Media Strom hat. Konzentration, Informationsverarbeitung, die Einflüsse sind zahlreich und für die aktuellen Generationen in der Schule gibt es kaum eine Kontrollgruppe, da ab einem bestimmten Alter fast alle Menschen ein Smartphone haben. In 20 Jahren den Lernerfolg für die politische Handlungsfähigkeit messen zu wollen, würde ein gottgleiches Testdesign verlangen, wenn es den Anspruch hat, den Einfluss des Unterrichtes von den gesamtgesellschaftlichen getrennt ausmachen zu wollen.

Literaturverzeichnis

- Arbeitnehmerkammer Bremen (2021). *Beitragsordnung der Arbeitnehmerkammer im Lande Bremen*. Version 07.10.2021. URL: https://www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Gesch%C3%A4fts%C3%BChrung/Beitragsordnung_2022.pdf (besucht am 03.04.2025).
- Autorengruppe Fachdidaktik (2011). *Konzepte der politischen Bildung. Eine Streitschrift*. Unter Mitarb. von Anja Besand/Tilman Grammes/Reinhold Hedtke/Peter Henkenborg/Dirk Lange/Andreas Petrik/Sibylle Reinhardt/Wolfgang Sander. 2. Auflage. Politik und Bildung. Besand, Anja; Grammes, Tilman; Hedtke, Reinhold; Henkenborg, Peter; Lange, Dirk; Petrik, Andreas; Reinhardt, Sibylle; Sander, Wolfgang; Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag. ISBN: 9783734410628. DOI: 10.46499/1715.
- Bandura, Albert (1977). *Social learning theory*. Prentice-Hall series in social learning theory. Englewood Cliffs, New Jersey: Prentice-Hall. ISBN: 0138167516. URL: <https://suche.suub.uni-bremen.de/peid=B02329723&LAN=DE&CID=&index=L&Hitnr=9&dtyp=D&rtyp=a&Exemplar=1>.
- Beckmann, Eva/Goseberg, Lea Philline/Sondermann, Wiebke (2022). „Zielgruppenspezifische politische Bildung abseits von Defizitorientierung. Chancen und Herausforderungen mit Zielgruppenbezügen in der politischen Bildung“. In: *Journal für politische Bildung* 2-2022.12 (2), S. 28–31.
- Behrmann, Günter C./Grammes, Tilman/Reinhardt, Sibylle/Hampe, Peter (2004). „Politik: Kerncurriculum Sozialwissenschaften in der gymnasialen Oberstufe“. In: *Kerncurriculum Oberstufe II. Biologie, Chemie, Physik, Geschichte, Politik. Experten - Im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister*. Hrsg. von Heinz-Elmar Tenorth. Weinheim und Basel, 322–406.
- Block, Thorsten/Froböse, Claudia/Scharf, André/Witte, Thorsten (2023). *Politik Bildungsplan. für alle Bildungsgänge der berufsbildenden Schulen im Land Bremen*. Hrsg. von Die Senatorin für Kinder und Bildung. Bremen: Landesinstitut für Schule Bremen. URL: <https://www.lis.bremen.de/schulqualitaet/bildungsplaene/sekundarbereich-ii-berufsbildend-15316> (besucht am 16.05.2024).
- Bremische Bürgerschaft (1. Nov. 2022). *Bremisches Schulgesetz*. BremSchulG. Version 28. Juni 2005 (Brem.GBl. 2005, S. 260, 388, 398) zuletzt Inhaltsverzeichnis geändert, § 72a neu gefasst durch Artikel 4 des Gesetzes vom 14. Dezember 2021 (Brem.GBl. S. 913, 917). Brem.GBl. 2005, S. 260, 388, 398. URL: <https://www.transparenz.bremen.de/metainformationen/bremisches-schulgesetz-bremschulg-in-der-fassung-der-bekanntmachung-vom-28-juni-2005-175324> (besucht am 18.06.2024).

- Bundesgesetzblatt 2020 Teil I Nr. 67 (30. Dez. 2020). *Gesetz zur Verbesserung des Vollzugs im Arbeitsschutz (Arbeitsschutzkontrollgesetz)*. BGBl. 2020 I Nr. 67. Hrsg. von Bundesanzeiger. ISSN 0341-1095. URL: https://www.bgb1.de/xaver/bgb1/start.xav?start=%2F%2F%2A%5B%40attr_id%3D%27bgb1120s3334.pdf%27%5D#/switch/tocPane?_ts=1750343088377 (besucht am 18.06.2025).
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (21. Juli 2020). *Referenzentwurf des Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Vollzugs im Arbeitsschutz (Arbeitsschutzkontrollgesetz)*. URL: https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetze/Referentenentwurfe/ref-arbeitsschutzkontrollgesetz.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (besucht am 19.06.2025).
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (7. Dez. 2023). *Bekanntmachung der Geringfügigkeitsgrenze nach § 8 Absatz 1a des Vierten Buches Sozialgesetzbuch*. BAnz. Hrsg. von Bundesanzeiger. URL: https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Arbeitsrecht/bekanntmachung-bundesanzeiger-geringfueigkeitsgrenze-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=7 (besucht am 24.04.2025).
- Bundestag (2025). *§ 8 Geringfügige Beschäftigung und geringfügige selbständige Tätigkeit; Geringfügigkeitsgrenze. In: Sozialgesetzbuch (SGB) Viertes Buch (IV) - Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung - (Artikel I des Gesetzes vom 23. Dezember 1976, BGBl. I S. 3845)*. SGB IV. URL: https://www.gesetze-im-internet.de/sgeb_4/_8.html (besucht am 23.04.2025).
- Detjen, Joachim/Kuhn, Hans-Werner/Massing, Peter/Richter, Dagmar/Sander, Wolfgang/Weißeno, Georg (2004). *Anforderungen an Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen. Ein Entwurf*. Unter Mitarb. von Satz & Gestaltung: Besand, Anja. 2. Auflage. Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE). Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag. ISBN: 3-89974112-9. URL: <https://gpje.de/wp-content/uploads/2024/07/Bildungsstandards-1.pdf> (besucht am 29.05.2025).
- Detjen, Joachim/Massing, Peter/Richter, Dagmar/Weißeno, Georg (2012). *Politikkompetenz – ein Modell*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. ISBN: 978-3-658-00784-3. DOI: 10.1007/978-3-658-00785-0.
- Deutscher Bundestag (31. Aug. 2020). *Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Vollzugs im Arbeitsschutz (Arbeitsschutzkontrollgesetz)*. Hrsg. von Drucksache 19/21978. URL: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/219/1921978.pdf> (besucht am 19.06.2025).
- Elsässer, Lea/Hense, Svenja/Schäfer, Armin (2017). „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags“. In: *ZPol (Zeitschrift für Politikwissenschaft)* 27.2. PII: 97, S. 161–180. DOI: 10.1007/s41358-017-0097-9. URL:

- <https://link.springer.com/article/10.1007/s41358-017-0097-9> (besucht am 29.05.2025).
- Gännsicke, Anne/Redaktuer*in: Müller, Birgit/underDOK Filmproduktion (1. Feb. 2021). *Wolle for future - Es wird immer bunter. Die Nordreportage*. NDR. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=E9UgBzmU30E> (besucht am 21.05.2025).
- Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (4. Juni 2000). *Satzung der GPJE*. Version 22.06.2012. URL: <https://gpje.de/satzung/> (besucht am 06.05.2024).
- Geßner, Rebekka/Hoffmann, Kora/Lotz, Mathias/Wohnig, Alexander (2016). „Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Bericht über eine Fachtagung“. In: *Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung*. Hrsg. von Benedikt Widmaier/Peter Zorn. Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung Band 1793. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 28–36. ISBN: 978-3-8389-0793-2. URL: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/1793_Beutelsbacher_Konsens_ba.pdf (besucht am 21.05.2025).
- Gloe, Markus/Oeftering, Tonio (2020). „Didaktik der politischen Bildung. Ein Überblick über Ziele und Grundlagen inklusiver politischer Bildung“. In: *Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung*. Hrsg. von Dorothee Meyer/Wolfram Hilpert/Bettina Lindmeier. Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung Band 10230. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 87–132. ISBN: 978-3-7425-0230-8.
- Gökbudak, Mahir/Hedtke, Reinhold (2020). „3. Ranking Politische Bildung. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I im Bundesländervergleich 2019“. In: *Didaktik der Sozialwissenschaften. Working Papers*. Hrsg. von Udo Hagedorn/Bettina Zurstrassen. Bd. 11. Bielefeld: Universität Bielefeld: Fakultät für Soziologie. DOI: 10.25656/01:19456.
- Görtler, Michael/Lotz, Mathias/Partetzke, Marc/Poma Poma, Sara/Samland, Marie, Hrsg. (2017). *Kritische politische Bildung: Standpunkt und Perspektiven*. Wochenschau Wissenschaft. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag. 1189 S. ISBN: 9783734404207. URL: <https://www.wochenschau-verlag.de/Kritische-politische-Bildung-Standpunkte-und-Perspektiven/40420%20DER%20https://elibrary.utb.de/doi/book/10.46499/9783734404207> (besucht am 06.05.2025).
- Hagemeyer, Lennart/Faltas, Charlotte/Faus, Jana (2023). *Gelegenheitswähler*innen auf der Spur. Motive der Nichtwahl und Wege zur Stärkung der Wahlbeteiligung*. FES diskurs. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Abteilung Analyse Planung und Beratung. ISBN: 978-3-98628-401-5. URL: <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/20465.pdf>.
- Hedtke, Reinhold (2016). *Paradigmatische Parteilichkeit, lückenhafte Lehrpläne und tendenziöses Unterrichtsmaterial? Eine Studie zu Gestalt und Gehalt sozio/ökonomischer*

- Bildung*. Hrsg. von Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung e.V. Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung e.V. URL: <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/66437> (besucht am 02.04.2025).
- Heidenreich, Felix (2012). „Versuch eines Überblicks: Politische Theorie und Emotionen“. In: *Politische Theorie und Emotionen*. Hrsg. von Felix Heidenreich/Gary S. Schaal. 1. Aufl. 23. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, 9–28. ISBN: 9783845238364. DOI: 10.5771/9783845238364-9.
- Helsper, Werner (2001). „Antinomien des Lehrerhandelns — Anfragen an die Bildungsgangdidaktik“. In: *Bildungsgangdidaktik*. Hrsg. von Uwe Hericks/Josef Keuffer/Hans Christof Kräft/Ingrid Kunze. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 83–103. ISBN: 978-3-8100-3345-1. DOI: 10.1007/978-3-663-05749-9_6.
- Jan Zier (5. Aug. 2024). *Betriebsräte stärken die Demokratie*. Was Unternehmen gegen sinkende Wahlbeteiligung und politische Apathie tun können. Unter Mitarb. von Martina Zandonella. (Besucht am 10.06.2025).
- Kerschensteiner, Georg (1966). *Berufsbildung und Berufsschule. Ausgewählte Pädagogische Schriften . Band 1*. Paderborn: Ferdinand Schöningh. URL: https://digi20.digitale-sammlungen.de/de/fs1/object/display/bsb00045616_00005.html (besucht am 02.04.2025).
- Kiesel, Andrea/Koch, Iring (2012). *Lernen. Grundlagen der Lernpsychologie*. 1. Auflage. Basiswissen Psychologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. ISBN: 978-3-531-17607-9.
- Klein, Paul (2022). „Lernen als Diskurs mit dem Beutelsbacher Konsens“. Hausarbeit. Bremen: Universität Bremen.
- Kultusministerkonferenz, Hrsg. (2005). *Einheitliche Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung Sozialkunde/Politik. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 01.12.1989 i. d. F. vom 17.11.2005*. Kultusministerkonferenz.
- Kultusministerkonferenz, Hrsg. (2024). *Definition Lern- und Lehrmittel*. URL: <https://www.kmk.org/themen/allgemeinbildende-schulen/weitere-themen/lehr-und-lernmittel.html> (besucht am 01.07.2024).
- Landesinstitut für Schule Bremen (2024). *Bildungspläne Sekundarbereich II - berufsbildend*. Hrsg. von Senatorin für Bildung und Wissenschaft. Landesinstitut für Schule Bremen. URL: <https://www.lis.bremen.de/schulqualitaet/bildungsplaene/sekundarbereich-ii-berufsbildend-15316> (besucht am 05.06.2024).
- Löwer, Wolfgang (2008). *Politik. Bildungsplan für die Gymnasiale Oberstufe - Qualifikationsphase -*. Hrsg. von Senatorin für Bildung und Wissenschaft. Bremen:

- Landesinstitut für Schule Bremen. URL: https://www.lis.bremen.de/sixcms/media.php/13/POL_GyQ_2008.pdf (besucht am 26.05.2025).
- Massing, Peter (2012). „Die vier Dimensionen der Politikkompetenz“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 62.(46-47), S. 23–28. URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/148228/politische-bildung/> (besucht am 20.05.2025).
- Massing, Peter (2022). „Kompetenzmodelle in der Politikdidaktik“. In: *Handbuch Geschichts- und Politikdidaktik*. Hrsg. von Georg Weißenö/Béatrice Ziegler. Wiesbaden und Heidelberg: Springer VS, 17–32. ISBN: 978-3-658-29667-4. DOI: 10.1007/978-3-658-29668-1_2. URL: https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-29668-1_2 (besucht am 30.05.2025).
- Massing, Peter/Richter, Dagmar/Detjen, Joachim/Weißenö, Georg/Juchler, Ingo (2011). „Konzepte der Politik‘: Eine Antwort auf die Kritikergruppe“. In: *Politische Bildung: Beiträge zur wissenschaftlichen Grundlegung und zur Unterrichtspraxis* 44.3, S. 134–143. URL: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-sssoar-64393-5> (besucht am 02.06.2025).
- Neumann, Dominik (2015). „Bildungsmedien Online. Kostenloses Lehrmaterial aus dem Internet. Marktsichtung und empirische Nutzungsanalyse.“ Verlag Julius Klinkhardt. Dissertation. Bad Heilbrunn. URL: <https://d-nb.info/121382995X>.
- Nonnenmacher, Frank (2010). „Analyse, Kritik und Engagement – Möglichkeiten und Grenzen schulischen Politikunterrichts“. In: *Kritische politische Bildung. Ein Handbuch*. Hrsg. von Bettina Lösch/Andreas Thimmel. Reihe Politik und Bildung Band 54. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag, 459–470. ISBN: 978-3-73440605-8. (Besucht am 29.08.2022).
- Nullmeier, Frank (28. Mai 2019). „Bloße Meinung“. Über Demokratie, Öffentlichkeit und die Abwertung der Meinung als Gegenteil von Wahrheit“. In: *Soziopolis* 2019. URL: <https://www.sozopolis.de/blosse-meinung.html> (besucht am 22.08.2022).
- Parlament Österreich, Hrsg. (2023). *Welche Bedeutung hat politische Bildung für eine Demokratie? Aktionstage Politische Bildung 23. April bis 9. Mai 2024*. Parlament Österreich. URL: <https://www.parlament.gv.at/fachinfos/rlw/Welche-Bedeutung-hat-politische-Bildung-fuer-eine-Demokratie> (besucht am 10.06.2024).
- Reinfried, Sibylle/Mathis, Christian/Kattmann, Ulrich (2009). „Das Modell der Didaktischen Rekonstruktion. Eine innovative Methode zur fachdidaktischen Erforschung und Entwicklung von Unterricht“. de. In: *Beiträge zur Lehrerbildung* 27.3, S. 404–414. ISSN: 0259-353X. DOI: 10.25656/01:13710.
- Rößler, Sven (2016). „Blödmaschine Beutelsbach“. In: *Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung*. Hrsg. von Benedikt Widmair

- er/Peter Zorn. Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung Band 1793. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 276–284. ISBN: 978-3-8389-0793-2. (Besucht am 21.05.2025).
- Scholz, Gerold (2004). „Offen, aber nicht beliebig: Materialien für den Sachunterricht“. ger. In: *widerstreit sachunterricht* 2. DOI: 10.25673/112140.
- Schröder, Hendrik (2020). *Emotionen und politisches Urteilen*. Politische Bildung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. ISBN: 978-3-658-30655-7. DOI: 10.1007/978-3-658-30656-4.
- Schwarzer, Matthias (8. Feb. 2021a). *Bürgermeister reagiert auf wütenden Wollunternehmer: „Nicht jaulen“*. Hrsg. von Redaktionsnetzwerk Deutschland. URL: <https://www.rnd.de/panorama/burgermeister-reagiert-auf-wutenden-woll-unternehmer-nicht-jaulen-EOPRRN6X3NETDHLZOLWNYI6N2Q.html> (besucht am 21.05.2025).
- Schwarzer, Matthias (5. Feb. 2021b). *Wutrede von Wollunternehmer: Das steckt hinter dem witzigen Clip*. Hrsg. von Redaktionsnetzwerk Deutschland. URL: <https://www.rnd.de/medien/wutrede-von-woll-unternehmer-das-steckt-hinter-dem-viralen-clip-5WPMZ52XHRCJVA73IMOF7LRQ2E.html> (besucht am 21.05.2025).
- Senat der Bürgerschaft Bremen (2000). *Gesetz über die Arbeitnehmerkammer im Lande Bremen*. ArbntkG. Version 16. August 2022. URL: https://www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Gesch%C3%A4fts%3%BChrung/Gesetz_ueber_die_Arbeitnehmerkammer_im_Lande_Bremen_01.pdf (besucht am 03.04.2025).
- Sturm, Roland (2021). „Föderalismus“. In: *GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik* 70.3, 395–406. ISSN: 00165875. DOI: 10.3224/gwp.v70i3.09. URL: <https://elibrary.utb.de/doi/pdf/10.3224/gwp.v70i3.09> (besucht am 30.06.2025).
- Vogel, Beate (2006a). *Welt-Umweltkunde, Geschichte, Geografie, Politik. Bildungsplan für das Gymnasium Jahrgangsstufe 5 - 10*. Hrsg. von Senator für Bildung und Wissenschaft. Bremen: Landesinstitut für Schule Bremen. URL: https://www.lis.bremen.de/sixcms/media.php/13/06-12-06_wuk-gy.pdf (besucht am 20.03.2025).
- Vogel, Beate (2006b). *Welt-Umweltkunde. Geschichte, Geografie, Politik. Bildungsplan für die Gesamtschule Jahrgangsstufe 5 - 10*. Hrsg. von Senator für Bildung und Wissenschaft. Bremen: Landesinstitut für Schule Bremen. URL: https://www.lis.bremen.de/sixcms/media.php/13/06-12-06_wuk_gs.pdf (besucht am 20.03.2025).
- Vogel, Beate (2010a). *Gesellschaft und Politik. Geografie, Geschichte, Politik. Bildungsplan für die Oberschule*. Hrsg. von Senatorin für Bildung und Wissenschaft. Bremen: Landesinstitut für Schule Bremen. URL: https://www.lis.bremen.de/sixcms/media.php/13/06-12-06_wuk-os.pdf (besucht am 20.03.2025).

- de/sixcms/media.php/13/2010_BP_0_GP%20Erlassversion.pdf (besucht am 20.03.2025).
- Vogel, Beate (2010b). *Naturwissenschaften. Biologie, Chemie, Physik. Bildungsplan für die Oberschule*. Hrsg. von Senatorin für Bildung und Wissenschaft. Bremen: Landesinstitut für Schule Bremen. URL: https://www.lis.bremen.de/sixcms/media.php/13/2010_BP_0_Nat%20Erlassversion.pdf (besucht am 20.03.2025).
- Wehling, Hans Georg (1977). „Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch.“ In: *Das Konsensproblem in der politischen Bildung*. Hrsg. von Siegfried Schiele/Herbert Schneider. Stuttgart, 173–184.
- Weißeno, Georg/Detjen, Joachim/Juchler, Ingo/Massing, Peter/Richter, Dagmar (2010). *Konzepte der Politik. Ein Kompetenzmodell*. Bd. 1016. Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung. Bonn: bpb Bundeszentrale für politische Bildung. 231 S. ISBN: 978-3-8389-0016-2. URL: <https://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/35835/konzepte-der-politik/> (besucht am 02.06.2025).
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Hrsg. (2016). *Sachstand: Schulischer Politikunterricht in den Bundesländern*. WD 8: Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit, Bildung und Forschung. URL: <https://www.bundestag.de/resource/blob/487700/d782a1c792d2e8b02d26a25ffb1b0835/wd-8-077-16-pdf-data.pdf> (besucht am 02.05.2025).

A. Nachklapp

A.1. Lizenzierung: Copyright (©) oder Copyleft?: CC BY-SA 4.0

In dieser Arbeit werden die gesellschaftlichen Implikationen von der zum Teil „unfreien“ Veröffentlichung von Wissen genannt und kritisiert – mal deutlicher, mal mehr im Subtext. Es mag wohl ungewöhnlich sein eine universitäre Abschlussarbeit mit einer Lizenz zu versehen, die voraussichtlich nie gebraucht wird. Aber es würde sich inkonsequent anfühlen, es nicht zu tun. Dank der Vorarbeit von Menschen, die sich ähnliche Gedanken gemacht haben, ist die Auswahl einer Lizenz deutlich hürdenfreier, als man vermuten mag. Diese Arbeit steht inspiriert von Copyleft¹⁷ unter der ähnlichen, für Textprodukte (und viele weitere) gebräuchlicheren, creativecommons Lizenz: **CC BY-SA 4.0**¹⁸ Die Idee von Copyleft und der CC BY-SA 4.0 Lizenz, ist die Möglichkeit, nahezu alles mit dem Material unter Quellenangabe machen zu dürfen, nur nicht plötzlich freie Werke für unfreie weitere Werke zu

¹⁷Diese Lizenz ist für Software verbreitet. vgl. z.B. <https://www.gnu.org/licenses/copyleft.en.html> (zuletzt geprüft am 10.06.2025)

¹⁸*Creative Commons Attribution-ShareAlike 4.0 International License* <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/> (zuletzt geprüft am 10.06.2025).

verwenden (SA = share alike).

Dass Share Alike ist dabei eine durchaus starke Einschränkung. Aber eine die bei Produkten (für die sich überhaupt jemand interessiert) viel Freiheit erzwingt – eine fantastische rhetorische Figur, finde ich, Freiheit erzwingen¹⁹!

A.2. Kommentar zu Lizenzen

Fast schon schade, dass ich meine Lebensaufgabe gerade nicht darin sehe Springer VS die kognitive Dissonanz zwischen ihrer Geschäftstätigkeit und den publizierten Inhalten um die Ohren zu hauen. Zumal sie ja nichtmal direkt etwas dafür können. Das System der wissenschaftlichen Publizistik ist auf gönnende Philantropen angewiesen – Z.B. wenn die Max Planck Society mal Bock hat eine CC Lizenz für eine Veröffentlichung rauszuhauen (Beispiel von hier: Elsässer et al. 2017: 178, übrigens ohne SA, damit auch die kommerzielle Publizistik Spaß damit haben kann). Ansonsten scheint es Usus zu sein, dass Menschen, die ihr Geld hauptsächlich aus einer Anstellung beim Staat verdienen, ihre Forschungsergebnisse bisweilen in einem Verlag veröffentlichen, der sie dann für viel Geld weitervermarktet (Schröder 2020: schade, dass sich das wahrscheinlich niemand anschauen wird, der nicht über den akademischen Bereich o.Ä. Zugang hat. Ist spannend, aber Paywall ftw (e-book 66,99€ am 12.06.2025)). Und auch die Autor*innen verrichten nur ihre Arbeit und freuen sich wahrscheinlich, über eine prestige-trächtige Veröffentlichung. Es ist fast schon nervig, sich kein vernünftiges Feindbild gestalten zu können. Immer muss ich grummelig auf ein abstraktes System sein.

Mal sehen wie freigiebig ich als Lehrer später mit meinem Unterrichtsmaterial sein werde. Es ist natürlich peinlich, miese Qualität zu publizieren. Aber wenn es viele machen, geht es wieder und man könnte gemeinsam an Qualität feilen und kooperieren anstatt zu konkurrieren, was auch zur Effizienz beitragen müsste. Ferner könnte es zur Transparenz von Bildung beitragen und damit auch mehr den Weg zur Demokratisierung dieser öffnen.

B. Anhang der Materialkarten

Die Materialkarten sind *unveröffentlichte* Entwürfe und NICHT geistiges Eigentum des Autors.

¹⁹Dieses Oxymoron passt auch wieder gut zu den Antinomien mit denen Bildung, auch insbesondere politische Bildung im System Schule, konfrontiert ist.

Themenfarbe
mit Muster

BLA – Bremer Lehrmaterial für Auszubildende
Demokratie A1

Föderalismus und Arbeitsschutz

Welche Chancen und Risiken bringt das Mehrebenensystem der BRD für die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz mit sich?

Die staatliche Gewerbeaufsicht, unter dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, ist für die rechtliche Rahmengen- und Überwachung des betrieblichen Arbeitsschutzes verantwortlich. Die Umsetzung erfolgt auf Landesebene (→ bürgernahe Aufgabenerledigung), jedoch wurden durch Umstrukturierungen und Personalmangel die Kontrollen erheblich reduziert. Im Jahr 2018 wurden 167.000 Betriebsbesichtigungen durchgeführt, im Vergleich zu knapp 183.000 im Jahr 2017. Die Bundesregierung weist Verantwortung aufgrund föderaler Zuständigkeit (GG Art. 83/84) (→ Grundgesetz; → Föderalismus) zurück. Das Land Bremen verfügt im Bundeschnitt 2007 bis 2017 über die zweitgeringste Abnahme von Arbeitsschutz-Kontrollen nach Nordrhein-Westfalen. Das 2021 erlassene Bundesgesetz „Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit“ (→ Bundesgesetz) sieht eine „Mindestbesichtigungsquote“ vor, die bis 2026 jährlich fünf Prozent

Dauer: ca. 15 min

Leitfrage: Welche Erfahrungen mit Arbeitsschutz habt ihr bisher gemacht?

Kompetenzbereich: Die Schüler:innen sind in der Lage das Wesen der Demokratie, die Strukturen und Organisationen des politischen Systems sowie die Mechanismen politischer Willensbildung einzuordnen und zu beurteilen.

Keywords: Föderalismus, Arbeitsschutz, Bundesgesetze, Grundgesetz, Politikverflechtung

aller Betriebe kontrollieren soll. Bisher liegt die Quote bei nur etwas über zwei Prozent, wodurch Betriebe im Schnitt erst alle 40 bis 50 Jahre überprüft werden. Die Verteilung der Verantwortung auf verschiedene staatliche Ebenen birgt organisatorische Herausforderungen, die die Sicherheit und Gesundheit der Arbeitenden beeinträchtigen können. (→ Politikverflechtung).

Vorderseite DIN A5

— Demokratie A1

Quellen

M1: „Jede zehnte Berufskrankheiten-Anzeige im Land Bremen betrifft Hautkrebs durch UV-Strahlung bei der Arbeit im Freien, eine Erkrankung, die durch einen systematischen Arbeitsschutz wirksam verhütet werden kann.“
(Aus: Berufskrankheiten in Bremen – neue Tendenzen. Lagebericht 2019. Arbeitnehmerkammer Bremen.)

Aufgabe 1

- Erläutere in eigenen Worten, worum es in M1 geht.
- Skizziere anschließend zwei konkrete Maßnahmen, die ergriffen werden könnten, um dieser Gefährdung entgegenzuwirken.

Aufgabe 2

- Welche Verpflichtungen haben Arbeitgeber gemäß M2?
- Warum sind die Aufklärung und der Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit wichtige Aspekte des Arbeitsschutzes?

Aufgabe 3

Welche Erfahrungen hast Du an Deinem Arbeitsplatz mit Arbeitsschutz gemacht?

(Aus: Sonne und Hitze. Gesundheitsschutz im Frühling. Arbeitnehmerkammer Bremen.)

Auf den Seiten der **Arbeitnehmerkammer Bremen** gibt es noch mehr relevante Quellen.

Rückseite DIN A5

Themenfarbe

Link zur AKB Webseite

Demokratie A
Föderalismus und Arbeitsschutz - Welche Chancen und Risiken bringt das Mehrebenensystem der BRD für die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz mit sich?

Themenfeld		Dauer: ca. 15min
DEMOKRATIE A		Thema: Föderalismus und Arbeitsschutz – Welche Chancen und Risiken bringt das Mehrebenensystem der BRD für die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz mit sich?
A1 Einstieg		
Leitfrage: Welche Erfahrungen mit Arbeitsschutz habt ihr bisher gemacht?		Kompetenzbereich: Die Schüler:innen sind in der Lage das Wesen der Demokratie, die Strukturen und Organisationen des politischen Systems sowie die Mechanismen politischer Willensbildung einzuordnen und zu beurteilen.
Keywords :	Föderalismus, Arbeitsschutz, Bundesgesetze, Grundgesetz, Politikverflechtung	
Gegenstand der Auseinandersetzung Die staatliche Gewerbeaufsicht, unter dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, ist für die rechtliche Rahmengebung und Überwachung des betrieblichen → Arbeitsschutzes verantwortlich. Die Umsetzung erfolgt auf Landesebene (→ bürgernahe Aufgabenerledigung), jedoch wurden durch Umstrukturierungen und Personalmangel die Kontrollen erheblich reduziert. Im Jahr 2018 wurden 167.000 Betriebsbesichtigungen durchgeführt, im Vergleich zu knapp 183.000 im Jahr 2017. Die Bundesregierung weist Verantwortung aufgrund föderaler Zuständigkeit (GG Art. 83/84) (→ Grundgesetz; → Föderalismus) zurück. Das Land Bremen verfügt im Bundesschnitt 2007 bis 2017 über die zweitgeringste Abnahme von Arbeitsschutz-Kontrollen nach Nordrhein-Westfalen. Das 2021 erlassene Bundesgesetz „Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit“ (→ Bundesgesetze) sieht eine "Mindestbesichtigungsquote" vor, die bis 2026 jährlich fünf Prozent aller Betriebe kontrollieren soll. Bisher liegt die Quote bei nur etwas über zwei Prozent, wodurch Betriebe im Schnitt erst alle 40 bis 50 Jahre überprüft werden. Die Verteilung der Verantwortung auf verschiedene staatliche Ebenen birgt organisatorische Herausforderungen, die die Sicherheit und Gesundheit der Arbeitenden beeinträchtigen können. (→ Politikverflechtung).		

Quellen
<p>M1 „Jede zehnte Berufskrankheiten-Anzeige im Land Bremen betrifft Hautkrebs durch UV-Strahlung bei der Arbeit im Freien, eine Erkrankung, die durch einen systematischen Arbeitsschutz wirksam verhütet werden kann.“ (Aus: Berufskrankheiten in Bremen – neue Tendenzen. Lagebericht 2019. Arbeitnehmerkammer Bremen. Abrufbar unter: https://www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Lagebericht_-_Einzelartikel/2019/Lagebericht_2019_Reuhl_Berufskrankheiten.pdf)</p> <p>M2 Wer in den Monaten April bis September mindestens eine Stunde pro Tag im Freien arbeitet, hat ein Anrecht auf eine Angebotsvorsorge. Arbeitgeber sind in diesem Fall verpflichtet, eine arbeitsmedizinische Vorsorge bei der/dem für den Betrieb zuständigen Betriebsärzt:in anzubieten. Ziele sind die Aufklärung sowie der Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit. Sprechen Sie dazu mit Ihrem Arbeitgeber oder direkt mit dem/der Betriebsärzt:in. (Aus: Sonne und Hitze. Gesundheitsschutz im Frühling. Abrufbar unter: https://www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Gesundheitsinfos/Sonne_und_Hitze_Gesundheitsschutz_im_Fr%C3%BChling_und_Sommer.pdf)</p>
Aufgaben
<p>Aufgabe 1 a) Erläutere in eigenen Worten, worum es in M1 geht. b) Skizziere anschließend zwei konkrete Maßnahmen, die ergriffen werden könnten, um dieser Gefährdung entgegenzuwirken.</p> <p>Aufgabe 2 a) Erläutere welche Verpflichtungen Arbeitgeber gemäß M2 haben. b) Erkläre warum die Aufklärung und der Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit wichtige Aspekte des Arbeitsschutzes sind.</p> <p>Aufgabe 3 Erörtere und diskutiere welche Erfahrungen Du an Deinem Arbeitsplatz mit Arbeitsschutz gemacht hast. <i>Die Vier-Ecken-Methode</i> Ihr geht zu der Ecke, die Eurer Ansicht am ehesten entspricht und tauscht euch dort mit den Mitschülern aus, die ebenfalls diese Ecke gewählt haben. Unterhaltet euch darüber, warum ihr euch für diese Ecke entschieden habt. Vorschläge für die Benennungen der Ecken:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <u>Ecke A „Minimaler Schutzplatz“:</u> Grundlegende Sicherheitsausrüstung wie z.B. Schutzbrillen und einfache Verhaltensregeln am Arbeitsplatz sind bekannt. • <u>Ecke B „Grundlegende Sicherheitsecke“:</u> <i>Beschreibung:</i> Schulungen zu Erster Hilfe, Brandschutz und ergonomische Arbeitsplatzgestaltungen werden angeboten. • <u>Ecke C „Fortgeschrittene Präventionszone“:</u> <i>Beschreibung:</i> Risikobewertung, regelmäßige Sicherheitsüberprüfungen und vorbeugenden Gesundheitsinitiativen sind vorhanden. • <u>Ecke D „Maximale Sicherheitsoase“:</u> <i>Beschreibung:</i> Spezialisierte Sicherheitsmaßnahmen, Technologien zur Gefahrenerkennung, regelmäßige Gesundheitsüberwachung und spezielle Schulungen für komplexe Arbeitsumgebungen sind vorhanden.

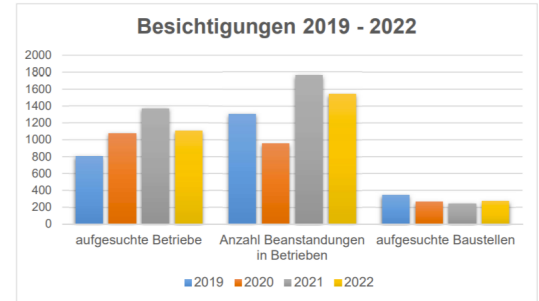
Themenfeld		Dauer: ca. 45min	
DEMOKRATIE A		Thema:	Föderalismus und Arbeitsschutz – Welche Chancen und Risiken bringt das Mehrebenensystem der BRD für die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz mit sich?
A2 Erarbeitung			
Leitfrage: Wer kümmert sich um den Arbeitsschutz?		Kompetenzbereich:	Die Schüler:innen sind in der Lage das Wesen der Demokratie, die Strukturen und Organisationen des politischen Systems sowie die Mechanismen politischer Willensbildung einzuordnen und zu beurteilen.
Keywords :	Föderalismus, Arbeitsschutz, Bundesgesetze, Grundgesetz, Politikverflechtung		
Gegenstand der Auseinandersetzung Die staatliche Gewerbeaufsicht, unter dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, ist für die rechtliche Rahmengesetzgebung und Überwachung des betrieblichen → Arbeitsschutzes verantwortlich. Die Umsetzung erfolgt auf Landesebene (→ bürgernahe Aufgabenerledigung), jedoch wurden durch Umstrukturierungen und Personalmangel die Kontrollen erheblich reduziert. Im Jahr 2018 wurden 167.000 Betriebsbesichtigungen durchgeführt, im Vergleich zu knapp 183.000 im Jahr 2017. Die Bundesregierung weist Verantwortung aufgrund föderaler Zuständigkeit (GG Art. 83/84) (→ Grundgesetz; → Föderalismus) zurück. Das Land Bremen verfügt im Bundesschnitt 2007 bis 2017 über die zweitgeringste Abnahme von Arbeitsschutz-Kontrollen nach Nordrhein-Westfalen. Das 2021 erlassene Bundesgesetz „Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit“ (→ Bundesgesetze) sieht eine "Mindestbesichtigungsquote" vor, die bis 2026 jährlich fünf Prozent aller Betriebe kontrollieren soll. Bisher liegt die Quote bei nur etwas über zwei Prozent, wodurch Betriebe im Schnitt erst alle 40 bis 50 Jahre überprüft werden. Die Verteilung der Verantwortung auf verschiedene staatliche Ebenen birgt organisatorische Herausforderungen, die die Sicherheit und Gesundheit der Arbeitenden beeinträchtigen können. (→ Politikverflechtung).			

Quellen
M1 Videoclip „Die Geschichte des Arbeitsschutzes in Deutschland“ [Als QR-Code] https://www.youtube.com/watch?v=V_nQOFzYQjc M2 Das föderale Arbeitsschutzsystem Hier entsprechende Grafik einbauen. M3 Interview mit Vertreter*in AK „Zur Lage des Arbeitsschutzes in Bremen“ [Als QR-Code] (muss noch geführt werden) In Anlehnung an: https://www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Lagebericht_-_Einzelartikel/2019/Lagebericht_2019_Reuhl_Berufskrankheiten.pdf M4 Statistik der untersuchten Betriebe
Aufgaben
Aufgabe 1 a) Was erfährst Du in M1 über den Arbeitsschutz? Charakterisiere verschiedene Phasen des Arbeitsschutzes in Deutschland, in dem du Dir passende Überschriften dafür überlegst. Finde mindestens fünf Überschriften. (Partner*innenarbeit) b) Der Arbeitsschutz hat sich mit der Zeit verbessert. Erläutere an einem Beispiel aus M1, wie es zu Verbesserungen gekommen ist. Beschreibe die Entwicklung und benutze dafür die Wörter <i>Arbeiter*innen/Arbeitsbedingungen/ Verbesserungen/Gesetz</i> Aufgabe 2 a) Recherchiere im Internet zu den drei Bestandteilen des Arbeitsschutzsystems (M2). Beantworte die nachstehenden Fragen: - Wie lautet der Titel von Paragraph (§) 3 des Arbeitsschutzgesetzes? - Wer ist nach §18 des Arbeitsschutzgesetzes verantwortlich für die Rechtsverordnungen zum Arbeitsschutz? - Wer muss nach §21 Absatz 1a, die Überwachung des Arbeitsschutzes sicherstellen? - Wie ist der Name der Behörde, die im Bundesland Bremen den Arbeitsschutz überwacht? Aufgabe 3 a) Lese M3. Benenne die Chancen und Herausforderungen der Sicherung des Arbeitsschutzes im Bundesland Bremen und die Möglichkeiten sich bei Problemen mit dem Arbeitsschutz beraten zu lassen. b) 2022 gab es ca. 23.000 Betriebe im Bundesland Bremen. Beurteile unter Bezugnahme auf M4 die Arbeit des Gewerbeaufsichtsamtes und begründe deine Argumentation schriftlich. c) Interpretiere am Beispiel der Umsetzung des Arbeitsschutzes warum man bei der Zusammenarbeit von Bund und Ländern von Politikverflechtung sprechen kann.

M2 Grafik „Das föderale Arbeitsschutzsystem“



M4 Statistik der untersuchten Betriebe



Besichtigungen der Gewerbeaufsicht d. L. Bremen der Jahre 2019 - 2022

Themenfeld		Dauer: ca. 45min
DEMOKRATIE A		Thema: Föderalismus und Arbeitsschutz – Welche Chancen und Risiken bringt das Mehrebenensystem der BRD für die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz mit sich?
A3		
Auswertung/Übertrag		
Leitfrage: Pro und Contra Föderalismus oder warum ist das Teilen von Macht ein Strukturprinzip demokratischer Herrschaft?		Kompetenzbereich : Die Schüler:innen sind in der Lage das Wesen der Demokratie, die Strukturen und Organisationen des politischen Systems sowie die Mechanismen politischer Willensbildung einzuordnen und zu beurteilen.
Keywords:	Föderalismus, Arbeitsschutz, Bundesgesetze, Grundgesetz, Politikverflechtung	
Gegenstand der Auseinandersetzung Die staatliche Gewerbeaufsicht, unter dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, ist für die rechtliche Rahmgebung und Überwachung des betrieblichen → Arbeitsschutzes verantwortlich. Die Umsetzung erfolgt auf Landesebene (→ bürgernahe Aufgabenerledigung), jedoch wurden durch Umstrukturierungen und Personalmangel die Kontrollen erheblich reduziert. Im Jahr 2018 wurden 167.000 Betriebsbesichtigungen durchgeführt, im Vergleich zu knapp 183.000 im Jahr 2017. Die Bundesregierung weist Verantwortung aufgrund föderaler Zuständigkeit (GG Art. 83/84) (→ Grundgesetz; → Föderalismus) zurück. Das Land Bremen verfügt im Bundesschnitt 2007 bis 2017 über die zweitgeringste Abnahme von Arbeitsschutz-Kontrollen nach Nordrhein-Westfalen. Das 2021 erlassene Bundesgesetz „Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit“ (→ Bundesgesetze) sieht eine "Mindestbesichtigungsquote" vor, die bis 2026 jährlich fünf Prozent aller Betriebe kontrollieren soll. Bisher liegt die Quote bei nur etwas über zwei Prozent, wodurch Betriebe im Schnitt erst alle 40 bis 50 Jahre überprüft werden. Die Verteilung der Verantwortung auf verschiedene staatliche Ebenen birgt organisatorische Herausforderungen, die die Sicherheit und Gesundheit der Arbeitenden beeinträchtigen können. (→ Politikverflechtung).		

Quellen
<p>M1 Föderalismus „leicht erklärt!</p> <p>[Als QR-Code] https://www.bundestag.de/resource/blob/834660/22ef527c6bdea2e2d4339019044ffa48/beilage_171_foederalismus_19042021-data.pdf</p> <p>M2 Winfried Kretschmann (Ministerpräsident Baden-Württemberg): „Bremer Politiker sind für die Schulen in Bremen verantwortlich, nicht ich. So ist es geordnet, und so muss man es akzeptieren. Die Kultusministerkonferenz setzt für alle geltende Grundregeln, und die Länder setzen sie in föderaler Eigenregie um. Die Unterschiede führen dazu, dass geprüft wird, warum in Bremen etwas schlechter läuft als bei uns. Dann wird man merken, dass das nicht nur an der Politik liegt, sondern auch an Strukturen und der Einwohnerschaft. Dass Föderalismus nicht nur Kooperation, sondern auch Wettbewerb heißt, ist eine Riesenchance.“</p> <p>(Quelle: https://www.baden-wuerttemberg.de/de/regierung/ministerpraesident/interviews-reden-und-regierungserklaerungen/interview/pid/der-foederalismus-ist-eine-geniale-erfindung)</p> <p>M3</p>
Aufgaben
<p>Aufgabe 1</p> <p>a) Schreibe einen Brief an einen ausgedachten Freund oder Freundin in den USA und erkläre ihr/ihm mit Hilfe von M1 den Begriff „Föderalismus“. Benenne die M1 dargestellte Pro und Contra-Argumenten für eine föderale Staatsform</p> <p>Aufgabe 2</p> <p>a) Ein Grundsatz des Föderalismus ist, dass „Aufgaben erst mal möglichst direkt vor Ort geregelt werden sollen.“ Wende diesen Grundsatz auf M2 an und erläutere, damit die Aussage von Winfried Kretschmann.</p> <p>b) Die Polizei ist in der Bundesrepublik Ländersache. Recherchiere zu diesem Thema im Internet und erschließe Dir mit den bisher genannten Argumenten zum Föderalismus, warum die Polizei durch die Länder verantwortet wird.</p> <p>Aufgabe 3</p> <p>Positionslinie zur Aussage: „Föderalismus ist eine geniale Erfindung!“ (Winfried Kretschmann)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Markiert mit Klebeband entlang einer Wand am Boden drei Positionen: Finde ich auch! Ich bin unentschieden! Finde ich nicht! - Eine Bewertungs-/Beurteilungsränge wird formuliert - Die Schüler*innen stellen sich spontan entlang der Positionslinie an der Stelle auf, die ihrer Meinung zu der Frage entspricht. - In der Klasse werden nun die verschiedenen Positionen erläutert und diskutiert. <p>Anschließend kann die Positionslinie wiederholt werden.</p>

Weiterführende Materialien

https://www.gesundheit.bremen.de/sixcms/media.php/13/TOP_4_L-21-21_Teil_B_Jahresbericht_Gewerbeaufsicht-.pdf

https://www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Lagebericht_-_Einzelartikel/2019/Lagebericht_2019_Reuhl_Berufskrankheiten.pdf

https://www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Gesundheitsinfos/Sonne_und_Hitze__Gesundheitsschutz_im_Fr%C3%BChling_und__Sommer.pdf

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/010/1901011.pdf>

<https://www.bundestag.de/parlament/grundgesetz/gg-serie-10-bundesgesetze-bundesverwaltung-634552#:~:text=Den%20Vollzug%20der%20Bundesgesetze%20nehmen,der%20Bund%20in%20%C3%A4nderzust%C3%A4ndigkeiten%20eindringt.>

<https://www.gesetze-im-internet.de/arbschg/BJNR124610996.html#BJNR124610996BJNG000500000>

https://www.gesetze-im-internet.de/arbschg/_21.html

<https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/arbeitsschutz-kontrollen-101.html>

file:///C:/Users/aklee/Downloads/20200818_Arbeitsschutz_sichere_Arbeitsbedingungen.pdf

<https://www.bremische-buergerschaft.de/dokumente/wp20/land/protokoll/b20I0028.pdf>

Demokratie B

Wahlen – von welchem Teil des Volkes geht eigentlich die Staatsgewalt aus?

Themenfeld		Dauer: ca. 60 min
DEMOKRATIE B		Thema: Wahlen – von welchem Teil des Volkes geht eigentlich die Staatsgewalt aus?
B1 Einstieg		
Leitfrage: Was denken eure Mitschüler:innen über das Thema Wahlen?		Kompetenzbereich: Die Schüler:innen sind in der Lage unterschiedliche demokratische Entscheidungsverfahren zu reflektieren und zu beurteilen.
Keywords :	Wahlen, Willensbildung, Wahlbeteiligung, Partizipation, Legitimität	
Gegenstand der Auseinandersetzung → Wahlen bilden das Fundament jeder Demokratie, indem sie Bürger:innen die Möglichkeit bieten, ihre politischen Vertreter frei und regelmäßig zu wählen. Sie ermöglichen den Menschen, politische Entscheidungen zu beeinflussen und sicherzustellen, dass die Regierung ihren Willen repräsentiert (→Willensbildung). Durch die Aussicht auf künftige Wahlen wird bei den gewählten Vertretern Verantwortlichkeit gefördert, da sie im Interesse der Bevölkerung handeln sollen. Zudem garantieren Wahlen politische Vielfalt und einen friedlichen Austausch von Meinungsunterschieden. Die →Wahlbeteiligung gibt an, wie viele Bürger:innen am politischen Prozess teilnehmen (→Partizipation). Hohe Beteiligung stärkt die → Legitimität der Demokratie und signalisiert Vertrauen in das System, während niedrige Beteiligung oft auf Desinteresse oder Unzufriedenheit hindeutet. In den letzten Jahren ist die Wahlbeteiligung bei Bundes- und Landtagswahlen wechselhaft, auch in Bremen. Bei einer insgesamt geringen Wahlbeteiligung oder einer geringen Wahlbeteiligung von bestimmtem Wähler:innengruppen kann die demokratische →Legitimation beeinträchtigt werden. In Bremen fällt besonders auf, dass gut situierte Milieus und Stadtteile davon weniger betroffen sind: Hier bleibt die Beteiligung stabil, da sich die Menschen als selbstwirksam erleben und ihre Interessen auch bei Wahlen vertreten möchten. In anderen Stadtteilen wird deutlich weniger gewählt.		

B1 Einstieg
Quellen
Aufgaben
Aufgabe 1 Führt in einer Gruppe (3-5 Schüler:innen) eine kleine Umfrage an eurer Schule durch und findet heraus, was eure Mitschüler:innen über das Thema Wahlen denken und wissen. <ul style="list-style-type: none"> a) Erstellt eine anonyme Umfrage für deine Schule mit den folgenden Aussagen. (Tipp: Nutzt hierfür eine Stellwand, die ihr im Eingangsbereich der Schule platziert) <ul style="list-style-type: none"> 1) Ich gehe wählen/ Ich gehe nicht wählen 2) Ich habe das Gefühl genug über Wahlen zu wissen: ja/ nein b) Stellt mind. 5 Mitschüler:innen die folgenden Fragen und notiert euch die Antworten: <ul style="list-style-type: none"> "Was weißt du über Wahlen?" „Was weißt du über die Bürgerschaftswahl?“ „Was weißt du über die Bundestagswahl?“ c) Stellt mind. 5 Mitschüler:innen die folgende Frage und notiert euch die Antworten: <ul style="list-style-type: none"> "Welches Thema ist dir am wichtigsten, wenn du dich bei Wahlen für eine Partei entscheidest?" d) Stellt mind. 5 Mitschüler:innen die folgende Frage und notiert euch die Antworten: <ul style="list-style-type: none"> "Wie informierst du dich über anstehende Wahlen und Parteien?" Aufgabe 2 Präsentiert eure Umfrageergebnis vor der Klasse. Beantwortet hierfür die folgenden Fragen: <ul style="list-style-type: none"> - Welches Ergebnis, welche Antworten haben euch am meisten überrascht? - Welches Ergebnis, welche Antworten habt ihr so erwartet? - Wie bewertet ihr das Interesse/Wissen eurer Mitschüler:innen am/über das Thema Wahlen? Ist es aus eurer Sicht ausreichend? Wenn ja, begründet eure Antwort. Wenn nein, habt ihr Ideen, was man tun könnte, um das Interesse/das Wissen zu erhöhen?

Themenfeld	Dauer: ca. 60 min	
DEMOKRATIE B	Thema:	Wahlen – von welchem Teil des Volkes geht eigentlich die Staatsgewalt aus?
B2 Erarbeitung		
Leitfrage: Wer geht eigentlich wählen und warum ist das ein Problem?	Kompetenzbereich:	Die Schüler:innen sind in der Lage unterschiedliche demokratische Entscheidungsverfahren zu reflektieren und zu beurteilen.
Keywords :	Wahlen, Willensbildung, Wahlbeteiligung, Partizipation, Legitimität, Wahlgrundsätze	
Gegenstand der Auseinandersetzung → Wahlen bilden das Fundament jeder Demokratie, indem sie Bürger:innen die Möglichkeit bieten, ihre politischen Vertreter frei und regelmäßig zu wählen. Sie ermöglichen den Menschen, politische Entscheidungen zu beeinflussen und sicherzustellen, dass die Regierung ihren Willen repräsentiert (→Willensbildung). Durch die Aussicht auf künftige Wahlen wird bei den gewählten Vertretern Verantwortlichkeit gefördert, da sie im Interesse der Bevölkerung handeln sollen. Zudem garantieren Wahlen politische Vielfalt und einen friedlichen Austausch von Meinungsunterschieden. Die →Wahlbeteiligung gibt an, wie viele Bürger:innen am politischen Prozess teilnehmen (→Partizipation). Hohe Beteiligung stärkt die → Legitimität der Demokratie und signalisiert Vertrauen in das System, während niedrige Beteiligung oft auf Desinteresse oder Unzufriedenheit hindeutet. In den letzten Jahren ist die Wahlbeteiligung bei Bundes- und Landtagswahlen wechselhaft, auch in Bremen. Bei einer insgesamt geringen Wahlbeteiligung oder einer geringen Wahlbeteiligung von bestimmtem Wähler:innengruppen kann die demokratische →Legitimation beeinträchtigt werden. In Bremen fällt besonders auf, dass gut situierte Milieus und Stadtteile davon weniger betroffen sind: Hier bleibt die Beteiligung stabil, da sich die Menschen als selbstwirksam erleben und ihre Interessen auch bei Wahlen vertreten möchten. In anderen Stadtteilen wird deutlich weniger gewählt. Sind dadurch die →Wahlgrundsätze bedroht?		

B2 Erarbeitung
Quellen M1 https://www.statistik-bremen.de/Tabellen/Wahlen/WahlatlasBuergerschaft2023_Strukturindikatoren/BremerWahlatlasII.html?indicator=i50&indicator2=i0 M2 https://www.bpb.de/themen/politisches-system/wahlen-in-deutschland/335666/wahlbeteiligung-nichtwaehler-und-protestwaehlerschaft/ M3 https://www.fes.de/artikel-in-gute-gesellschaft-17/studie-wer-fehlt-an-der-wahlurne
Aufgaben
Aufgabe 1 a) Öffne den Link zum Bremer Wahlatlas M1 und mach dich mit der Seite vertraut. Welche Informationen werden dargestellt? Notiere was du dort alles herausfinden kannst. b) Beschreibe was auf den Karten 1 und Karten 2 dargestellt wird. Vergleiche beide Karten miteinander. Welche Ortsteile sind in den jeweiligen Karten eingefärbt? In welchem Verhältnis stehen Wahlbeteiligung (Karte 1) und Arbeitslosenziffer (Karte 2) zueinander?
Aufgabe 2 a) Beschreibe was auf der Karikatur M2 zu sehen ist. Wie kannst du die Aussage der Karikatur zusammenfassen. Formuliere die Aussage in maximal zwei Sätzen. b) Bist du mit der Aussage der Karikatur M2 einverstanden? Welche Gründe könntest du noch nennen, die Bürger:innen vom Wählen abhalten? Nutze für deine Begründung vorrangig die Informationen aus dem Bremer Wahlatlas (M1).
Aufgabe 3 Lese in Material M3 den Kasten „Muster der Wahlbeteiligung“. <ul style="list-style-type: none"> a) Welches Muster der Wahlbeteiligung wird dort beschrieben? Versuche den nachstehen Satz entsprechend zu ergänzen: „Je höher die, desto niedriger ist die.....“ Benutze die Wörter „Wahlbeteiligung“ / „Stadtteil“ / „Arbeitslosenquote“.
Aufgabe 4 In den vorherigen Aufgaben 1-3 haben wir herausgearbeitet, dass es eine bestimmte Gruppe von Menschen häufiger nicht zur Wahl geht als eine andere. <ul style="list-style-type: none"> a) Welche Gründe könnten hierfür verantwortlich sein? Nutze die Karikatur M2 und erfinde hierfür neue Sprechblasentexte. Du hast zwei Sprechblasen zur Verfügung. Du solltest jeweils nicht mehr als 20 Wörter benutzen.

Themenfeld		Dauer: ca. 45 min
DEMOKRATIE B		Thema: Wahlen – von welchem Teil des Volkes geht eigentlich die Staatsgewalt aus?
B3		
Auswertung/Übertrag		
Leitfrage: Warum wird in einer Demokratie gewählt?		Kompetenzbereich : Die Schüler:innen sind in der Lage unterschiedliche demokratische Entscheidungsverfahren zu reflektieren und zu beurteilen.
Keywords :	Wahlen, Willensbildung, Wahlbeteiligung, Partizipation, Legitimität, Wahlgrundsätze	
Gegenstand der Auseinandersetzung → Wahlen bilden das Fundament jeder Demokratie, indem sie Bürger:innen die Möglichkeit bieten, ihre politischen Vertreter frei und regelmäßig zu wählen. Sie ermöglichen den Menschen, politische Entscheidungen zu beeinflussen und sicherzustellen, dass die Regierung ihren Willen repräsentiert (→ Willensbildung). Durch die Aussicht auf künftige Wahlen wird bei den gewählten Vertretern Verantwortlichkeit gefördert, da sie im Interesse der Bevölkerung handeln sollen. Zudem garantieren Wahlen politische Vielfalt und einen friedlichen Austausch von Meinungsunterschieden. Die → Wahlbeteiligung gibt an, wie viele Bürger:innen am politischen Prozess teilnehmen (→ Partizipation). Hohe Beteiligung stärkt die → Legitimität der Demokratie und signalisiert Vertrauen in das System, während niedrige Beteiligung oft auf Desinteresse oder Unzufriedenheit hindeutet. In den letzten Jahren ist die Wahlbeteiligung bei Bundes- und Landtagswahlen wechselhaft, auch in Bremen. Bei einer insgesamt geringen Wahlbeteiligung oder einer geringen Wahlbeteiligung von bestimmtem Wähler:innengruppen kann die demokratische → Legitimation beeinträchtigt werden. In Bremen fällt besonders auf, dass gut situierte Milieus und Stadtteile davon weniger betroffen sind: Hier bleibt die Beteiligung stabil, da sich die Menschen als selbstwirksam erleben und ihre Interessen auch bei Wahlen vertreten möchten. In anderen Stadtteilen wird deutlich weniger gewählt. Sind dadurch die → Wahlgrundsätze noch erfüllt?		

B3 Auswertung/Übertrag

Quellen

M1 <https://www.arbeitnehmerkammer.de/service/magazin-der-arbeitnehmerkammer/bam/januar-februar-2024/interview-betriebsraete-staerken-die-demokratie.html>

M2 https://www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Veranstaltungen/Veranstaltungsdokumentation/Downloads/Vortrag_Thomas_Schwarzer_ANK_Bremens_Bev%C3%B6lkerung_mit_wenig_Geld.pdf

Aufgaben

Aufgabe 1

Recherchiere im Internet nach dem Begriff „Politische Selbstwirksamkeit“.

- Finde eine Arbeitsdefinition für den Begriff „Politische Selbstwirksamkeit“. Benutze hierfür maximal 3 Sätze. Gib dabei unbedingt die Quellen an auf die du dich beziehst.
- Erläutere, wann man bei einer Person von einer eher *hohen politischen Selbstwirksamkeit* und wann von einer eher *niedrigen politischen Selbstwirksamkeit* sprechen würde? Finde hierzu Beispiele aus dem Alltag.

Aufgabe 2

Lese das Interview M2.

- Fasse die Hauptaussagen des Interviews zur Bedeutung von Betriebsräten für die Demokratie zusammen.
- Erkläre, welche demokratischen Werte Betriebsräte laut den Interviewten fördern und wie sie zur politischen Mitbestimmung beitragen.
- Diskutiere die im Interview genannten Herausforderungen für Betriebsräte und bewerte ihre Bedeutung.
- Reflektiere, wie die Themen Mitbestimmung und Demokratie am Arbeitsplatz mit demokratischer Teilhabe im eigenen Umfeld zusammenhängen.

Aufgabe 3

Führt eine Pro-Contra-Debatte durch:

Pro-Gruppe:

„Wir finden es sollten so viele Menschen wie möglich wählen gehen!“

Contra-Gruppe:

„Wir finden es sollten nur Menschen wählen gehen, die sich gut mit Politik auskennen!“

Ablauf:

- Findet euch in euren Gruppen (Pro oder Contra) zusammen.
- Entwickelt drei bis fünf überzeugende Argumente für eure Position.
- Überlegt, welche Argumente die andere Gruppe haben könnte und wie ihr darauf antworten könnt.
- Haltet die Debatte, wobei jede Gruppe abwechselnd Argumente vorträgt und auf die Gegenseite reagiert.
- Schreibt abschließend eine kurze Reflexion zur Debatte: Welches Argument hat euch am meisten überzeugt? Was habt ihr gelernt?

NiBrutto und Arbeitsleben A

Arm trotz Arbeit – ist das gerecht?

Themenfeld	Dauer:	
Arbeitsleben A	Thema:	Arm trotz Arbeit – ist das gerecht?
A1 Einstieg		
Leitfrage: Was ist Einkommensarmut und wie kann sie erklärt werden? Welche Leistungen kann ich in Bremen beantragen, wenn ich von Einkommensarmut betroffen bin?	Kompetenzbereich:	Die Schüler:innen sind in der Lage berufliche und gesellschaftliche Lebenssituationen vor dem Hintergrund der sich verändernden wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu erkennen, um adäquate individuelle Entscheidungen treffen zu können.
Keywords:	Einkommensarmut, Brutto- und Nettoeinkommen, Tarifbindung, Medianverdienst, Voll- und Teilzeitbeschäftigung, Niedriglohnsektor, Gender-Pay-Gap	
Gegenstand der Auseinandersetzung Armut ist in Deutschland ein zunehmendes Problem. Im Jahr 2023 lebte in Bremen jede*r vierte (27%) unter der Armutsgrenze. In Bremerhaven ist diese Quote mit 33% sogar noch höher als in der Stadt Bremen. Viele dieser Menschen sind arm, obwohl sie einer regulären Beschäftigung nachgehen. Doch was bedeutet Einkommensarmut eigentlich? Arm trotz Arbeit sind laut EU-Standard Arbeitnehmer:innen die über weniger als 60% des mittleren gewichteten Einkommens verfügen. Dieses lag 2023 für einen Ein-Personen-Haushalt bei 2.079 Euro netto, die Armutsgrenze liegt damit bei 1.247 Euro. Doch warum haben so viele Menschen trotz Arbeit wenig Geld zur Verfügung? Die Ursachen dafür sind, dass viele im Niedriglohnsektor oder in Teilzeit tätig sind und aufgrund des geringeren Verdienstes unter die Armutsgrenze rutschen. Obwohl man in diesem Fall auch Sozialleistungen wie Wohngeld oder einen Kinderzuschlag in Anspruch nehmen kann, scheuen sich viele Menschen davor zum „Amt“ (Jobcenter) zu gehen. Viele wissen auch gar nicht, dass ihnen dieses Geld zusteht. Gleichzeitig verdienen in Bremen viele Menschen überdurchschnittlich gut (im Jahr 2023 betrug das mittlere monatliche Entgelt für sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte im Land Bremen 3.942 Euro brutto) aber vor allem Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte erzielen am Arbeitsmarkt deutlich weniger Einkommen. Der Verdienst ist also auch abhängig davon in welcher Branche jemand beschäftigt ist oder welche Qualifikation jemand erworben hat. Mit Blick auf die bremische Wirtschaftsstruktur ist es nicht überraschend, dass die Branchen, in denen große, international agierende Unternehmen vertreten sind, durch höhere Verdienste auffallen, die vergleichsweise gut bezahlte und tarifgebundene Arbeitsplätze bereits stellen. Das Schlusslicht im Branchenranking bildet die Leiharbeit.		

Quellen
M 1: www.arbeitnehmerkammer.de/statistik/soziale-lagen.html M2: www.arbeitnehmerkammer.de/service/bam/ausgaben/ausgabe-juliaugust-2021/die-neue-arbeiterklasse.html M3: www.arbeitsagentur.de/arbeitslos-arbeit-finden/buergergeld/finanziell-absichern/einkommen-ergaenzen
Aufgaben
Aufgabe 1: Die Grafik M1 „Arm trotz Arbeit“ zeigt drei verschiedenen Quoten, die zu Armut führen. Diese sind: <ol style="list-style-type: none"> Einkommensarmut Mindestsicherung Arbeitslosigkeit Die Lernenden werden in drei Gruppen aufgeteilt. Jede Gruppe definiert einen Begriff und fertigt dazu eine Kurzpräsentation an. Jede Gruppe hat 20 Minuten Zeit. Im Anschluss präsentieren die Gruppen in 5-minütigen Statements ihre Ergebnisse. In einer anschließenden Plenumsdiskussion werden die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den drei Armutsquoten herausgearbeitet und die zentralen Ergebnisse auf dem Whiteboard gesichert.
Während die Arbeitslosenquote seit dem Jahr 2010 leicht zurückgegangen ist hat sich die Einkommensarmut im Land Bremen deutlich erhöht. In einem Interview (Quelle M2) beschreibt die Journalistin und Autorin Julia Friedrichs wer die Menschen sind, die im Niedriglohnbereich tätig sind, aus welchen Branchen sie kommen und unter welchen Arbeitsbedingungen sie täglich arbeiten. Gleichzeitig spricht sie einige (politische bzw. wirtschaftliche) Faktoren an, die die Situation der Menschen ansatzweise erklären sollen, wie z.B. geringeres gewerkschaftliches Engagement, Berufswahl etc. In Lerntandems sucht sich jedes Team einen der in M2 genannten Faktoren aus, der besonders „triggert“. Diskutiert Pro- und Contra-Aspekte Eures „Triggerpunktes“ auch vor dem Hintergrund möglicher eigener Erfahrungen. Überführt Eure Diskussion in eine Pro/Contra-Liste.
Aufgabe 2: Menschen, die von Einkommensarmut betroffen sind können unterschiedliche Sozialleistungen in Anspruch nehmen. Recherchiert in Kleingruppen anhand der Quelle M3, ab welchem Bruttogehalt welche Leistungen in Anspruch genommen werden können und wie diese beantragt werden. Jede Kleingruppe entwirft einen übersichtlichen und leicht verständlichen (einstigen) Infolyer zur Beantragung von ergänzenden Sozialleistungen für Menschen mit niedrigem Einkommen.

Themenfeld	Dauer: 90 min	
Arbeitsleben A	Thema:	Arm trotz Arbeit – ist das gerecht?
A2 Erarbeitung		
Leitfrage: Wieviel verdienen Arbeitnehmer:innen in Bremen und welche (politischen und wirtschaftlichen) Maßnahmen würde die Situation am Arbeitsmarkt verbessern?	Kompetenzbereich:	Die Schüler:innen sind in der Lage berufliche und gesellschaftliche Lebenssituationen vor dem Hintergrund der sich verändernden wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu erkennen, um adäquate individuelle Entscheidungen treffen zu können.
Keywords:	Einkommensarmut, Brutto- und Nettoeinkommen, Tarifbindung, Niedriglohnsektor, Medianverdienst, Voll- und Teilzeitbeschäftigung, , Gender-Pay-Gap	
Gegenstand der Auseinandersetzung Armut ist in Deutschland ein zunehmendes Problem. Im Jahr 2023 lebte in Bremen jede*r vierte (27%) unter der Armutsgrenze. In Bremerhaven ist diese Quote mit 33% sogar noch höher als in der Stadt Bremen. Viele dieser Menschen sind arm, obwohl sie einer regulären Beschäftigung nachgehen. Doch was bedeutet Einkommensarmut eigentlich? Arm trotz Arbeit sind laut EU-Standard Arbeitnehmer:innen die über weniger als 60% des mittleren gewichteten Einkommens verfügen. Dieses lag 2023 für einen Ein-Personen-Haushalt bei 2.079 Euro netto, die Armutsgrenze liegt damit bei 1.247 Euro. Doch warum haben so viele Menschen trotz Arbeit wenig Geld zur Verfügung? Die Ursachen dafür sind, dass viele im Niedriglohnsektor oder in Teilzeit tätig sind und aufgrund des geringeren Verdienstes unter die Armutsgrenze rutschen. Obwohl man in diesem Fall auch Sozialleistungen wie Wohngeld oder einen Kinderzuschlag in Anspruch nehmen kann, scheuen sich viele Menschen davor zum Amt (Jobcenter) zu gehen. Viele wissen auch gar nicht, dass ihnen dieses Geld zusteht. Gleichzeitig verdienen in Bremen viele Menschen überdurchschnittlich gut (im Jahr 2023 betrug das mittlere monatliche Entgelt für sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte im Land Bremen 3.942 Euro brutto) aber vor allem Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte erzielen am Arbeitsmarkt deutlich weniger Einkommen. Der Verdienst ist also auch abhängig davon in welcher Branche jemand beschäftigt ist oder welche Qualifikation jemand erworben hat. Mit Blick auf die bremische Wirtschaftsstruktur ist es nicht überraschend, dass die Branchen, in denen große, international agierende Unternehmen vertreten sind, durch höhere Verdienste auffallen, die vergleichsweise gut bezahlte und tarifgebundene Arbeitsplätze bereits stellen. Das Schlusslicht im Branchenranking bildet die Leiharbeit.		

Quellen
M4: https://www.arbeitnehmerkammer.de/statistik/einkommen.html
M5: https://www.arbeitnehmerkammer.de/gender-pay-gap.html
Aufgaben
<p>Aufgabe 1: Quizz: Wer verdient in Bremen am Meisten, wer am Wenigsten? Schätze die Bruttogehälter folgender Branchen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Metall-, Elektro- und Stahlindustrie - Gastgewerbe - Information und Kommunikation - Öffentliche Verwaltung - Gesundheitswesen <p>Erstelle ein Ranking von 1-5 beginnend mit der Branche mit dem höchsten Bruttogehalt. Vergleiche Deine Ergebnisse mit Deinem Sitznachbar und diskutiere Unterschiede und Gemeinsamkeiten in Euren Rankings. Einigt Euch auf ein gemeinsames Ranking und erstelle anschließend eine Grafik, die Euer Ranking sinnvoll abbildet. Vergleiche Eure Ergebnisse mit den realen Bruttolöhnen in Bremen (Quelle M4). Diskutiere Eure abweichenden Ergebnisse mit den in der Grafik benannten Bruttolöhnen.</p> <p>Aufgabe 2: Menschen, die von Einkommensarmut betroffen sind arbeiten meist im Niedriglohnsektor. Doch was bedeutet das überhaupt? Definiere den Begriff anhand der Quelle M4 und notiere Deine Definition. Obwohl die Einkommensarmut in Bremen zugenommen hat, ist der Niedriglohnsektor in den letzten Jahren leicht geschrumpft. Wie erklärt sich diese gegenläufige Entwicklung? Welche politische Entscheidung hat zum Schrumpfen des Niedriglohnssektors geführt? Ergänze die Definition zum Niedriglohnsektor mit Deinen Recherchen anhand von mindestens drei Stichpunkten.</p> <p>Rechne aus, wie hoch der monatliche Bruttolohn sein müsste, um nicht mehr als Niedriglohnempfänger:in eingestuft zu werden.</p> <p>Aufgabe 3: Frauen verdienen im Schnitt 18% weniger als Männer. Diese „Lücke“ bezeichnet man als Gender-Pay-Gap (unbereinigt). Ursachen sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Beruf und Branche - Position im Unternehmen - Beschäftigungsumfang <p>Neben den statistisch erklärbaren Ursachen gibt es weitere Ursachen, die weniger gut zu erklären sind. Selbst wenn Frauen die gleiche Qualifikation oder Position erreichen, besteht immer noch eine Lohnlücke von 6%, die man als bereinigten Gender-Pay-Gap bezeichnet. Quelle M5 fasst die Ursachen des Gender-Pay-Gaps übersichtlich zusammen.</p> <p>Geht den Text zum Gender Pay Gap (M5) aufmerksam durch. Unterstreiche die wichtigen Aussagen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Fasst die Kernaussagen Abschnitt für Abschnitt in eigenen Worten zusammen. - Analysiert aufmerksam die Grafik „Bruttostundenlöhne und Frauenanteile“. Welcher Aspekt aus den Texten wird hier genauer dargestellt? - Vergleiche in Lerntandems die Ergebnisse. Formuliert gemeinsam eine Antwort auf die Aussage „Dieses Problem muss die Politik lösen.“

Arbeitsleben B

Entgrenzte Arbeit – Haben wir bald nie wieder Feierabend?

Themenfeld	Dauer:	
Arbeitsleben B	Thema:	Entgrenzte Arbeit – Haben wir bald nie wieder Feierabend?
B1 Einstieg		
Leitfrage: Welche gesetzlichen Grundlagen regulieren die Arbeitszeiten und wie kann ich mich vor entgrenzter Arbeit schützen?	Kompetenzbereich :	Die Schüler:innen sind in der Lage berufliche und gesellschaftliche Lebenssituationen vor dem Hintergrund der sich verändernden wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu erkennen, um adäquate individuelle Entscheidungen treffen zu können.
Keywords:	Arbeitsschutzgesetz, Gesundheitsschutz, Regulierung von Arbeitszeit, Normalarbeitsverhältnis, Arbeitsformen	
Gegenstand der Auseinandersetzung Das Arbeitszeitgesetz ist eines der ältesten Arbeitsschutzgesetze. Die Sicherstellung von Belastungsgrenzen und Zeiten für Erholung ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass die Gesundheit von Arbeitnehmer:innen geschützt wird. Meilensteine in der langen Tradition der Auseinandersetzungen um die Regulierung der Arbeitszeit waren etwa die Durchsetzung der 40-Stunden-Woche und des arbeitsfreien Samstags in den 1960er-Jahren und später die teilweise Einführung einer 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Diese Entwicklung folgte dem Leitbild eines männlichen Facharbeiters in stabiler, unbefristeter und tarifvertraglich abgesicherter Beschäftigung im traditionellen Normalarbeitsverhältnis (NAV) mit Kernarbeitszeiten zwischen 9 und 17 Uhr. Die Kehrseite davon erwies sich spätestens bei Ehe und Familiengründung in einer klaren Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern, mit dem männlichen Allein- oder Hauptverdiener im Mittelpunkt und der stark auf Familie und Haushalt orientierten Frau an seiner Seite, allenfalls als Zuverdienerin und ohne entlohnte Sorgearbeit. Im Zusammenhang mit umfangreichen Arbeitsmarkt- und Sozialreformen hat sich seit den 1990er-Jahren die Tendenz zur Arbeitszeitverkürzung umgekehrt, das Normalarbeitsverhältnis hat zugleich an Bedeutung verloren. In vielen Bereichen sind (wieder) Arbeitszeiten an oder gar über der 40-Stunden-Grenze zur Regel geworden. Die Frauenerwerbstätigkeit hat erheblich zugenommen, jedoch überwiegend in den Bereichen Teilzeit und Minijobs. Leiharbeit und Befristungen werden intensiver als Flexibilisierungsinstrumente genutzt. Die Erreichbarkeit außerhalb der eigentlichen Arbeitszeiten wird vielfach erwartet und oft nicht vergütet. In Bremen arbeiten gut fünf Prozent der Beschäftigten auf Abruf.		

Quellen
M1: www.arbeitnehmerkammer.de/arbeitnehmerinnen-arbeitnehmer/recht/homeoffice.html
Aufgaben
Aufgabe: Pro- und Contra Debatte zum Thema Homeoffice Vorbereitungsphase: Die Lernenden werden in Gruppen eingeteilt <ul style="list-style-type: none"> - Pro-Gruppe, - Contra-Gruppe - 1 Spielleiter:in bzw. Moderator:in - Beobachter-Gruppe Thema der Debatte: „Mobiles Arbeiten wird bei vielen Arbeitnehmer:innen immer beliebter, andere würden das Homeoffice am liebsten wieder abschaffen. Was spricht für das Homeoffice, was dagegen. Ein Streitgespräch.“ (Hinweis: das strittige Thema kann auch mit der Gruppe gemeinsam formuliert werden) Jede Gruppe erarbeitet aus der Quelle M1 die Informationen und Argumente zum Thema; die einen suchen vor allem die Pro-Argumente, die anderen die Contra-Argumente, auch die Beobachter und Spielleiter machen sich inhaltlich mit dem Thema vertraut. Die beiden gegnerischen Gruppen beschließen, welche Argumente sie in der festgelegten Reihenfolge vortragen wollen und legen eine Person als Debattenvertreter:in fest (Zeit: ca. 20 min). Debattenphase: Der/die Diskussionsleiter:in eröffnet die Debatte, indem er/sie einer Seite das Wort erteilt. <ol style="list-style-type: none"> 1. Runde: die Pro-Seite gibt das erste Statement (max. 1 Minute) - dann folgt die Contra-Seite (mit derselben Zeitvorgabe) - darauf folgt wieder die Pro-Seite etc. Man beginnt sein Statement mit dem Hauptargument für die eigene Gruppenposition. 2. Runde: ein Mitglied der Pro-Seite muss nun auf das Argument seines/seiner Vorredners/Vorrednerin eingehen und es mit einem geeigneten Gegenargument, das nicht sein/ihr eigenes vorbereitetes ist, zu entkräften versuchen. Der nächste Sprecher der Contra-Seite muss nun seinerseits/Ihrerseits in der gleichen Weise wie sein/e Vorredner:in mit dessen Äußerung umgehen. Er/Sie muss also versuchen, anknüpfend daran das erste (Gegen-)Argument mit seinem/ihrem Argument zu entkräften. Der/die Debattenleiter:in achtet auf genaue Einhaltung der Zeitvorgabe und der Sprecher:innenfolge. Auswertungsphase: Am Ende der Debatte kann die Beobachter:innengruppe ein Wertungsgespräch über die Schlagkraft der Argumente führen mit folgenden Kriterien: sachlicher Gehalt; Überzeugungskraft; Glaubwürdigkeit; rhetorisches Geschick; etc. Im Anschluss wird die Ausgangsfrage wiederaufgenommen und abgestimmt, welche Gruppe am besten argumentiert hat. Die Stunde endet mit einer Abstimmung.

Themenfeld	Dauer: 90 min	
Arbeitsleben B	Thema:	Entgrenzte Arbeit – Haben wir bald nie wieder Feierabend?
B2 Erarbeitung		
Leitfrage: Welche gesetzlichen Grundlagen regulieren die Arbeitszeiten und wie kann ich mich vor entgrenzter Arbeit schützen?	Kompetenzbereich:	Die Schüler:innen sind in der Lage berufliche und gesellschaftliche Lebenssituationen vor dem Hintergrund der sich verändernden wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu erkennen, um adäquate individuelle Entscheidungen treffen zu können.
Keywords: Voll- und Teilzeitarbeit, Normalarbeitsverhältnis, Arbeitszeitgesetz		
Gegenstand der Auseinandersetzung		
<p>Das Arbeitszeitgesetz ist eines der ältesten Arbeitsschutzgesetze. Die Sicherstellung von Belastungsgrenzen und Zeiten für Erholung ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass die Gesundheit von Arbeitnehmer:innen geschützt wird. Meilensteine in der langen Tradition der Auseinandersetzungen um die Regulierung der Arbeitszeit waren etwa die Durchsetzung der 40-Stunden-Woche und des arbeitsfreien Samstags in den 1960er-Jahren und später die teilweise Einführung einer 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Diese Entwicklung folgte dem Leitbild eines männlichen Facharbeiters in stabiler, unbefristeter und tarifvertraglich abgesicherter Beschäftigung im traditionellen Normalarbeitsverhältnis (NAV) mit Kernarbeitszeiten zwischen 9 und 17 Uhr. Die Kehrseite davon erwies sich spätestens bei Ehe und Familiengründung in einer klaren Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern, mit dem männlichen Allein- oder Hauptverdiener im Mittelpunkt und der stark auf Familie und Haushalt orientierten Frau an seiner Seite, allenfalls als Zuverdienerin und ohne entlohnte Sorgearbeit.</p> <p>Im Zusammenhang mit umfangreichen Arbeitsmarkt- und Sozialreformen hat sich seit den 1990er-Jahren die Tendenz zur Arbeitszeitverkürzung umgekehrt, das Normalarbeitsverhältnis hat zugleich an Bedeutung verloren. In vielen Bereichen sind (wieder) Arbeitszeiten an oder gar über der 40-Stunden-Grenze zur Regel geworden. Die Frauenerwerbstätigkeit hat erheblich zugenommen, jedoch überwiegend in den Bereichen Teilzeit und Minijobs. Leiharbeit und Befristungen werden intensiver als Flexibilisierungsinstrumente genutzt. Die Erreichbarkeit außerhalb der eigentlichen Arbeitszeiten wird vielfach erwartet und oft nicht vergütet. In Bremen arbeiten gut fünf Prozent der Beschäftigten auf Abruf.</p>		

Quellen
M2: www.arbeitnehmerkammer.de/politik/arbeitsmarkt-beschaeftigung/arbeitszeit.html M3: www.arbeitnehmerkammer.de/auszubildende/waehrend-der-ausbildung/arbeitszeit.html
Aufgaben
<p>Alles was Recht ist: do's und dont's bei der Gestaltung von Arbeitszeiten. Was genau muss ich als Auszubildende/Arbeitnehmer:in beachten? Welche Pflichten hat der/die Arbeitgeber:in?</p> <p>Das Arbeitszeitgesetz (ArbZG) dient dem Zweck, Dir als Arbeitnehmer:in die Sicherheit und den Gesundheitsschutz bei der Arbeitszeitgestaltung zu gewährleisten. Der/die Gesetzgeber:in sieht hierfür vor allem der/die Arbeitgeberin in der Pflicht, andererseits habe ich auch als Auszubildende oder Arbeitnehmer:in gewisse Verpflichtungen.</p> <p>Aufteilung der Lernenden in Kleingruppen</p> <p>Aufgabe 1:</p> <ol style="list-style-type: none"> Welche Arbeitszeitregelungen kennt Ihr? Sammelt in der Gruppe Stichpunkte auf Karten und clustert diese an der Tafel. Lest die Texte M2 und M3. Was ist für Dich neu? Welche Überschneidungen gibt es zu Euren gesammelten Stichpunkten? <p>Aufgabe 2:</p> <p>Stellt Euch folgendes Situation vor. Eine von der Bundesregierung einberufene Arbeitsgruppe soll das Arbeitszeitgesetz überarbeiten und einen Bericht zu den Arbeitszeitregelungen in Betrieben verfassen.</p> <p>Bildet vier Untergruppen und befasst Euch mit je einem Arbeitsbereich zum Thema 1) Überstunden; 2) Pausen, 3) Nachtarbeit und 4) Feiertagsbeschäftigung.</p> <ul style="list-style-type: none"> Erarbeitet für Eure Gruppe eine kurze Zusammenfassung anhand der Quellen M2 und M3. Vergleicht die rechtlichen Regelungen mit Euren Erfahrungen im Betrieb. Wann gibt es davon Abweichungen, wie sind diese einzuschätzen? Welche Regelungen der Rechtsdurchsetzung können bei Nichteinhaltung genutzt werden? Welche neuen Regelungen würdet ihr einführen, damit die Betriebe die Arbeitszeiten im Sinnes des Gesundheitsschutzes besser berücksichtigen? Erarbeitet zu Euren Ergebnissen ein übersichtliches Plakat <p>Stellt Euch vor, alle Untergruppen treffen sich in Berlin zur abschließenden Sitzung der Arbeitsgruppe. Jede Gruppe stellt die Ergebnisse anhand des Plakates vor. In der anschließenden Plenumsdiskussion wird besprochen, welche Regelungen empfohlen werden, um die Arbeitszeitregelungen besser durchzusetzen.</p> <p>Verfasst im Anschluss in Tandemarbeit einen Bericht, wie die Neuregelung der Arbeitszeit gestaltet werden könnte, um Arbeitnehmer:innen und Auszubildende zukünftig besser zu schützen.</p>

Themenfeld		Dauer: 30 min
Arbeitsleben B	Thema:	Entgrenzte Arbeit – Haben wir bald nie wieder Feierabend?
B3		
Auswertung/Übertrag	Kompetenzbereich:	Die Schüler:innen sind in der Lage berufliche und gesellschaftliche Lebenssituationen vor dem Hintergrund der sich verändernden wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu erkennen, um adäquate individuelle Entscheidungen treffen zu können.
Leitfrage: Welche gesetzlichen Grundlagen regulieren die Arbeitszeiten und wie kann ich mich vor entgrenzter Arbeit schützen?		
Keywords:	Voll- und Teilzeitarbeit, Normalarbeitsverhältnis, Arbeitszeitgesetz	
Gegenstand der Auseinandersetzung		
<p>Das Arbeitszeitgesetz ist eines der ältesten Arbeitsschutzgesetze. Die Sicherstellung von Belastungsgrenzen und Zeiten für Erholung ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass die Gesundheit von Arbeitnehmer:innen geschützt wird. Meilensteine in der langen Tradition der Auseinandersetzungen um die Regulierung der Arbeitszeit waren etwa die Durchsetzung der 40-Stunden-Woche und des arbeitsfreien Samstags in den 1960er-Jahren und später die teilweise Einführung einer 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Diese Entwicklung folgte dem Leitbild eines männlichen Facharbeiters in stabiler, unbefristeter und tarifvertraglich abgesicherter Beschäftigung im traditionellen Normalarbeitsverhältnis (NAV) mit Kernarbeitszeiten zwischen 9 und 17 Uhr. Die Kehrseite davon erwies sich spätestens bei Ehe und Familiengründung in einer klaren Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern, mit dem männlichen Allein- oder Hauptverdiener im Mittelpunkt und der stark auf Familie und Haushalt orientierten Frau an seiner Seite, allenfalls als Zuverdienerin und ohne entlohnte Sorgearbeit.</p> <p>Im Zusammenhang mit umfangreichen Arbeitsmarkt- und Sozialreformen hat sich seit den 1990er-Jahren die Tendenz zur Arbeitszeitverkürzung umgekehrt, das Normalarbeitsverhältnis hat zugleich an Bedeutung verloren. In vielen Bereichen sind (wieder) Arbeitszeiten an oder gar über der 40-Stunden-Grenze zur Regel geworden. Die Frauenerwerbstätigkeit hat erheblich zugenommen, jedoch überwiegend in den Bereichen Teilzeit und Minijobs. Leiharbeit und Befristungen werden intensiver als Flexibilisierungsinstrumente genutzt. Die Erreichbarkeit außerhalb der eigentlichen Arbeitszeiten wird vielfach erwartet und oft nicht vergütet. In Bremen arbeiten gut fünf Prozent der Beschäftigten auf Abruf.</p>		

Quellen
M4: www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Kammer_kompakt/AKB-2024-KK-Koordinaten-der-Arbeit_Arbeitszeit_web.pdf
Aufgaben
<p>Wunsch und Wirklichkeit: Arbeitszeiten im Land Bremen. Brauchen wir ein neues Verständnis von Vollzeitarbeit?</p> <p>Mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer:innen im Land Bremen ist mit ihrer Arbeitszeit unzufrieden. Jede/-r zweite Vollzeitbeschäftigte möchte gern Stunden reduzieren. Was steckt dahinter und warum können nur die Wenigsten ihren Wunsch realisieren?</p> <p>Eine Befragung der Arbeitnehmerkammer klärt auf, wie Arbeitnehmer:innen in Bremen ihre Arbeitszeitsituation einschätzen (Quelle M4).</p>
<p>Aufgabe 1:</p> <p>Die Lerngruppe wird in drei gleichgroße Gruppen aufgeteilt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Gruppe: Vollzeitbeschäftigung und Normalarbeitsverhältnis M4 S. 1-2 2) Gruppe: Wunsch nach Arbeitszeitverkürzung M4 S. 2-4 3) Gruppe: Arbeitszeit- und Arbeitsverdichtung M4 S. 4-5 <p>Die Gruppen analysieren ihren jeweiligen Textabschnitt und beschreiben mit eigenen Worten dessen Inhalt und visualisieren ihn in einer ein- bis zweiseitigen Präsentation.</p> <p>Die Ergebnisse werden in 5-minütigen Kurzvorträgen im Plenum vorgestellt. Diskutiert anschließend Eure eigenen Erfahrungen. Wie schätzt ihr die Rahmenbedingungen für flexible Arbeitszeiten in Eurem Ausbildungsbetrieb ein?</p>
<p>Aufgabe 2:</p> <p>Stellt Euch nun eine ideale Arbeitswelt vor: Wie würdet ihr Eure Arbeitszeit gestalten wollen? Jede/r für sich erstellt eine Mindmap mit den notwendigen (betrieblichen) Rahmenbedingungen, um diesen Wunsch zu realisieren.</p>
<p>Aufgabe 3:</p> <p>Die Gruppen analysieren nun den letzten Abschnitt (M4, S. 6). Darin werden neue Arbeitszeitmodelle gefordert, um Arbeitnehmer:innen aber auch Betriebe fit für die Zukunft zu machen. Entwickelt in Eurer Gruppe ein neues Arbeitszeitmodell, das die Idee einer lebenszeitbasierten Arbeitszeit aufgreift und gleichzeitig bestehende Arbeitnehmer:innenrechte berücksichtigt. Visualisiert Euren Vorschlag auf einem Plakat. In einem anschließenden Galeriewalk stellt jede Gruppe ihr Konzept vor. Diskutiert anschließend die Vorschläge unter folgenden Fragestellungen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Welchen konkreten Vorschlag hat die Gruppe? 2) Was ist aus Eurer Sicht gut an dem Entwurf? Welche Aspekte könnten problematisch sein? (z.B. im Hinblick auf rechtliche Grundlagen) 3) Welche politischen Rahmenbedingungen müssten geschaffen werden, um den Vorschlag umzusetzen?

Arbeitsleben C

Mitbestimmen oder nur dabei sein?

Themenfeld	Dauer:	
Arbeitsleben C	Thema:	Mitbestimmen oder nur dabei sein?
C1 Einstieg		
Leitfrage: Welche Aufgaben haben Gewerkschaften und wie ist der Interessenausgleich von Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen (gesetzlich) organisiert?	Kompetenzbereich:	Die Schüler:innen sind in der Lage, die derzeitigen Arbeitswelten mitsamt ihren Institutionen, Kulturen und Praktiken als historisch gewachsen beschreiben und als politisch veränderbar herauszuarbeiten.
Keywords: Mitbestimmung, Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte, Tarifverträge, Jugend- und Auszubildendenvertretung, Gründung eines Betriebsrates		
Gegenstand der Auseinandersetzung Nach dem Motto „Gemeinsam sind wir stark“ schließen sich Arbeitnehmer:innen in Gewerkschaften zusammen. Dadurch können sie ihre Interessen gemeinsam vertreten und einen Gegenpol zu den Arbeitgeber:innen bilden. Die Gewerkschaften schließen mit den Arbeitgeber:innen oder mit ihren Verbänden Tarifverträge ab. Darin werden Löhne, Arbeitszeiten, Urlaub und Arbeitsbedingungen festgelegt. Das Recht, einer Gewerkschaft beizutreten (Koalitionsfreiheit), und das Recht von Gewerkschaften, Tarifverträge auszuhandeln (Kollektivverhandlungen), gehören zu den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation. In Deutschland ist das im Tarifvertragsgesetz geregelt. Rund sechs Millionen Arbeitnehmer:innen sind im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) organisiert. Der DGB vereint als Dachverband acht einzelne Gewerkschaften, darunter die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) oder die IG Metall (IGM). Er vertritt die Gewerkschaftsbewegung gegenüber der deutschen Politik und bei internationalen Institutionen wie der EU oder der UNO. Oft arbeiten Gewerkschaftsmitglieder auch in Betriebsräten mit und lassen sich dabei von ihrer Gewerkschaft beraten. In Deutschland haben Mitarbeiter:innen in einem Betrieb mit mindestens fünf Beschäftigten das Recht, einen Betriebsrat zu gründen. Dieses Recht zur betrieblichen Mitbestimmung steht im Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG). Dort ist auch geregelt, wie die Wahl zum Betriebsrat abläuft und welche Rechte er hat. Die Arbeitgeber:innen müssen den Betriebsrat über die wirtschaftliche Situation des Unternehmens und ihre Planungen regelmäßig informieren. An einigen Stellen kann der Betriebsrat auch mitentscheiden, unter anderem bei Arbeitszeiten, Urlaubsregelungen, Einstellungen oder Entlassungen. Für junge oder auszubildende Mitarbeiter:innen im Betrieb gibt es die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV). Diese nimmt an Betriebsrats- und Personalratssitzungen teil, um dort speziell die Interessen der jungen Arbeitnehmer:innen einzubringen.		

Quellen
M1: www.boeckler.de/de/erklairfilm-betriebliche-mitbestimmung-59198.htm M2: www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Betriebsrat/Grafiken/AKB_Grafik_Betriebsraete-Umfrage_Themen_2021.jpg M3: www.arbeitnehmerkammer.de/betriebs-personalraete/gremienarbeit/betriebsratsgruendung.html
Aufgaben
Aufgabe 1: Ruft die Quelle M1 auf. In dem dreiminütigen Film wird erklärt: Was heißt betriebliche Mitbestimmung? Wie wird man Betriebsrat? Und was ist die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV)? In einem Unterrichtsgespräch werden folgende Fragen besprochen: <ul style="list-style-type: none"> - Wie ist das Video gestaltet? Findet Ihr es ansprechend und informativ? - Worum geht es in dem Video genau? - Kennt Ihr Betriebs- und Personalräte oder Gewerkschaftsmitglieder aus Eurem näheren Umfeld? - Optional: Hat Euer Ausbildungsbetrieb einen Betriebsrat und eine Auszubildendenvertretung (JAV)? Inwieweit seid ihr an der Arbeit der JAV vertraut bzw. interessiert. - Mit welchen Themen beschäftigt sich der Betriebsrat genau? Bezieht hierzu die Quelle M2 ein. Sicherung der Ergebnisse am Whiteboard.
Aufgabe 2: Recherchiert im Internet zu den konkreten Aufgaben eines Betriebs- bzw. Personalrates und welche konkreten Schritte unternommen werden müssen, um einen Betriebsrat zu gründen. Fertigt in Zweierteams eine Mindmap dazu an.
Aufgabe 3: Stell Dir folgendes Szenario vor: Dein Betrieb möchte verhindern, dass Du mit Deinen Kolleg:innen einen Betriebs- bzw. Personalrat gründest. Recherchiere die Rechtslage (u.a. Quelle M3). Welche Möglichkeiten habe ich als Arbeitnehmer:in? Entwickelt eine Checkliste für Arbeitnehmer:innen, die sich über die Rechtslage bei einer Betriebsratsgründung informieren wollen.

Themenfeld		Dauer: 90 min
Arbeitsleben C	Thema:	Mitbestimmen oder nur dabei sein?
C2 Erarbeitung		
Leitfrage: Politik meets Betrieb: Wie kann betriebliche Mitbestimmung die Demokratie stärken?	Kompetenzbereich:	Die Schüler:innen sind in der Lage, die derzeitigen Arbeitswelten mitsamt ihren Institutionen, Kulturen und Praktiken als historisch gewachsen beschreiben und als politisch veränderbar herauszuarbeiten.
Keywords:	Mitbestimmung, Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte, Demokratisierung der Arbeitswelt, Demokratisierung der Gesellschaft	
Gegenstand der Auseinandersetzung Kann betriebliche Mitbestimmung einen Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft leisten? Mit dieser Frage setzt sich die Sozialwissenschaftlerin Martina Zandonella am Foresight-Institut in Wien auseinander. In einem Gespräch mit der Arbeitnehmerkammer erklärt sie die Zusammenhänge zwischen Wahlbeteiligung und Politik für Besserverdienende und geht der Frage nach, ob Betriebsräte überhaupt wissen, wie wichtig ihre Arbeit für die Demokratie ist. Die Forschungsergebnisse bestätigen dabei, dass jegliche Form von Mitbestimmung insgesamt dazu beiträgt die Demokratie zu stärken und extremistischen Tendenzen vorzubeugen. Mitbestimmung ist dabei als umfassender Begriff definiert und umfasst Mitbestimmung in der Schule über die Nachbarschaft und den Betrieb bis hin zu parlamentarischen Gremien. Doch nicht alle profitieren im gleichen Maße von diesen Demokratisierungstendenzen. Auch in unserer demokratisch organisierten Gesellschaft gibt es Gruppen, die nicht an Mitbestimmung teilhaben können.		

Quellen
M1: www.arbeitnehmerkammer.de/service/magazin-der-arbeitnehmerkammer/bam/ausgabe-juli/august-2024/o-interview-martina-zandonella-betriebsraete-staerken-die-demokratie.html M2: www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Veranstaltungen/Veranstaltungsdokumentation/Downloads/Demokratische_Dividende_Jirjahn.pdf M3: www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Veranstaltungen/Veranstaltungsdokumentation/Downloads/Vortrag_Thomas_Schwarzer_ANK_Bremens_Bevölkerung_mit_wenig_Geld.pdf
Aufgaben
Aufgabe1: Lest das Interview mit Frau Zandorella aufmerksam durch und macht Euch Notizen zu den zentralen Aussagen (Quelle M1). Besprecht anschließend in Partnerarbeit die Inhalte aus dem Interview. Habt Ihr in Eurem Umfeld ähnliche Erfahrungen gesammelt?
Aufgabe 2: Die Präsentation von Frau Zandorella (Quelle M2 und M3) untermauert die Aussagen mit Fakten und ihren Forschungsergebnissen. Bearbeitet die Fragen 1-5 in Kleingruppen und notiert die wichtigsten Fakten.
<ol style="list-style-type: none"> 1. Erkläre die Spillover Theorie mit eigenen Worten. 2. Finde eigene Beispiele für einen Spillover Effekt. 3. Erkläre folgende Phänomene mit eigenen Worten <ul style="list-style-type: none"> - Mitbestimmung fördert die Selbstwirksamkeit - Mitbestimmung entwickelt politische Fähigkeiten - Mitbestimmung fördert die Aufmerksamkeit für politische Themenstellungen - Mitbestimmung fördert Solidarität 4. Erkläre den Zusammenhang zwischen politischem Interesse und Demokratie. 5. Die Forschungsergebnisse zeigen, dass Mitbestimmung im Betrieb präventiv gegen undemokratische Parteien wirken kann und bestimmte Parteien umfassender von diesen Demokratisierungstendenzen profitieren als andere. Erklärt dieses Phänomen anhand der Quellen M2 und M3.
Aufgabe 3: Diskutiert weitere Beispiel aus Eurem Alltag: inwieweit kann Mitbestimmung in Schule, Betrieb und Gesellschaft Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern? Sichert die Ergebnisse auf dem Whiteboard.

Wirtschaftspolitik A

Das ist das Mindeste – welche wirtschaftliche Bedeutung hat der Mindestlohn?

Themenfeld		
Gesellschaft A		Thema: Das ist das Mindeste – welche wirtschaftliche Bedeutung hat der Mindestlohn?
A1 Einstieg		
Leitfrage: Wird mit der sukzessiven Erhöhung des Mindestlohns das Wirtschaftswachstum sinken?		Kompetenzbereich:
Keywords:	Mindestlohn, Arbeitsmarktentwicklung, Arbeitsmarkttheorien, Wirtschaftswachstum, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung	
Gegenstand der Auseinandersetzung Seit 2010 steigt die Zahl der Erwerbstätigen kontinuierlich an, gleichzeitig geht die Arbeitslosigkeit zurück, trotz der Folgen weltweiter Kriege und Sanktionspolitik. Eine Ausnahme bildeten die Coronajahre, in der die Arbeitslosigkeit wieder leicht zugenommen hat. Jedoch zeigte sich der Arbeitsmarkt auch in dieser Hinsicht erstaunlich widerstandsfähig. Möglich war dies nur, weil der Staat mit der Ausweitung von Kurzarbeit politisch gegensteuerte. Mit der sich bessernden Arbeitsmarktlage stieg auch die Anzahl der offenen Stellen von 1,4 Millionen im 2. Quartal des Jahres 2019 nach einem kurzen Coronabedingten Rückgang bis zum zweiten Quartal des Jahres 2022 auf die historisch hohe Zahl von 1,93 Millionen (IAB Stellenerhebung 2022). Nach der Betriebs- und Personalrätebefragung des WSI von 2021/2022 hatten 56 Prozent der Betriebe Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Stellen, vor allem im Gesundheitsbereich, im öffentlichen Dienst, im Baugewerbe, in Teilen des Handwerks sowie bei Techniker-, IT- und einigen Metallfacharbeiter-Berufen. Die positive Folge: Beschäftigte mit gutem „Marktwert“ müssen offensichtlich seltener als früher Arbeitsplätze mit schlechten Arbeitsbedingungen akzeptieren. Trotz guter Arbeitsmarktlage muss jedoch immer noch mehr als ein Drittel der Beschäftigten in potenziell instabilen bzw. atypischen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, d. h. mit geringer Stundenzahl, in Befristung, in Leiharbeit oder mit Niedriglohn. Die Zahlen zur Arbeitsmarktentwicklung zeigen deutlich, dass der von der Bundesregierung eingeführte Mindestlohn im Jahr 2015 - trotz der Sorge der Wirtschaft - die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt nicht gebremst hat. Im Gegenteil, es wurden beispielsweise Mini-Jobs in bessere sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse umgewandelt. Folgt man der neoklassische Lehrbuchtheorie hätte die Entwicklung einen anderen Verlauf genommen: Nach dieser Theorie schafft ein gesetzlich geregelter Mindestlohn immer und überall zusätzliche Arbeitslosigkeit. Konkret würde ein Mindestlohn von 12+ Euro viele Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnsektor unprofitabel machen. Dies führe zu Kündigungen und einem Rückgang der Neueinstellungen, so dass die Beschäftigung sinkt und die Arbeitslosigkeit steigt. Die öffentliche Debatte ist immer noch stark geprägt von dieser neoklassischen Lehrbuchtheorie, obwohl die moderne Arbeitsmarktforschung sie längst hinter sich gelassen hat. Gemäß der modernen Arbeitsmarkttheorie kann ein Mindestlohn sehr wohl positive Effekte auf die Beschäftigung entfalten, denn er stärkt die Motivation der Erwerbstätigen und den Suchanreiz der Arbeitssuchenden. Der Gesamteffekt des Mindestlohns auf die Beschäftigung ist also die Summe zweier gegenläufiger Effekte und theoretisch nicht eindeutig bestimmt. Darüber hinaus steigert der Mindestlohn die Produktivität der Arbeit, weil er eine Verlagerung der Beschäftigung weg von weniger produktiven Jobs und hin zu Jobs mit höherer Produktivität verursacht – die sogenannte Produktivitätspeitsche.		

Quellen
M1: www.arbeitnehmerkammer.de/arbeitnehmerinnen-arbeitnehmer/finanzengeld/mindestlohn.html
Aufgaben
<p>Im Jahr 2015 wurde der gesetzliche Mindestlohn eingeführt. Trotz vieler Bedenken der Wirtschaft hat sich die Einführung des Mindestlohns als ein Jobmotor erwiesen. Doch wer profitiert eigentlich davon und wie sind die gesetzlichen Regelungen rund um den Mindestlohn? Eine Übersicht hat die Arbeitnehmerkammer auf ihrer Homepage zusammengestellt (Quelle M1).</p> <p>Jede:r geht für sich die auf der Seite zusammengestellten Informationen zum gesetzlichen Mindestlohn durch. Macht Euch zu jedem der sechs Punkte Notizen. Notiert nur die wichtigsten Fakten. Die Ergebnisse werden in einer Mindmap am Whiteboard gesammelt. Diskutiert im Plenum, wer Deiner Meinung nach am meisten vom Mindestlohn profitiert.</p> <p>Der gesetzliche Mindestlohn soll perspektivisch weiter steigen. Einige Wirtschaftsexpert:innen fordern sogar eine Anhebung auf 14 Euro, andere wiederum warnen davor, da eine weitere Erhöhung Arbeitsplätze bedrohen könnte.</p> <p>Diskutiert in einer Podiumsdiskussion, inwieweit eine Anhebung auf diesen Betrag sinnvoll ist und inwieweit ein so ausgestatteter Mindestlohn problematisch für die wirtschaftliche Entwicklung sein könnte bzw. gravierende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hätte.</p> <p>Mögliche Rollen für eine Podiumsdiskussion:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ein/e Gewerkschaftsvertreter:in - Ein/e Vertreter:in der Arbeitgeberverbände - Ein/e Arbeitnehmer:in - Ein/e Moderator:in - Publikum/Beobachter:innen <p>Überprüft die in der Podiumsdiskussion angeführten Argumente anhand Eurer Notizen aus der Vorbereitung. Sind neue Argumente dazu gekommen? Welche Argumente konnten evtl. entkräftet werden?</p> <p>Stell Dir vor Du bist Mitglied in der Mindestlohnkommission. Würdest Du für oder gegen eine Erhöhung auf 14 Euro stimmen? Stimmt anschließend im Plenum ab und diskutiert das Abstimmungsergebnis ggf. erneut.</p>

Themenfeld	Dauer: 90 min	
Wirtschaftspolitik A	Thema:	Das ist das Mindeste – welche wirtschaftliche Bedeutung hat der Mindestlohn?
A2 Erarbeitung		
Leitfrage: Leitfrage: Wird mit der sukzessiven Erhöhung des Mindestlohns das Wirtschaftswachstum sinken?	Kompetenzbereich:	
Keywords: Mindestlohn, Arbeitsmarktentwicklung, Arbeitsmarkttheorien, Wirtschaftswachstum, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung		
Gegenstand der Auseinandersetzung Seit 2010 steigt die Zahl der Erwerbstätigen kontinuierlich an, gleichzeitig geht die Arbeitslosigkeit zurück, trotz der Folgen weltweiter Kriege und Sanktionspolitik. Eine Ausnahme bildeten die Coronajahre, in der die Arbeitslosigkeit wieder leicht zugenommen hat. Jedoch zeigte sich der Arbeitsmarkt auch in dieser Hinsicht erstaunlich widerstandsfähig. Möglich war dies nur, weil der Staat mit der kräftigen Ausweitung von Kurzarbeit politisch gegensteuerte. Mit der sich bessernden Arbeitsmarktlage stieg auch die Anzahl der offenen Stellen von 1,4 Millionen im 2. Quartal des Jahres 2019 nach einem kurzen Coronabedingten Rückgang bis zum zweiten Quartal des Jahres 2022 auf die historisch hohe Zahl von 1,93 Millionen (IAB Stellenerhebung 2022). Nach der Betriebs- und Personalrätebefragung des WSI von 2021/2022 hatten 56 Prozent der Betriebe Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Stellen, vor allem im Gesundheitsbereich, im öffentlichen Dienst, im Baugewerbe, in Teilen des Handwerks sowie bei Techniker-, IT- und einigen Metallfacharbeiter-Berufen. Die positive Folge: Beschäftigte mit gutem „Marktwert“ müssen offensichtlich seltener als früher Arbeitsplätze mit schlechten Arbeitsbedingungen akzeptieren. Trotz guter Arbeitsmarktlage muss jedoch immer noch mehr als ein Drittel der Beschäftigten in potenziell instabilen bzw. atypischen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, d. h. mit geringer Stundenzahl, in Befristung, in Leiharbeit oder mit Niedriglohn. Die Zahlen zur Arbeitsmarktentwicklung zeigen deutlich, dass der von der Bundesregierung eingeführte Mindestlohn im Jahr 2015 - trotz der Sorge der Wirtschaft - die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt nicht gebremst hat. Im Gegenteil, es wurden beispielsweise Mini-Jobs in bessere sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse umgewandelt. Folgt man der neoklassische Lehrbuchtheorie hätte die Entwicklung einen anderen Verlauf genommen: Nach dieser Theorie schafft ein gesetzlich geregelter Mindestlohn immer und überall zusätzliche Arbeitslosigkeit. Konkret würde ein Mindestlohn von 12+ Euro viele Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnssektor unprofitabel machen. Dies führe zu Kündigungen und einem Rückgang der Neueinstellungen, so dass die Beschäftigung sinkt und die Arbeitslosigkeit steigt. Die öffentliche Debatte ist immer noch stark geprägt von dieser neoklassischen Lehrbuchtheorie, obwohl die moderne Arbeitsmarktforschung sie längst hinter sich gelassen hat. Gemäß der modernen Arbeitsmarkttheorie kann ein Mindestlohn sehr wohl positive Effekte auf die Beschäftigung entfalten, denn er stärkt die Motivation der Erwerbstätigen und den Suchanreiz der Arbeitssuchenden. Der Gesamteffekt des Mindestlohns auf die Beschäftigung ist also die Summe zweier gegenläufiger Effekte und theoretisch nicht eindeutig bestimmt. Darüber hinaus steigert der Mindestlohn die Produktivität der Arbeit, weil er eine Verlagerung der Beschäftigung weg von weniger produktiven Jobs und hin zu Jobs mit höherer Produktivität verursacht – die sogenannte Produktivitätspeitsche.		

Quellen
M2: https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-mehr-mindestlohn-mehr-wachstum-35358.htm#:~:text=Der%20Grund%3A%20Ein%20h%C3%B6herer%20Mindestlohn,gesetzlichen%20Mindestlohn%202015%20zu%20beobachten
M2 plus: file:///C:/Users/eans/Downloads/p_imk_study_73_2021.pdf
Aufgaben
<p>Eine Studie aus dem Jahr 2021 im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung hat wissenschaftlich bestätigt, dass die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland stark befördert hat. In Quelle M2 sind die zentralen Ergebnisse zusammengefasst. Analysiert in Lern tandems die Ergebnisse der Studie und diskutiert, ob eine weitere Anhebung des Mindestlohns einen ähnlichen wirtschaftlichen Effekt haben könnte (Stichwort: Produktivitätspeitsche). Schreibt ein Essay (2000 Zeichen) zum Thema: die Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.</p> <p>Erweiterungsaufgabe: In der Quelle M2 plus findet Ihr die gesamte Studie zum Thema Mindestlohn der Universität Mannheim (Krebs, Tom/Drechsel-Grau, Moritz (2021): Mindestlohn von 12 Euro: Auswirkungen auf Beschäftigung, Wachstum und öffentliche Finanzen. Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Study Nr. 73). In der Veröffentlichung wird ein kurzer Überblick über die beiden theoretischen Zugänge gegen, die im Rahmen des Mindestlohns als Analyseinstrumente dienen:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Neoklassische Lehrbuchtheorie (S. 5/6) b) Moderne Arbeitsmarkttheorie (S. 6-8) <p>Die Lerngruppe teilt sich in zwei Gruppen auf und bearbeitet jeweils eine Theorie. Ergänzende Internetrecherchen können die Inhalte noch weiter anreichern. Erstellt jeweils ein Plakat mit den zentralen Ergebnissen Eurer Gruppenarbeit. Die Plakate werden anschließend im Plenum vorgestellt.</p> <p>Auf Seite 10 und 13 wird begründet, warum der gesetzliche Mindestlohn wie eine „Produktivitätspeitsche“ gewirkt hat, also das sich die Produktivität der Arbeitnehmenden aufgrund der gesetzlichen Regelung erhöht hat. Diskutiert im Plenum den Begriff und findet weitere Begründungen, warum sich durch die Einführung des Mindestlohns die wirtschaftliche Situation insgesamt verbessert hat. Sichert die Ergebnisse am Whiteboard.</p>

Themenfeld		Dauer:
Wirtschaftspolitik A		Thema: Das ist das Mindeste – welche wirtschaftliche Bedeutung hat der Mindestlohn?
A3		
Auswertung/Übertrag		Kompetenzbereich:
Leitfrage: Tarifverträge: Wann gelten sie und für wen?		
Keywords:	Einkommen, Tarifverträge, Tarifbindung, Gewerkschaften	
Gegenstand der Auseinandersetzung		
<p>Arbeitnehmer:innen im Land Bremen verdienen im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich. Das liegt an dem hohen Anteil von Hochlohnbranchen und tarifgebundenen Unternehmen. In nicht wenigen Branchen jedoch gibt es auch schlecht bezahlte Arbeitsplätze: Vor allem Leiharbeiter:innen und Beschäftigte im Gastgewerbe verdienen wenig.</p> <p>Wie hoch sind die Einkommen im Land Bremen? In welchen Branchen wird überdurchschnittlich verdient? Welche Bedeutung hat der Mindestlohn? Und was hat das mit Tarifbindung zu tun?</p> <p>Fragen wie diese werden von der Einkommensstatistik beantwortet, die die Arbeitnehmerkammer Bremen regelmäßig auswertet. Die so gewonnenen Informationen liefern Erkenntnisse über statistische Medianwerte. Der Medianverdienst (auch mittlerer Verdienst genannt) gibt denjenigen Verdienst an, der genau in der Mitte der Verdienste der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten liegt, sprich: Die eine Hälfte verdient weniger, die andere mehr.</p> <p>Insgesamt verdienen Beschäftigte im Land Bremen überdurchschnittlich. Industrielle Unternehmen – etwa die in Bremen ansässigen Firmen der Automobilindustrie oder der Luft- und Raumfahrttechnik – zahlen üblicherweise höhere Löhne als der Dienstleistungssektor. Auch verdienen Beschäftigte in Großbetrieben besser als der Durchschnitt. Weiterhin werden mit Finanzdienstleistungen (Banken und Versicherungen) vergleichsweise hohe Einkommen erzielt. In Branchen oder Firmen, in denen Arbeitgeberverbände bzw. der Arbeitgeber und Gewerkschaften Tarifverträge ausgehandelt haben sind in der Regel besser entlohnt und/oder weisen günstigere Arbeitsbedingungen auf. Dabei unterscheidet man zwischen Lohntarifverträgen, Gehaltstarifverträgen, Entgelttarifverträgen und Manteltarifverträgen. Im Lohn- bzw. Gehaltstarifvertrag wird die Höhe des Arbeitsentgeltes festgelegt mit der Beschreibung von Tätigkeitsmerkmalen der einzelnen Tarifgruppen. Das tarifliche Entgelt (Tariflohn, Tarifgehalt) darf vom Arbeitgeber nicht unterschritten werden. Der Manteltarifvertrag ist ein Rahmentarifvertrag über mindestens einzuhaltende Arbeitsbedingungen, z. B. über Wochenarbeitszeit, Urlaub, Freistellungen, Fortbildungsmaßnahmen, Kündigungsfristen und Abfindungsregelungen. Tarifverträge sind Rechtsnormen, die zwingend die einzelnen Arbeitsverhältnisse zwischen den Mitgliedern der Tarifparteien regeln. Dadurch wird sichergestellt, dass a) der Tarifvertrag nicht durch eine Vereinbarung im Arbeitsvertrag zum Nachteil des Arbeitnehmers verändert werden kann, b) einzelvertragliche Abmachungen, die für den Arbeitnehmer günstiger als die Tarifnormen sind, weiterhin gelten (Günstigkeitsprinzip) und c) abgelaufene tarifliche Regelungen so lange weitergelten, bis sie durch eine andere Abmachung ersetzt werden.</p>		

Quellen
M1: www.arbeitnehmerkammer.de/politik/wirtschaft-infrastruktur/einkommen-in-bremen.html
M2: www.lohnspiegel.de/lohn-und-gehaltscheck-13814.htm
M3: www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Kammer_kompakt/Kammer_Kompakt_Verdienste_in_Bremen_Juli_2024.pdf
M4: https://www.arbeitnehmerkammer.de/arbeitnehmerinnen-arbeitnehmer/recht/tarifvertraege.html
Aufgaben
Aufgabe 1: <ol style="list-style-type: none"> Der Lohn- und Gehaltscheck der Hans-Böckler-Stiftung bietet einen individualisierten Gehaltsvergleich in mehr als 500 Berufen. Sicherlich ist auch Dein Ausbildungsberuf dabei oder der Beruf, den Du anstrebst (Quelle M2). Mach den Test und prüfe Deinen (zukünftigen) Verdienst. In Bremen wird in manchen Branchen überdurchschnittlich gut verdient, in anderen unterdurchschnittlich. Den mittleren Bruttomonatsverdienst zeigt der Medianwert. In Quelle M3 auf Seite 3 wird in einer Grafik dieser Wert branchenspezifisch aufgezeigt. Vergleiche den mittleren Bruttomonatsverdienst in Bremen mit Deinem eigenen errechneten Verdienst. Liegst Du damit über oder unter dem Median?
Aufgabe 2: Arbeitnehmer:innen mit Tarifverträgen verdienen in der Regel deutlich mehr als diejenigen, die keinen Tarifvertrag haben. Außerdem haben sie in der Regel günstigere Arbeitsbedingungen. In Quelle M3, S. 4/5 werden die Gründe hierfür aufgeführt. Arbeitet in Lerntandems die in der Quelle aufgeführten Gründe dafür aus und gestaltet eine Mindmap zu den unterschiedlichen Begründungszusammenhängen. Diskutiert im Plenum die Vorteile von tarifgebundenen Arbeitsverträgen.
Aufgabe 3: Quelle M4 listet 4 Schritte auf, wann Tarifverträge gelten und für wen. Geht diese Schritte in Lerntandems durch und diskutiert die einzelnen Sachverhalte, die in Arbeitsverträgen aufgelistet sind. Erstellt eine eigene Liste mit den wichtigsten Punkten, die im Arbeitsvertrag geregelt sind. Habt ihr bereits einen eigenen Arbeitsvertrag geschlossen? Dann geht diesen individuell durch: Findest Du die einzelnen Punkte der Liste in Deinem persönlichen Arbeitsvertrag? Welche weiteren Punkte werden evtl. darin aufgeführt? (Letzter Schritt in Einzelarbeit ggf. als Hausaufgabe).

Wirtschaftspolitik B

Exportschlager Bremen – die Nummer (nicht nur) im Norden sind wir?!

Themenfeld	Dauer:	
Wirtschaftspolitik B	Thema:	Exportschlager Bremen – die Nummer (nicht nur) im Norden sind wir?!
B1 Einstieg		
Leitfrage: Was sagt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) über die Entwicklung der Wirtschaft- und Beschäftigungsstruktur im Land Bremen aus?	Kompetenzbereich:	
Keywords:	Bruttoinlandsprodukt, Beschäftigungsstruktur, Branchen, Wirtschaftswachstum sozialökologische Transformation	
Gegenstand der Auseinandersetzung		
<p>Die Wirtschaftsentwicklung ist entscheidend für die Zahl der Arbeitsplätze und ihre Entwicklung. Wo Bremens Wirtschaft im bundesweiten Vergleich steht und wie sie sich entwickelt, sagt auch ein Blick auf das Bruttoinlandsprodukt.</p> <p>Wie sicher sind die Arbeitsplätze in Bremen, wie gut ist die Wirtschaft des Landes im Vergleich zu anderen Bundesländern aufgestellt und wie sind die Prognosen? Aufschluss über Fragen wie diese gibt ebenfalls das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Als zentraler Indikator für die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft ist das Bruttoinlandsprodukt die Summe der Güter und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres erwirtschaftet werden – bereinigt um Vorleistungen sowie Steuern und Subventionen. Das BIP ist rein quantitativ und wird seit Jahren zu Recht kritisiert: Ehrenamtliches Engagement geht hier ebenso wenig ein wie die Kinderziehung. Ausgaben, die etwa durch Umweltschäden oder das Rauchen entstehen, erhöhen das Bruttoinlandsprodukt genauso wie der Bau eines Kindergartens. Wird über Wirtschaftswachstum gesprochen, sollte man dies immer im Hinterkopf behalten. Für die Beurteilung der Arbeitswelt müssen auch Faktoren wie die Einkommens- und Rentenentwicklung und etwa, ob Vollzeitstellen oder Minijobs entstanden sind, betrachtet werden. Bei aller Kritik sagt die Betrachtung des Bruttoinlandsproduktes doch einiges über die wirtschaftliche Situation des Landes Bremen aus, vor allem im Hinblick auf die Entwicklung sowie im regionalen Vergleich. zeigen aktuelle Zahlen für das Land Bremen, dass der Anteil des Produzierenden Gewerbes (einschließlich des Baugewerbes) an der gesamten Bruttowertschöpfung im Jahr 2020 mit 24 Prozent über fünf Prozentpunkte unterhalb des insgesamt in Deutschland beobachteten Anteils liegt. In den Dienstleistungsbranchen Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation liegt Bremen mit einem Anteil von knapp 26,5 Prozent hingegen deutlich über dem Bundesdurchschnitt (20,9 Prozent). In den übrigen Branchen sind die Abweichungen gegenüber der nationalen Ebene hingegen vernachlässigbar. Die Zahlen verdeutlichen, dass neben dem Automobil- und Schiffsbau, der Luft- und Raumfahrt-, Stahl-, Elektronik- und Nahrungsmittelindustrie insbesondere auch die Hafenwirtschaft sowie weitere Dienstleistungen eine bedeutende Rolle für die Wirtschaft im Land Bremen spielen.</p> <p>Betrachtet man die Struktur des BIP, fällt die hohe Bedeutung der Industriebetriebe und die starke Abhängigkeit der Industrie vom Export auf. Bremen ist daher stark abhängig von der konjunkturellen Entwicklung der Weltwirtschaft.</p>		

Quellen

M1: www.arbeitnehmerkammer.de/statistik/wirtschaft.html

Aufgaben

Das Bruttoinlandsprodukt im Land Bremen hat sich vergleichsweise weniger stark entwickelt als das der anderen Stadtstaaten. Auch im bundesweiten Vergleich hinkt Bremen trotz starker Exportwirtschaft hinterher. Quelle M1 zeigt verschieden Statistiken zur Entwicklung der BIP im Land Bremen, die Beschäftigtenzahlen als auch die Wirtschaftsbereiche mit der höchsten Wertschöpfung.

Aufgabe:

Bildet sechs Gruppen. Jede Gruppe analysiert eine der in M1 aufgeführten Grafiken:

1. Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts
2. Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen
3. Entwicklung der Produktivität der Erwerbstätigen
4. Erwerbstätige nach Branchen
5. Bruttowertschöpfung nach Branchen
6. Exportquote im Bundesländervergleich

a) Klärt zunächst die in den Grafiken und im Text aufgeführten Begrifflichkeiten und schreibt die Definitionen in eine Präsentation oder auf ein Plakat.

b) Was zeigt die Grafik genau? Analysiert die Grafik und schreibt einen kurzen Erklärtext, wie die Grafik zu verstehen ist.

c) Präsentation der Gruppenarbeit im Plenum. Diskutiert gemeinsam, wie das Land Bremen wirtschaftlich dasteht und welche politischen Entscheidungen die wirtschaftliche Entwicklung weiter fördern würde. Schreibt anschließend ein Essay (2000 Zeichen) in welchen Bereichen die Bremer Wirtschaft Aufholbedarfe hat und wie diese politisch unterstützt werden könnten.

Themenfeld	Dauer: 90 min	
Wirtschaftspolitik B	Thema:	Exportschlager Bremen – die Nummer (nicht nur) im Norden sind wir?!
B2 Erarbeitung		
Leitfrage: Was sagt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) über die Entwicklung der Wirtschaft- und Beschäftigungsstruktur im Land Bremen aus?	Kompetenzbereich:	
Keywords:	Bruttoinlandsprodukt, Beschäftigungsstruktur, Branchen, Wirtschaftswachstum sozialökologische Transformation	
Gegenstand der Auseinandersetzung		
<p>Die Wirtschaftsentwicklung ist entscheidend für die Zahl der Arbeitsplätze und ihre Entwicklung. Wo Bremens Wirtschaft im bundesweiten Vergleich steht und wie sie sich entwickelt, sagt auch ein Blick auf das Bruttoinlandsprodukt.</p> <p>Wie sicher sind die Arbeitsplätze in Bremen, wie gut ist die Wirtschaft des Landes im Vergleich zu anderen Bundesländern aufgestellt und wie sind die Prognosen? Aufschluss über Fragen wie diese gibt ebenfalls das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Als zentraler Indikator für die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft ist das Bruttoinlandsprodukt die Summe der Güter und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres erwirtschaftet werden – bereinigt um Vorleistungen sowie Steuern und Subventionen. Das BIP ist rein quantitativ und wird seit Jahren zu Recht kritisiert: Ehrenamtliches Engagement geht hier ebenso wenig ein wie die Kinderziehung. Ausgaben, die etwa durch Umweltschäden oder das Rauchen entstehen, erhöhen das Bruttoinlandsprodukt genauso wie der Bau eines Kindergartens. Wird über Wirtschaftswachstum gesprochen, sollte man dies immer im Hinterkopf behalten. Für die Beurteilung der Arbeitswelt müssen auch Faktoren wie die Einkommens- und Rentenentwicklung und etwa, ob Vollzeitstellen oder Minijobs entstanden sind, betrachtet werden. Bei aller Kritik sagt die Betrachtung des Bruttoinlandsproduktes doch einiges über die wirtschaftliche Situation des Landes Bremen aus, vor allem im Hinblick auf die Entwicklung sowie im regionalen Vergleich. zeigen aktuelle Zahlen für das Land Bremen, dass der Anteil des Produzierenden Gewerbes (einschließlich des Baugewerbes) an der gesamten Bruttowertschöpfung im Jahr 2020 mit 24 Prozent über fünf Prozentpunkte unterhalb des insgesamt in Deutschland beobachteten Anteils liegt. In den Dienstleistungsbranchen Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation liegt Bremen mit einem Anteil von knapp 26,5 Prozent hingegen deutlich über dem Bundesdurchschnitt (20,9 Prozent). In den übrigen Branchen sind die Abweichungen gegenüber der nationalen Ebene hingegen vernachlässigbar. Die Zahlen verdeutlichen, dass neben dem Automobil- und Schiffsbau, der Luft- und Raumfahrt-, Stahl-, Elektronik- und Nahrungsmittelindustrie insbesondere auch die Hafenwirtschaft sowie weitere Dienstleistungen eine bedeutende Rolle für die Wirtschaft im Land Bremen spielen.</p> <p>Betrachtet man die Struktur des BIP, fällt die hohe Bedeutung der Industriebetriebe und die starke Abhängigkeit der Industrie vom Export auf. Bremen ist daher stark abhängig von der konjunkturellen Entwicklung der Weltwirtschaft.</p>		

Quellen
M2: www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Politik/Wirtschaft_Infrastruktur/Prognos_Transformation_und_dualer_Ausbildung_Bremen_20210916.pdf
Aufgaben
<p>Das Land Bremen und damit auch die Bremer Wirtschaft hat sich zum Ziel gesetzt bis 2050 klimaneutral zu werden. Um dieses Ziel zu erreichen sind zahlreiche Klimaschutzmaßnahmen erforderlich, die unterschiedliche Wirtschaftsbereiche betreffen. Eine Studie von Prognos im Auftrag der Arbeitnehmerkammer aus dem Jahr 2021 fasst diese Maßnahmen unter Berücksichtigung des zukünftigen Fachkräftebedarfs zusammen (Quelle M2)</p> <p>a) Die in Bremen beschlossenen Klimaschutzmaßnahmen listet die Studie auf den Seiten 10-14 auf. Dabei werden diese nach unterschiedlichen Wirtschaftssektoren aufgeteilt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gebäude, Wohnen, Stadtentwicklung und Klimaanpassung - Mobilität und Verkehr - Industrie/Verarbeitendes Gewerbe - Energie <p>Bildet vier gleich große Gruppen. Jede Gruppe bearbeitet einen Wirtschaftssektor, in dem unterschiedliche Klimaziele bis ins Jahr 2050 umgesetzt werden sollen. Beschreibt die in der Studie aufgeführten Ziele mit eigenen Worten. Wie wird sich der Ausbau von Klimaschutzmaßnahmen auf den Bedarf von Arbeitskräften in den jeweiligen Branchen auswirken? Erstellt eine Prognose, ob in den jeweiligen Bereichen mehr oder weniger Fachkräfte benötigt werden. Schreibt eine Liste von Euch bekannten Berufsgruppen, die von den Entwicklungen wahrscheinlich am Meisten betroffen sein werden. Gleicht Eure Rankings mit den von Prognos identifizierten Berufsgruppen ab (Quelle M2 Tabelle 1, S. 16).</p> <p>b) Diskutiert im Plenum die Abweichungen Eurer Einschätzungen mit denen aus der Studie. Wie sind diese unterschiedlichen Einschätzungen zu bewerten und welche Gemeinsamkeiten habt ihr gefunden? Welche Berufsgruppen müssten Eurer Meinung nach wirtschaftlich und/oder politisch besonders gefördert werden, um die Klimaziele zu erreichen? Welche Branchen werden Eurer Meinung nach Fachkräfte abbauen müssen?</p> <p>c) Identifiziert mindestens drei Berufsgruppen, die einen hohen zukünftigen Fachkräftebedarf aufweisen. Erstellt in Gruppen für jeden Beruf ein 3-minütiges Werbevideo, um junge Menschen für diesen speziellen Beruf zu begeistern.</p>

Wirtschaftspolitik C

Warum gehen die Boomer, fehlt der Nachwuchs und schwächelt die Wirtschaft? Zum Zusammenhang von Ausbildung und Wohlstand.

Themenfeld		Dauer:
Gesellschaft C		Thema:
C1 Einstieg		
Leitfrage: Bedroht der Fachkräftemangel die Bremer Wirtschaft und wie kann eine Ausbildungsumlage den Fachkräftebedarf sichern? Mit welchem Gehalt kann ich in der dualen Ausbildung rechnen?		Warum gehen die Boomer, fehlt der Nachwuchs und schwächelt die Wirtschaft? Zum Zusammenhang von Ausbildung und Wohlstand.
Kompetenzbereich :		
Keywords:	Fachkräftesicherung, Ausbildungsumlage, Ausbildungsgehalt, Mindestlohn in der Ausbildung	
Gegenstand der Auseinandersetzung Gut ausgebildete Fachkräfte sind die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg einer Region. Außerdem gilt eine gute Ausbildung als Eintrittskarte in den Arbeitsmarkt und sichert den Wohlstand der nachwachsenden Generationen. Zurzeit geht die Generation der Boomer nach und nach in den Ruhestand, so dass der sogenannte Fachkräftemangel in einigen Branchen die wirtschaftliche Leistung zu beeinträchtigen droht. Umso wichtiger scheint es daher, dass viele Unternehmen ausbilden und so auch in Zukunft für gut ausgebildete Fachkräfte sorgen. Allerdings steckt das duale Ausbildungssystem seit Jahren in einer Dauerkrise. Viele Unternehmen ziehen sich aus der Ausbildungsverantwortung zurück, deshalb fehlen Jahr um Jahr Ausbildungsplätze. Auf dem Ausbildungsmarkt im Land Bremen kamen zuletzt auf 100 Bewerber:innen nur 87 Ausbildungsplätze. Hinzu kommen noch die jungen Menschen aus dem Umland, die in Bremen und Bremerhaven nach einem Ausbildungsplatz suchen. Obwohl der Fachkräftebedarf tendenzielle steigt, bildet nur noch gut jeder fünfte Betrieb im Land Bremen aus. Auf 100 Beschäftigte kommen nur noch 5 Auszubildende. Gleichzeitig entscheiden sich viele junge Menschen für ein Studium oder einen alternativen (Bildungs-)weg außerhalb des dualen Systems. Einige junge Menschen, die sich für eine Ausbildung im dualen System entschieden haben, sind im Verlauf ihrer Ausbildung auf Unterstützung angewiesen: Viele Auszubildende brechen die Ausbildung vorzeitig ab oder wechseln den Ausbildungsbetrieb oder sogar den Ausbildungsberuf aufgrund betrieblicher, schulischer oder sozialer Problemlagen. Daher fordert die Politik seit Jahren eine Ausbildungsabgabe oder Ausbildungsumlage, um die Wirtschaft zu verpflichten, sich wieder stärker im Ausbildungssystem zu engagieren, um so für gut ausgebildeten Fachkräftenachwuchs zu sorgen. Darüber hinaus soll über die Ausbildungsumlage das Unterstützungssystem für junge Menschen ausgebaut werden, um den vielfältigen Problemalgen während der Ausbildung durch ein professionelles und abgestimmtes Konfliktmanagement begegnen zu können. Das besondere an einer betrieblichen Ausbildung ist, dass Auszubildenden Anspruch auf ein Ausbildungsgehalt haben. Doch wonach richtet sich dieses Gehalt, welche Abzüge gibt es und haben Auszubildende Anspruch auf Mindestlohn? Diese Fragen sind ebenfalls sehr entscheidend, ob sich ein junger Mensch für eine Ausbildung entscheidet bzw. den Ausbildungsweg zu Ende geht und anschließend als Fachkraft dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht.		

Quellen
M1: https://ausbildungsfonds-bremen.de/so-funktioniert-der-fonds/ M2: www.arbeitnehmerkammer.de/politik/arbeitsmarkt-beschaeftigung/10-gruende-fuer-eine-ausbildungsumlage.html M3: www.butenunbinnen.de/nachrichten/entscheidung-urteil-ausbildungsfonds-bremen-verfassungsgemaess-100.html
Aufgaben
Um im Land Bremen langfristig Fachkräfte zu sichern und Unternehmen dazu zu ermutigen, sich wieder stärker am Ausbildungsmarkt zu engagieren, hat die Bremer Landesregierung einen Ausbildungsunterstützungsfond beschlossen, der ab dem Jahr 2025 gelten soll. Bremer Unternehmen mit mehr als 5 Beschäftigten sollen in einen Fond einzahlen, die Unternehmen, die ausbilden, sollen aus dem Fond Geld zurückbekommen. Des Weiteren soll ein Unterstützungssystem für Auszubildende etabliert werden. Durch den Ausbildungsunterstützungsfond soll dem Bremer Ausbildungsmarkt insgesamt 39 Mio EUR mehr zur Verfügung stehen. Doch das Gesetz ist umstritten, vor allem die Arbeitgebernehmen Institutionen wie die Bremer Handelskammer oder die Handwerkskammer sehen diese „Zwangsabgabe“ kritisch. Sie und andere Berufskammern haben Klage beim Bremer Staatgerichtshof gegen das Gesetz eingereicht. Am 16.12.2024 hat das Gericht bestätigt, dass das Gesetz mit der Verfassung vereinbar ist. Doch die Skepsis bleibt, ob ein Ausbildungsfond tatsächlich zu mehr Ausbildungsplätzen beiträgt.
Aufgabe: Pro- und Contra Debatte zum Thema Bremer Ausbildungsfond Vorbereitungsphase: Die Lernenden werden in Gruppen eingeteilt - Pro-Gruppe, - Contra-Gruppe - 1 Spielleiter:in bzw. Moderator:in - Beobachter-Gruppe Thema der Debatte: Ausbildungsfond ja oder nein? Was bringt der Fond dem Bremer Ausbildungsmarkt? (Tipp: Das Thema kann auch gem. mit der Lerngruppe erarbeitet werden). Jede Gruppe erarbeitet aus den Quellen M1, M2 und M3 die Informationen und Argumente zum Thema; die einen suchen vor allem die Pro-Argumente, die anderen die Contra-Argumente, auch die Beobachter und Spielleiter machen sich inhaltlich mit dem Thema vertraut. Die beiden gegnerischen Gruppen beschließen, welche Argumente sie in der festgelegten Reihenfolge vortragen wollen und legen eine Person als Debattenvertreter:in fest (Zeit: ca. 20 min).
Debattenphase: Der/die Diskussionsleiter:in eröffnet die Debatte, indem er/sie einer Seite das Wort erteilt. 1. Runde: die Pro-Seite gibt das erste Statement (max. 1 Minute) - dann folgt die Contra-Seite (mit derselben Zeitvorgabe) - darauf folgt wieder die Pro-Seite etc. Man beginnt sein Statement mit dem Hauptargument für die eigene Gruppenposition. 2. Runde: ein Mitglied der Pro-Seite muss nun auf das Argument seines/seiner Vorredners/Vorrednerin eingehen und es mit einem geeigneten Gegenargument, das nicht sein/ihr eigenes vorbereitetes ist, zu entkräften versuchen. Der nächste Sprecher der Contra-Seite muss nun seinerseits/Ihrerseits in der gleichen Weise wie sein/e Vorredner:in mit dessen Äußerung umgehen. Er/Sie muss also versuchen, anknüpfend daran das erste (Gegen-)Argument mit seinem/ihrem Argument zu entkräften. Der/die Debattenleiter:in achtet auf genaue Einhaltung der Zeitvorgabe und der Sprecher:innenfolge.
Auswertungsphase: Am Ende der Debatte kann die Beobachter:innengruppe ein Wertungsgespräch über die Schlagkraft der Argumente führen mit folgenden Kriterien: sachlicher Gehalt; Überzeugungskraft; Glaubwürdigkeit; rhetorisches Geschick; etc. Im Anschluss wird die Ausgangsfrage wiederaufgenommen und abgestimmt, welche Gruppe am besten argumentiert hat. Die Stunde endet mit einer Abstimmung.

Themenfeld	Dauer: 90 min	
Wirtschaftspolitik C	Thema:	Warum gehen die Boomer, fehlt der Nachwuchs und schwächelt die Wirtschaft? Zum Zusammenhang von Ausbildung und Wohlstand.
C2 Erarbeitung		
Leitfrage: Bedroht der Fachkräftemangel die Bremer Wirtschaft und wie kann eine Ausbildungsumlage den Fachkräftebedarf sichern? Wonach richtet sich mein Ausbildungsgehalt?	Kompetenzbereich:	
Keywords:	Fachkräftesicherung, Ausbildungsumlage, Ausbildungsgehalt, Mindestlohn in der Ausbildung	
Gegenstand der Auseinandersetzung		
<p>Gut ausgebildete Fachkräfte sind die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg einer Region. Außerdem gilt eine gute Ausbildung als Eintrittskarte in den Arbeitsmarkt und sichert den Wohlstand der nachwachsenden Generationen. Zurzeit geht die Generation der Boomer nach und nach in den Ruhestand, so dass der sogenannte Fachkräftemangel in einigen Branchen die wirtschaftliche Leistung zu beeinträchtigen droht. Umso wichtiger scheint es daher, dass viele Unternehmen ausbilden und so auch in Zukunft für gut ausgebildete Fachkräfte sorgen. Allerdings steckt das duale Ausbildungssystem seit Jahren in einer Dauerkrise. Viele Unternehmen ziehen sich aus der Ausbildungsverantwortung zurück, deshalb fehlen Jahr um Jahr Ausbildungsplätze. Auf dem Ausbildungsmarkt im Land Bremen kamen zuletzt auf 100 Bewerber:innen nur 87 Ausbildungsplätze. Hinzu kommen noch die jungen Menschen aus dem Umland, die in Bremen und Bremerhaven nach einem Ausbildungsplatz suchen. Obwohl der Fachkräftebedarf tendenziell steigt, bildet nur noch gut jeder fünfte Betrieb im Land Bremen aus. Auf 100 Beschäftigte kommen nur noch 5 Auszubildende. Gleichzeitig entscheiden sich viele junge Menschen für ein Studium oder einen alternativen (Bildungs-)weg außerhalb des dualen Systems. Einige junge Menschen, die sich für eine Ausbildung im dualen System entschieden haben, sind im Verlauf ihrer Ausbildung auf Unterstützung angewiesen: Viele Auszubildende brechen die Ausbildung vorzeitig ab oder wechseln den Ausbildungsbetrieb oder sogar den Ausbildungsberuf aufgrund betrieblicher, schulischer oder sozialer Problemlagen. Daher fordert die Politik seit Jahren eine Ausbildungsabgabe oder Ausbildungsumlage, um die Wirtschaft zu verpflichten, sich wieder stärker im Ausbildungssystem zu engagieren, um so für gut ausgebildeten Fachkräftenachwuchs zu sorgen. Darüber hinaus soll über die Ausbildungsumlage das Unterstützungssystem für junge Menschen ausgebaut werden, um den vielfältigen Problemalgen während der Ausbildung durch ein professionelles und abgestimmtes Konfliktmanagement begegnen zu können. Das besondere an einer betrieblichen Ausbildung ist, dass Auszubildenden Anspruch auf ein Ausbildungsgehalt haben. Doch wonach richtet sich dieses Gehalt, welche Abzüge gibt es und haben Auszubildende Anspruch auf Mindestlohn? Diese Fragen sind ebenfalls sehr entscheidend, ob sich ein junger Mensch für eine Ausbildung entscheidet bzw. den Ausbildungsweg zu Ende geht und anschließend als Fachkraft dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht.</p>		

Quellen
M1: https://www.arbeitnehmerkammer.de/auszubildende/waehrend-der-ausbildung/gehalt-in-der-ausbildung.html#c11436 M2: www.arbeitnehmerkammer.de/auszubildende/vor-der-ausbildung/finanzielle-hilfe.html
Aufgaben
<p>Das erste selbstverdiente Geld ist für viele junge Menschen etwas ganz Besonderes. Auch in der dualen Ausbildung hast Du ein Anrecht auf eine Ausbildungsvergütung. Aber nicht alle Branchen zahlen das gleiche Gehalt. Auch in der Ausbildungsvergütung gibt es erhebliche Unterschiede. Zudem musst Du mit Abzügen rechnen beispielsweise für die Sozialversicherung oder auch für Lohnsteuernkosten. Die Quelle M1 listet zentrale Fakten rund um das Thema Ausbildungsgehalt auf.</p> <p>Aufgabe 1:</p> <ol style="list-style-type: none"> Teilt die Lerngruppe in 5 gleichgroße Gruppen auf: Austausch zur Frage „was habt ihr mit Eurem ersten Gehalt gemacht?“ Alternativfrage: „Was gönnt ihr Euch von Eurem ersten Gehalt?“ Das Ausbildungsgehalt ist fällt meist noch nicht sehr üppig aus. Manche Branchen zahlen eher niedrige Gehälter aus. Daher fragen sich viele, ob es auch in der Ausbildung einen Mindestlohn gibt. In der Quelle M1 wird eine tabellarische Übersicht über den Mindestlohn in der Ausbildung gegeben. Analysiert in Lerntandems die Tabelle und überlegt, welche Branchen besonders niedrige Ausbildungsvergütungen zahlen. Recherchiert, wer im Falle einer zu niedrigen Ausbildungsvergütung Auszubildende rechtlich unterstützen kann. Auch in der Ausbildung muss ich als Auszubildende einen Beitrag zur Sozialversicherung leisten. Listet in Lerntandems alle Abgaben zur Sozialversicherung auf. Diskutiert in den Lerntandems, warum diese Abgaben für einen funktionierenden Sozialstaat wichtig sind. <p>Aufgabe 2: Da die Ausbildungsvergütung oft nicht sehr üppig ausfällt benötigen viele junge Menschen während der Ausbildung finanzielle Unterstützung. Doch nicht in jedem Fall kann die Familie diese Unterstützung leisten. Daher können finanzielle Hilfen auch bei anderen Stellen beantragt werden. Quelle M2 gibt einen Überblick über finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten in der Ausbildung. Identifiziert <u>eine</u> Unterstützungsmöglichkeit, die ihr besonders interessant findet und recherchiert weitere Fakten zu dieser Hilfe: Wer gewährt die Hilfe? Wer ist berechtigt diese Hilfe zu erhalten? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein? Wie hoch ist die finanzielle Unterstützung? Wie lange kann ich sie erhalten? Welche Vor- und Nachteile hat der Antrag auf die spezielle Hilfe?</p> <p>Erstellt in Kleingruppen bis zu 4 Personen einen ca. 10-minütigen Podcast, in dem Ihr die erarbeitete Möglichkeit der finanziellen Unterstützung diskutiert.</p>

Dokumentation der Nutzung von KI-basierten Anwendungen und Werkzeugen

Die folgende Tabelle wurde in Anlehnung an die Vorlage der Universität Bremen erstellt:

<https://www.uni-bremen.de/zpa/formulare> führt zu:

https://view.officeapps.live.com/op/view.aspx?src=https%3A%2F%2Fwww.uni-bremen.de%2Ffileadmin%2Fuser_upload%2Fsites%2Fzpa%2Fpdf%2Fallgemein%2FDokumentation_Nutzung_KI_-_AI_Use_Documentation.docx&wdOrigin=BROWSELINK

beide 29.06.2025

	KI-basiertes Hilfsmittel AI-based Tool	Einsatzform Purpose	Betroffene Teile der Arbeit Aspect of the Work Affected	Beschreibung der Eingabe (Prompt) Prompt (Entry)	Bemerkung Comment
1	GitHub Copilot (Chat) in Visual Studio Code Inline Chat & Chat on Secondary Sidebar mostly with GPT-4.1 as LLM	Fragen zu \LaTeX Code, keine inhaltlichen Fragen	alle, insbesondere z.B. der Code zur Form dieser Tabelle oder Fragen zum Darstellen von eingebunden PDF-Seiten im Inhaltsverzeichnis	z.B. „ia there \backslash vfill in latex?“, „what does \backslash arraybackslash in tabularx do?“, „what can the parameter in lines 14 or 27 change?“ oder „how do I make several entries to the toc like I treid in lines 26 to 62?“	Es werden nicht alle Prompts aufgeführt. Es wurde ausschließlich für den Code Hintergrund benutzt und nie für den Inhalt. Das Meiste wurde dann ohnehin doch wieder über Suchmaschinen und dann Foren und Anleitungen lesen erledigt. Häufig eben erst im Anschluss an das initiale Ausprobieren von KI
2	Visual Studio Code Autovervollständigung	Codevervollständigung und Autovervollständigung von einzelnen Worten, ähnlich dem Tippen auf Smartphones	alle	keine Prompts. Bei der Eingabe „Effiz“ wird dann z.B. „Effizienz“ vorgeschlagen und nach Druck auf Enter ausgeschrieben	Die Grenze von maschinellern Lernen und Skripts oder überhaupt Software Hilfsmitteln ist fließend. Auch wenn schon länger existierende Autovervollständigungen für einzelne Worte keinen KI-Boom und derartige gesellschaftliche Diskurse ausgelöst hat, wie es die LLM derzeit hervorrufen.

Tabelle 1: Dokumentation der Nutzung von KI-basierten Anwendungen und Werkzeugen – Documentation of the Use of AI-based Applications and Tools